Nr. 104. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein sozialliberaler Etat.

London, 2. Mai. (Eig. Ber.)

Die Etatsberatungen des englischen Parlaments gewähren in vielen Beziehungen einen Einblick in das soziale Leben Englands. Sie bilden tatsächlich den Mittelpunkt der britischen Staatspolitik. Alles, was die Nation berührt, kommt hier mit größerer oder geringerer Deutlichkeit zum Ausdruck.

Das verflossene Finanzjahr (1. April 1908 bis zum 31. März 1909) schloß mit einem Fehlbetrag von 714 000 Pfund Sterling (1 Pfund Sterling = 20 Mark) ab. Die Bilanz stellte sich wie folgt dar:

Ausgaben . . .	152 292 000	Pfund Sterling
Einnahmen . . .	151 578 000	„ „
Fehlbetrag . . .	714 000	Pfund Sterling

In den Erklärungen, die das Finanzministerium zu dem verflossenen Etat veröffentlichte, fallen zwei Tatsachen auf:

1. Trotz des Geschäftsniederganges nahm die Summe der steuerzahlenden Einkommen zu. Noch mehr: die Zunahme dieser Einkommen scheint durch das Auf und Ab des Wirtschaftslebens gar nicht beeinflußt zu werden. In den letzten zehn Jahren war die Aufwärtsbewegung der steuerpflichtigen Einkommen wie folgt:

Jahr	Bruttoeinkommen (in Millionen Pfund Sterling)
1899—1900	792
1900—1901	833
1901—1902	867
1902—1903	880
1903—1904	903
1904—1905	912
1905—1906	925
1906—1907	944
1907—1908	990
1908—1909	1040

Ein einziger Penny (ungefähr 8 Pfennig) Steuer pro Pfund Sterling Einkommen ergibt 2 833 000 Pfund Sterling. Hat zum Beispiel der Finanzminister einen Fehlbetrag (im Etat) von 3 Millionen, so braucht er die Einkommensteuer nur um 1 Penny pro Pfund Sterling zu erhöhen, um das Gleichgewicht wiederherzustellen.

In den letzten zehn Jahren stieg das Bruttoeinkommen um 31 Prozent. Im selben Zeitabschnitt stiegen die aus direkten und indirekten Steuern fließenden Staatseinnahmen von 108,5 Millionen auf 125,5 Millionen Pfund Sterling, oder um 15 Proz.; die Einnahmen von direkten Steuern stiegen von 52,6 Millionen auf 66,2 Millionen oder um 26 Proz.

2. Der Verbrauch von Bier und Spirituosen ist im fortgesetzten Sinken begriffen. Die britische Nation wird nüchterner, wie folgende Tabelle zeigt:

Jahr	Gallonen Bier	Gallonen Schnaps
	pro Kopf der Bevölkerung	
1899—1900 . .	32,29	1,18
1900—1901 . .	31,48	1,10
1901—1902 . .	30,66	1,01
1902—1903 . .	30,34	1,03
1903—1904 . .	29,51	0,99
1904—1905 . .	28,44	0,93
1905—1906 . .	27,90	0,91
1906—1907 . .	27,81	0,91
1907—1908 . .	27,63	0,90
1908—1909 . .	26,47	0,87

Welchen Gründen diese Abnahme zuzuschreiben ist, sagt das Finanzministerium nicht. Allein es ist bekannt, daß sie folgenden Umständen zu verdanken ist: Dem billigen nachtischen Bahn- und Tramverkehr, der den Volksmassen gestattet, teils außerhalb der Stadt zu wohnen, teils die freie Zeit in frischer Luft zuzubringen; dann der Verbesserung des Volksgeschmackes und der Hebung seines Bildungsniveaus. Dieser zehnjährige Abschnitt war auch die Zeit der Erstarkung des politischen Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse. —

Der neue Etat, der vor wenigen Tagen dem Parlament vorgelegt wurde, hat folgende Gestalt:

Einnahme-Voranschlag für das Jahr 1909/10
(in 1000 Pfund Sterling)

Einkommensteuer	33 900	
Verbrauchssteuer	32 050	
Zölle	28 100	
Erbschaftssteuer	18 600	
Stempel	7 600	
Haus- und Bodensteuer . . .	2 650	
Post-, Telegraph- und Telephongebühren	22 400	
Kronland	580	
Suezkanalaktien	1 166	
Verschiedenes	1 394	
Gesamteinnahmen	148 390	000 Pfund Sterling

Ausgaben:
(in 1000 Pfund Sterling)

Schuldendienst	28 000	
Zivilliste, Justiz	1 670	
Beitrag für die Lokalregierung .	9 483	
Armee	27 435	
Flotte	35 143	
Staatsdienst und Alterspensionen	40 070	
Steuerdienst	3 373	
Postdienst	18 978	
Gesamtausgaben	164 152	000 Pfund Sterling

Die Bilanz ist also wie folgt:

Gesamtausgaben . . .	164 152 000	Pfund Sterling
Einnahmen	148 390 000	„ „
Fehlbetrag	15 762 000	Pfund Sterling

Das Defizit wurde hauptsächlich verursacht durch die Einführung von Alterspensionen und durch die Erhöhung des Flottenetats. Der Finanzminister Lloyd George mußte sich demgemäß nach neuen Mitteln umsehen. Als Freihändler und sozialliberaler Politiker konnte er weder zu indirekten Steuern greifen, noch die sozialpolitischen Aufgaben ganz vernachlässigen. Er führte folgende neue Steuern ein und sah folgende Reformen vor, deren Bedeutung vorläufig klein ist, aber mit der Zeit wachsen wird:

Automobile und Motorfahrräder wurden je nach Pferdekraft von 1 Pfund Sterling bis 60 Pfund Sterling besteuert. Die Hälfte dieser Steuern für Automobile der Aerzte. Das veranschlagte Ergebnis dieser Steuer ist 410 000 Pfund Sterling.

Für Benzin der Automobile 3 Pence (25 Pfennig) pro Gallone; die Hälfte für kaufmännische Automobile. Ergebnis: 340 000 Pfund Sterling.

Abstufung und Erhöhung der Erbschaftssteuer, Legate und Nachlasse: 2 850 000 Pfund Sterling.

Abstufung und Erhöhung der Einkommensteuer: Einkommen von über 5000 Pfund Sterling zahlen eine Zusatzsteuer von 6 Pence (50 Pfennig) pro 1 Pfund Sterling; Einkommen unter 500 Pfund Sterling erhalten Nachlaß. Ergebnis: 3 500 000 Pfund Sterling.

Die Stempel für Börsenpapiere und Verkaufsverträge wurden teils erhöht, teils neu eingeführt. Ergebnis: 650 000 Pfund Sterling.

Erhöhung der Schanklizenzen: 2 600 000 Pfund Sterling.

Erhöhung der Berggerechtsame- und Bodensteuer: 500 000 Pfund Sterling.

Erhöhung des Tabakzolles um 8 Pence (68 Pf.) pro Pfund, und Erhöhung der Verbrauchssteuer auf Spirituosen um 3 Schilling 9 Pence (3,75 Mk.) pro Gallone. Ergebnis: 3 500 000 Pfund Sterling.

Schließlich soll der Tilgungsfonds der Staatsschulden um 3 Millionen Pfund Sterling herabgesetzt werden, so daß der Schuldendienst nur 25 Millionen Pfund Sterling beansprucht.

Die neuen Steuern und die Herabsetzung des Tilgungsfonds, die dem Finanzminister die Summe von 17 200 000 Pfund Sterling zur Verfügung stellen, bringen also mehr ein, als die Beseitigung des Defizits erfordert:

Neue Steuern usw. . . .	17 200 000	Pfund Sterling
Fehlbetrag	15 760 000	„ „
Ueberschuß .	1 440 000	Pfund Sterling

Von diesem Ueberschuß sollen neue Straßen gebaut und Straßenreparaturen vorgenommen werden, die 600 000 Pfund Sterling beanspruchen, um einen Teil der Arbeitslosen permanent beschäftigen zu können. Dann sollen 200 000 Pfund Sterling für Aufforstungen und landwirtschaftliche Experimente — ebenfalls zugunsten der Arbeitslosen — verwendet werden. Zur Organisation der staatlichen Arbeitsnachweise 100 000 Pfund Sterling. Kosten der Steuereinschätzung der Bodenwerte — als Grundlage einer neuen Bodensteuerpolitik — 50 000 Pfund Sterling. Diese Neuausgaben betragen insgesamt 950 000 Pfund Sterling, so daß noch ein Etatsüberschuß von rund 490 000 Pfund Sterling bleibt. —

Mit Ausnahme der Erhöhung der Zölle und Steuern auf Spirituosen und Tabak, fallen die neuen Lasten auf die Schultern der Reichen, während die neuen Ausgaben, so klein sie noch sind, den Beginn einer staatlichen Arbeitslosigkeitsreform bedeuten. Die konservative und imperialistische Presse klagt deshalb den Finanzminister Lloyd George an, daß er durch seinen Etat „das dünne Ende des sozialistischen Keils" in die Staatspolitik treibt. Sie fordert in bewegten Worten das Haus der Lords auf, den Etat zu verwerfen. Im letzten Jahrhundert galt es aber als eine konstitutionelle Regel, daß Finanzgesetze, die vom Unterhause angenommen wurden, vom Oberhause nicht verworfen werden können. Ob die Lords diesem Rate folgen werden, läßt sich im gegenwärtigen Augenblicke nicht sagen. Ihre Stellungnahme hängt von dem Beschlusse der konservativen Partei ab. Kommt diese zur Ansicht, daß Neuwahlen in diesem Jahre für sie günstig ausfallen werden, so wird sie dem Oberhause raten, den Etat zu verwerfen, um die liberale Regierung zu zwingen, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Schreckschüsse.

Fürst Bülow läßt wieder einmal von den Meinungsmachern Krisenstimmung fabrizieren. Nachdem die Erzeugung von „Volksbewegung" für die Nachlaßsteuer auf die Konservativen, die den Schwindel kennen, ganz eindruckslos geblieben ist, soll offenbar versucht werden, wie denn die Drohung mit einer Kanzlerkrise auf die verhärteten Gemüter wirkt. Gestern noch hat Fürst Bülow in einer Antwort auf die Gratulation der nationalliberalen Fraktion den ängstlichen Herren die beruhigende Versicherung gegeben, daß er trotz aller Schwierigkeiten „unentwegt an dem begonnenen Reformwerk weiterarbeiten" werde. Heute aber läßt Fürst Bülow durch eine hochoffiziöse Feder in der „Neuen Ges. Korresp." das entgegengesetzte Versprechen geben, und zwar — der Mann hat immer mehr als ein Wort gehabt — gleich in zwei Fassungen. In der einen wird, in jener wehmutsvollen Weise, die dem agrarischen Kanzler im Verkehr mit seinen früheren Gönnern eigen ist, auseinandergesetzt, erstens, daß Bülow große Verdienste um die Agrarier gehabt hat, hat und haben wird; zweitens, daß doch nichts Besseres für die Agrarier nachkommen kann; drittens aber, daß Bülow gar nicht in einer so mißlichen Lage sei; denn der Kanzler halte es „nicht für mißlich, sich nach vieljähriger anstrengender Arbeit zur Ruhe setzen zu können. Und ein Abgang unter den gekennzeichneten Umständen scheint ihm kein schlechter zu sein."

Wie bescheiden doch der brave Bülow werden kann! Gestern noch als der fähigste der lebenden Staatsmänner uns angepriesen, als der Unerschütterliche, der nie den Kämpfen ausweicht, heute aber — und da erscheint allerdings die wahre Komödiantennatur des eitlen, stets auf Beifall bedachten Mannes — nur mehr bedacht auf einen Abgang, den er im Vorhinein als einen guten anpreisen läßt.

Noch bestimmter läßt Bülow heute abend durch dieselbe Korrespondenz die Drohung seines Rücktritts der Welt verkünden. Er wolle, so wird uns versichert, bereits vor Pfingsten seine Demission geben, wenn bis dahin nicht eine Klärung in der Finanzreformfrage erreicht sei, die den Grundlinien seiner Politik entspräche. Sollte dieser Umschwung nicht eintreten, so werde er sich von seiner Demission nicht abhalten lassen. Wilhelm II. kehre am 23. Mai zurück und an einem der folgenden Tage werde die entscheidende Unterredung stattfinden.

So der Offiziosus. Man muß nur bedauern, daß das persönliche Regiment fern in Madrid weilt und die Probe aufs Exempel nicht sofort vorgenommen werden kann. Denn in Korfu können solche Dinge ja nicht erledigt werden, weil der Kaiser vor seiner Abreise ausdrücklich den Wunsch geäußert hat, in Korfu endlich in Ruhe gelassen zu werden. Aber bis Pfingsten ist es noch lange hin und Bülow hätte wirklich noch Zeit gehabt, Erwartungen zu erwecken, die er doch nicht zu erfüllen gesonnen ist. Diese Demissionsdrohung ist wie die Blockkomödie Ende 1907, wie das Entlassungsgesuch Ende November 1908 ja doch nur ein Bluff für die Oeffentlichkeit und die Parteien.

Statistik der sozialistischen Stimmen in Italien.

Rom, den 3. Mai. (Eig. Ber.) Soeben ist die offizielle Statistik der italienischen Wahlen vom 7. und 14. März d. J. zur Ausgabe gelangt. Wie üblich bleibt in dieser Statistik die Parteistellung der Kandidaten unberücksichtigt, so daß man ihre Angaben nur als Rohmaterial benutzen kann. Da bei den letzten Wahlen unsere Partei in einer Anzahl von Wahlkreisen schon im ersten Wahlgange ein Wahlbündnis mit Republikanern und Radikalen geschlossen hatte, war zu erwarten, daß die sozialistische Stimmenzahl nicht in demselben Maße wachsen würde, wie bei den vorigen Wahlen. In der Tat ist die sozialistische Stimmenzahl nur von 308 633 auf 338 885 gestiegen. Eine schmerzliche Ueberraschung ist es aber, daß die relative Zahl der sozialistischen Stimmen von 19,4 auf 17,8 Proz. zurückgegangen ist. Allerdings haben die bürgerlichen Parteien in höherem Maße als bisher die Wählermasse herangezogen, so daß die allgemeine Wahlbeteiligung von 62,8 auf 65,3 Proz. gestiegen ist. Aber diese stärkere Beteiligung der gesamten Wählermasse macht es natürlich nicht weniger schmerzlich, daß die sozialistische Wählerschaft relativ zurückgedrängt worden ist. Dieser Rückgang erklärt sich teilweise aus der geringeren Zahl der Parteikandidaturen, die diesmal 114 weniger betrugen als bei den Wahlen von 1904. Außerdem ist aber in 49 Wahlkreisen ein Rückgang der sozialistischen Stimmen zu verzeichnen, und zwar trifft dieser Rückgang am stärksten zwei Landschaften, die in sozialistischer Hinsicht als sehr hochstehend galten, nämlich Venetien, das in 10 Wahlkreisen Rückschritte aufweist, und die Lombardei, in der in 9 Kreisen die sozialistische Stimmenzahl gesunken ist.

Der relativen Stimmenzahl nach gebührt der Emilia und Romagna die erste Stelle; ihr Prozentsatz der sozialistischen Stimmen ist von 34,5 auf 36,2 gestiegen. An zweiter Stelle kommt der Piemont, der mit beinahe 86 000 Stimmen absolut die höchste Zahl erreicht, während seine Verhältniszahl im Jahre 1904 27,1 und bei den letzten Wahlen 29,6 Proz. betrug. An dritter Stelle kommt Ligurien:

21,5 Proz. bei den vorletzten, 23,6 Proz. bei den letzten Wahlen. Das vorwiegend landwirtschaftliche Umbrien läuft mit 21,8 Proz. (ebensoviel wie im Jahre 1904) der Toskana und der Lombardei den Rang ab. Toskana geht von 22,3 auf 20,7 Proz. zurück; die Lombardei von 21,5 auf 20,4 Prozent. Noch stärker ist der Rückschritt in Venetien, das von 19,4 auf 14,3 Proz. zurückgeht. Am stärksten im Latium — von 18,9 auf 12,8 Proz. — und in den Marken, deren sozialistische Stimmenzahl von 19,9 auf 9,9 Proz. herabsinkt. In ganz Süditalien ist der Rückschritt bedeutend, mit Ausnahme der Abruzzen, deren Prozentsatz von 3,5 auf 3,8 steigt. Campanien fällt von 6,2 auf 3,9 Proz., Apulien von 8,9 auf 2,6, Sizilien von 11,1 auf 9,2, Sardinien von 8,1 auf 2,3 und schließlich die Basilikata von 5,4 auf 1,2 Proz. Gar keine sozialistischen Kandidaten wurden diesmal in Kalabrien aufgestellt, das bei den Wahlen von 1904 mit 3665 sozialistischen Stimmen 7,7 Proz. der gesamten Stimmenzahl erreichte.

Wie weit dieser Rückgang sich aus der Verminderung der sozialistischen Kandidaturen erklärt, geht aus der Zahl der ausgefallenen Kandidaturen hervor. Diese betrug: 7 in Piemont, 2 in Ligurien, 12 in der Lombardei, 6 in Venetien, 3 in der Romagna und Emilia, 11 in Toskana, 11 in den Marken, 2 in Umbrien, 7 im Latio, 6 in den Abruzzen, 9 in Campanien, 12 in Apulien, 3 in der Basilikata, 8 in Kalabrien, 11 in Sizilien und 3 in Sardinien. Dieses Aufgeben der Zählkandidaturen entsprach übrigens durchaus nicht der vom Parteivorstand am Vorabend der Wahlen empfohlenenn Taktik. Der Wunsch, das Bündnis mit den Volksparteien möglichst allgemein zustande kommen zu lassen, konnte den Verzicht auf eigene Kandidaten in den Kreisen empfehlen, wo die Partei keine Aussicht auf Sieg hatte und Republikaner und Radikale kandidierten. Wenn in so zahlreichen Wahlkreisen des Südens auf sozialistische Kandidaturen verzichtet wurde, so ist dafür weniger die vom Parteivorstand vorgeschlagene Taktik als eine gewisse Ermüdung und Skepsis verantwortlich zu machen.

Alles in allem zeigt die Statistik der sozialistischen Stimmenzahl, daß die systematische Vernachlässigung der sozialistischen Propaganda eben doch nicht ohne Einfluß auf unsere Wahlmacht bleibt. Gerade die rückständigsten Provinzen zeigen dies am meisten. Im übrigen hat auch die Lombardei, die sich bescheiden als das Gehirn des italienischen Sozialismus zu bezeichnen pflegt, einen tüchtigen Rückschritt aufzuweisen, während die Regionen, in denen man nie müde geworden ist, in sozialistischem Sinne zu agitieren und zu organisieren, nämlich die Emilia und der Piemont, wacker fortgeschritten sind. Die Wahltaktik ist überhaupt in hohem Maße lehrreich. Die starken Schwankungen in vorwiegend landwirtschaftlichen Regionen wie Venezien, den Marken und Apulien bestätigen die wiederholt gemachte Erfahrung, daß die sozialistische Propaganda im Landvolk nur da dauernde Resultate gibt, wo sie intensiv und ununterbrochen betrieben wird. Unter der nicht sozialistisch erzogenen Landbevölkerung, die ja vielfach aus kleinen Besitzern besteht, spielen persönliche Sympathien und persönlicher Anhang eine sehr große Rolle.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Mai 1909.

Die Haftung des Reiches für seine Beamten.

Aus dem Reichstage, 5. Mai. Es ist eine alte sozialdemokratische Forderung, die anfangs 1896 bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches vergeblich gestellt wurde, sich dann allmählich Anerkennung verschafft hat, bis sie heute wenigstens teilweise von der Regierung zur gesetzlichen Durchführung in Vorschlag gebracht wird. Die Sozialdemokratie fordert konsequent, daß der Staat in allen seinen Verzweigungen für die Schäden vollinhaltlich aufkommt, die seine Beamten in Ausübung ihres Amtes aus Unzulänglichkeit oder Böswilligkeit dem Publikum zufügen. Bisher konnte man für solche Schäden nur die Beamten selbst zur Verantwortung ziehen, und ein solcher Versuch fiel häufig durchaus fruchtlos aus. Nach der Vorlage der Regierung über die Haftung des Reiches für seine Beamten soll künftig das Reich ersatzpflichtig sein. Leider ist der Gesetzentwurf nicht auch ausgedehnt auf alle Staatsbeamten. Es muß alles versucht werden, dem Gesetz im Reichstag die umfassendste Geltung zu verschaffen.

Wie Genosse Stadthagen ausführte, sind auch noch andere Einschränkungen zu beseitigen. Verschiedene Beamtenkategorien behalten freien Spielraum zur Schädigung des Publikums. So wird auch eine Ausnahme gemacht für Beamte, die im auswärtigen Dienst dem Reichsbürger Schutz gegenüber dem Ausland zu gewähren haben. Als ob nicht für die Mißgriffe solcher Beamten die Haftpflicht des Reiches umso notwendiger sein müßte!

Da die Vorlage schließlich der Justizkommission überwiesen wurde, gelingt es vielleicht in der Kommission, die beanstandeten Mängel auszumerzen.

Die dritte Lesung der verschiedenen mit einander verbundenen Justizgesetze, die dann folgte, führte noch zu einer lebhaften Debatte über die Frage der Zulassung der Rechtsanwälte beim Amtsgericht. Doch gelang es nicht, eine im Interesse der ärmeren Prozeßführer vom Abgeordneten Schmidt-Warburg (Z.) beantragte Milderung durchzusetzen. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die geschlossen für den Antrag eintraten, spalteten sich alle Fraktionen, so daß der sogenannte Hammelsprung nötig wurde. Er ergab die Ablehnung des Antrages mit geringer Mehrheit. Bei der Schlußabstimmung stimmte die Sozialdemokratie gegen das Gesetz, da es in verschiedenen Punkten eine Verschlechterung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand bringt.

Volksschulfragen.

Das preußische Abgeordnetenhaus begann am Mittwoch die Beratung des Kapitels „Elementar-Unterrichtswesen" vom Kultusetat. Mit zur Debatte standen eine Reihe von Anträgen, und zwar ein Antrag Dr. Gottschalk (natl.) betreffend die einheitliche Regelung der Schulpflicht, ein Antrag Schiffer (natl.) betreffend die Zulassung der Volksschullehrer zum Schöffenamt, ein Antrag Cassel (frs. Vp.) betreffend die vermehrte Ausbildung und Heranziehung von weiblichen Lehrkräften für den Elementar-Unterricht und ein in ähnlichem Sinne gehaltener Antrag v. Brandenstein (k.).

Die einheitliche Regelung der Schulpflicht, wie sie der Antrag Gottschalk verlangt, hält die Regierung für außerordentlich schwer, sie erblickt darin politische Schwierigkeiten und will nur dann mit einer Vorlage kommen, wenn die Parteien sich vorher verständigt haben. Was die vermehrte Heranziehung von weiblichen Lehrkräften betrifft, so ist die Regierung der Meinung, daß sie auf diesem Gebiete ihre Pflicht tue, daß aber die Städte an dem Lehrerinnenmangel auf dem Lande schuld seien, weil sie in der Verwendung der Lehrerinnen vielfach schon zu weit gegangen seien.

Schon aus diesen beiden Erklärungen von Regierungsvertretern geht deutlich hervor, daß an irgendwelche nennenswerten Reformen auf dem Gebiete des Volksschulwesens in Preußen nicht zu denken ist. Auch die Debatte ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß vorläufig noch alles beim alten bleiben wird. An eine Vermehrung des Lehrstoffes auf den Volksschulen ist nicht zu denken, die konservativ-klerikale Mehrheit des Landtages hat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Kinder des Volkes nicht allzu gelehrt werden, weil sie dann nicht mehr so willige Ausbeutungsobjekte sind. Im Gegenteil, die Kinder sollen möglichst noch mehr als heute schon mit Religion gefüttert und mit Gottesfurcht und hurrapatriotischer Gesinnung erfüllt werden. Das ist das Ziel der Volksschule, wie es der Majorität des Landtags und der Regierung vor Augen schwebt. Ganz besonders gab der Redner des Zentrums Dr. Heß dieser Anschauung Ausdruck. Daß er daneben der sozialdemokratischen Fraktion Vorhaltungen darüber zu machen suchte, wen sie als Redner in Volksschulfragen vorschicken sollen, nehmen wir ihm nicht übel. Wie die Katze das Mausen nicht läßt, so läßt der Schulmeister das Schulmeistern nicht, selbst wenn er inzwischen zum Kreisschulinspektor avanciert ist.

In der weiteren Debatte am Donnerstag wird u. a. Genosse Borgmann zu Worte kommen.

Erbanfallsteuer und Verbrauchssteuern.

Im „Berl. Tagebl." veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Georg Gothein unter dem Titel „Was nun?" einen Artikel über die gegenwärtige politische Lage, in dem er vielfach zu ähnlichen Auffassungen und Forderungen gelangt, wie wir im Leitartikel der Montagsnummer des „Vorwärts". Er hält es nicht nur für selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie nicht wegen einer fragwürdigen Erbanfallsteuer der Regierung dazu verhilft, die Branntwein-, Bier- und Tabaksteuer durchzusetzen, sondern er fordert auch von den entschiedenen Liberalen, daß sie gegen die Erbanfallsteuer stimmen, falls die indirekten Steuern eine Gestalt erhalten, die nicht der liberalen Auffassung entspricht.

„Die Entscheidung über das Zustandekommen der Finanzreform", schreibt er, „insbesondere darüber, ob für die Erbanfallsteuer im Reichstage eine Mehrheit zu finden ist oder nicht, dürfte, da die Kommission es abgelehnt hat, den sie fordernden Antrag dem Plenum zu überweisen, kaum vor Mitte Juni fallen, wenn es nicht Konservativen und Zentrum mit ihren Anhängseln gelingt, sie noch weiter hinauszuschieben. Ob diese Erbanfallsteuer dann eine Gestalt gewinnt, die es den Freisinnigen möglich macht, für sie einzutreten, oder ob sie so weitgehende agrarische Begünstigungen erhält, daß ihnen das unmöglich ist; ob sie sich überhaupt darauf einlassen, die einzelnen Steuern durch wechselnde Mehrheiten bewilligen zu lassen, ist mehr als fraglich. Kein Mensch wird ihnen verargen können, wenn sie ihre Zustimmung zur Erbanfallsteuer davon abhängig machen, daß auch die indirekten Steuern eine Gestalt erhalten, die für sie nicht einen Schlag ins Gesicht bedeutet. Eine so hochpolitische Aktion wie die Finanzreform muß von einer gemeinsamen Mehrheit beschlossen werden; es ist nicht angängig, etwa eine Erbschaftssteuer mit Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen und Freikonservativen und Branntwein-, Bier- und Tabaksteuer mit Konservativen und Zentrum gegen die Linke zu machen. . . .

Was wird Fürst Bülow tun, wenn die Finanzreform scheitert? Wird er den Reichstag auflösen? Psychologisch spricht ebensoviel dafür wie dagegen. Aber den Kampf gegen Zentrum und Sozialdemokratie aufzunehmen, war für ihn unendlich viel leichter, als ihn mit Sozialdemokraten gegen Konservative und Zentrum zu führen. Und er ist — selbst wenn es ihm gelingt, die Konservativen so weit zu schwächen, daß sie auch mit Zentrum, Wirtschaftlicher Vereinigung und Polen eine ungefährliche Minderheit bilden — denn dann im Besitz einer aktionsfähigen Mehrheit? Er wird selbst nicht erwarten, daß die Sozialdemokraten dann für Branntwein-, Bier- und Tabaksteuer stimmen. Und um den Kampf gegen die Konservativen in Preußen aufzunehmen, gehört eine ungewöhnliche staatsmännische Kraft, ein eiserner Mann, der das eiserne Netz zerreißt, das die Konservativen in Verwaltung und ländlicher Selbstverwaltung, das sie unter dem Schutz des Dreiklassenwahlsystems, der öffentlichen Abstimmung und der korrupten Wahlkreiseinteilung über das Volk gespannt haben."

Kein offizieller Beschluß!

Das „Berliner Tageblatt" leistet sich in einer Notiz, die sich mit den Aussichten der geplanten neuen Erbanfallsteuer beschäftigt, die folgenden naiven Sätze:

„Auch die Sozialdemokratie scheint übrigens von einer intransigenten Haltung in der Finanzfrage nicht allzuviel zu erwarten. Wenigstens wird uns versichert, daß es sich bei der Erklärung des „Vorwärts", die Sozialdemokratie werde die Erbanfallbesteuerung ablehnen, um eine Privatleistung des Blattes handele. Die sozialdemokratische Fraktion hat einen solchen Beschluß nicht gefaßt."

Wir wissen nicht, woher das „Berliner Tageblatt" sein Wissen hat; doch haben wir keinen Anlaß, zu verschweigen, daß unsere Reichstagsfraktion, zumal noch niemand weiß, wie die neue Erbanfallsteuervorlage aussehen wird, einen offiziellen Beschluß über ihre Stellungnahme zu dieser nicht gefaßt hat. Es sind also, um im Jargon des „Berliner Tageblatt" zu reden, die betreffenden Ausführungen in dem Leitartikel unserer Montagsausgabe allerdings eine „Privatleistung" der „Vorwärts"-Redaktion, aber eine Leistung, der, wie sich das freisinnige Blatt leicht überzeugen kann, alle größeren Blätter unserer Partei zustimmen.

Es soll in den preußischen Ministerien gespart werden.

Schon vor mehreren Wochen konnten wir mitteilen, daß die Minister des Innern und der Finanzen sich mit der Frage beschäftigten, ob nicht durch die Einschränkung der Reisetätigkeit und der Reisediäten der Beamten manche Ausgaben gespart werden könnten. Tatsächlich veröffentlicht denn auch jetzt der „Reichsanzeiger" einen gemeinschaftlichen Erlaß des Finanzministers und des Ministers des Innern, der eine Verminderung der Dienstreisen der Beamten empfiehlt:

„Diese Reisetätigkeit hat, so heißt es im Erlaß, in den letzten Jahren einen Umfang angenommen, der vielfach über das Maß des Notwendigen hinausgeht und zu einer nicht zu rechtfertigenden Belastung der Fonds geführt hat. Zur Erzielung tunlichster sachgemäßer Beschränkung der Dienstreisen wird im einzelnen folgendes angeordnet:

1. Reisen, die im wesentlichen nur einen repräsentativen Charakter haben, wie die Beteiligung von Spitzen der Behörden oder von höheren Beamten an Einweihungen, Dienstjubiläen, Vereinsfesten, sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Die bisweilen in dringender Form vorgetragenen Wünsche der Nächstbeteiligten dürfen für die Beurteilung der Notwendigkeit einer solchen Beteiligung nicht maßgebend sein; vielmehr kann diese nur durch ein besonderes staatliches Interesse gerechtfertigt werden.

2. Bei der Anordnung von Dienstreisen ist in möglichst zweckmäßiger und unnötige Kosten vermeidender Weise zu verfahren. Mehrere Dienstgeschäfte in derselben Gegend sind, wenn irgend angängig, in einer Reise zu erledigen.

3. Die Zahl der an einer Dienstreise teilnehmenden Beamten ist auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken und in einem richtigen Verhältnis zu der Bedeutung der zu erörternden Sache zu halten. Es muß auffallen, daß zu Dienstreisen vielfach außer dem in der Hauptsache zuständigen Beamten auch andere Beamte, die nur indirekt oder nebenbei an der Erledigung des Dienstgeschäftes beteiligt sind, mit entsandt zu werden pflegen.

Auch in der Heranziehung der unteren Instanzen und der Beteiligung der Beamten anderer Ressorts bei auswärtigen Terminen wird vielfach zu weit gegangen. . . .

4. Eine besondere Beschränkung wird die Beschickung von Kongressen, Versammlungen und ähnlichen Veranstaltungen erfahren müssen. Derartige Veranstaltungen haben sich in letzter Zeit sehr erheblich vermehrt, und ganz besonders hat die Zahl der zu ihnen entsandten Beamten zugenommen. Der Nutzen der Teilnahme der Beamten an diesen Veranstaltungen ist im allgemeinen nur gering. Ihre festliche, mehr auf die Darbietung von Vergnügen gerichtete Seite ist vielfach ganz unverhältnismäßig ausgebildet. . . .

Es ist recht lobenswert, daß endlich in den Ministerien etwas sparsamer gewirtschaftet werden soll. Fraglich ist nur, ob die sogenannten untergeordneten Instanzen den Erlaß auch beherzigen werden.

Der Reichstag bei den Luftschiffern.

Die Mitglieder des Reichstages waren für Mittwochvormittag zu einem Besuch der Luftschiffereinrichtungen in Tegel eingeladen. Mehr als 200 Abgeordnete aller Parteien hatten der Einladung Folge geleistet. Zunächst wurde eine Funkenstation mit drahtloser Telegraphie besichtigt. Dann wurde den Abgeordneten die Errichtung des Feldtelephons vorgeführt. Schließlich rückte eine Luftschifferabteilung an, die im Zeitraum von 15 Minuten einen Ballon zum Aufstieg vollkommen fertig machte. Das größte Interesse rief die Besichtigung des Ballons „Groß II" hervor. Das Ungetüm stand in der Halle zum Aufstieg fertig bereit. Major Groß meinte, daß wegen des starken Windes ein Aufstieg nicht angebracht sei; der Kriegsminister jedoch befahl den Aufstieg mit dem Resultat, daß der Ballon nach wenigen Minuten wieder herabgeholt werden mußte, weil es ihm, wie Major Groß vorausgesagt hatte, nicht möglich war, gegen den außerordentlich starken Wind aufkommen zu können. Zum Schluß wurde noch eine fahrbare Feldküche vorgeführt, aus der den Abgeordneten Erbsensuppe und Kaffee gespendet wurde. Die Suppe wurde allgemein gelobt, weil ja die Herren Abgeordneten eine solche Kost nur einmal ganz ausnahmsweise vorgesetzt bekommen.

Major Groß benutzte die Gelegenheit, um das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden: In einer außerordentlich geschickten Rede erläuterte er den Abgeordneten die Unzulänglichkeit der Ballonhallen. Die Scherlpresse weiß denn auch bereits zu melden, daß dem Reichstag demnächst ein Nachtragsetat zugehen werde, in dem die Errichtung einen neuen Luftschiffhalle gefordert wird. Damit wäre die verabreichte Erbsensuppe allerdings sehr teuer bezahlt!

Die sächsischen Konservativen und die Erbschaftssteuer.

Die Generalversammlung des konservativen Vereins zu Dresden nahm zur Reichsfinanzreform einstimmig die folgende Resolution an:

„Die Generalversammlung erklärt, daß sie in der auf Kinder und Ehegatten ausgedehnten Erbanfallsteuer — trotz der gegen sie bestehenden Bedenken — eine den obwaltenden Verhältnissen am ehesten entsprechende Besteuerung des Besitzes für Reichszwecke erblicken muß."

An der Versammlung und Abstimmung nahm auch der zweite Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Dr. Mehnert, teil.

Die Weinsteuer.

Nach Erledigung der ersten Lesung der Branntweinsteuer wird sich die Finanzkommission des Reichstages zunächst mit der Weinsteuer und zwar mit dem Bericht der Subkommission beschäftigen. Die Vorschläge dieser Kommission gehen dahin, von der Einführung einer Weinsteuer überhaupt abzusehen, insbesondere einer allgemeinen Faßweinsteuer nicht zuzustimmen. Für den Fall aber, daß die Hauptkommission sich doch für eine Flaschenweinsteuer entscheidet, soll die Steuer festgesetzt werden für die halbe Flasche auf 8, für die ganze Flasche auf 5 Pf. Der Entwurf des Weinsteuergesetzes sieht neben dieser Flaschensteuer auch eine Wertsteuer vor, die bei Flaschenweinen im Werte von 20 M. ihren Höhepunkt erreicht. Der Kommission wird nun empfohlen, die Staffelung dieser Wertsteuer zu erweitern und zwar so, daß Weine im Werte von 20 bis 35 M. pro Flasche 3 M., Weine bis 50 M. 5 M. und Weine zu einem Preise von mehr als 50 M. pro Flasche 8 M. Zuschlag zahlen sollen. — Auf alle Fälle wird eine Erhöhung der Schaumweinsteuer vorgeschlagen.

Die Kommission hat sich auch mit der Frage befaßt, ob es angängig sei, eine Steuer auf alkoholfreie Getränke zu legen. Nach einer oberflächlichen Berechnung hätte diese Steuer 8—9 Millionen Mark einbringen sollen. Die Subkommission entschied sich dahin, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen, daß auch eine Steuer auf alkoholfreie Getränke vorgeschlagen werden soll, wenn die Weinsteuer angenommen wird. Falls dagegen die Weinsteuer abgelehnt werde, solle auch die Besteuerung der alkoholfreien Getränke unterbleiben.

In der Subkommission des Reichstages für Tabakbesteuerung

beschloß eine aus Konservativen, der Reichspartei und dem Zentrum bestehende Mehrheit folgendes: Zu den bisherigen Zollsätzen auf ausländischen Tabak wird ein Wertzuschlag von 30 Proz. hinzugefügt. Die Steuer auf inländischen Tabak wird auf 50 M. pro Doppelzentner erhöht. Grumpen werden mit 45 M. pro Doppelzentner besteuert. Der seit dem 1. März eingeführte Rohtabak unterliegt der Nachversteuerung.

Die Regierung berechnete den Mehrertrag für die Reichskasse nach diesen Steuersätzen auf 30 Millionen Mark jährlich. Der Abgeordnete Müller-Fulda (Zentrum) hat dagegen den Mehrertrag auf 38 Millionen Mark berechnet.

Das nächtliche Amüsement des Herrn Leutnants.

Bei der Loigwyfeier des Regiments Hamburg am 2. Dezember 1908 soll der Leutnant v. d. B. sich einen mordspatriotischen Rausch zugelegt haben, der ihn auf Abwege führte. Nachts erschien er auf einer seiner Aufsicht unterstehenden Mannschaftsstuben und kommandierte: „Decken hoch!" Dann nahm er „Revisionen" vor, worauf er davonlief. Nach einiger Zeit wurde er ergriffen und wegen der nächtlichen „Besichtigung" vor das Kriegsgericht gestellt. Eine Anklage wegen Fahnenflucht war nicht erhoben worden. Die erste Instanz verurteilte ihn nur zu drei Tagen Stubenarrest. Vor dem Kriegsgericht gestaltete sich die Sache ernster, denn der Leutnant wurde zu vier Monaten und drei Tagen Festungshaft sowie zur Dienstentlassung verurteilt.

Die blutigen Wahlrechtsdemonstrationen zu Hannover vor Gericht.

Hannover, 5. Mai. Die blutig verlaufenen Wahlrechtsdemonstrationen vom 31. Januar d. J. beschäftigten gestern und heute die hiesige Strafkammer. Es waren 78 Zeugen geladen. Von den fünf Angeklagten wurde einer zu fünf Tagen und drei zu je einer Woche Haft wegen groben Unfugs verurteilt. Der fünfte Angeklagte wurde wegen Auflaufs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und groben Unfugs zu einer Gesamtstrafe von acht Wochen Gefängnis verurteilt.

Das Urteil zeigt, daß von der Anklage nicht viel übrig geblieben ist. In der Tat gestaltete sich die Verhandlung vielmehr zu einer Anklage gegen die Polizei, die ganz ohne Not auf friedliche Demonstranten und Straßenpassanten mit dem Säbel einschlug und im weiteren Verlaufe weit über die Grenzen dessen hinausging, wozu sie allenfalls das Recht gehabt hätte, wenn wirklich ein Eingreifen mit dem Säbel notwendig gewesen wäre. Allerdings verbot der Vorsitzende des Gerichts, der Landgerichtsdirektor Reichartz, entschieden, daß über das Verfahren der Polizei nach dem ersten Zusammenstoß, also über das Einhauen auf Flüchtende und Gestürzte ausgesagt werde. Er konnte aber doch nicht ganz verhindern, daß einiges bekannt wurde, was die Anklagen, die unser Hannöversches Parteiblatt, der „Volkswille" nach der Affäre gegen die Polizei erhoben hatte, vollauf bestätigt.

Die südwestafrikanische Gouvernementsverordnung gegen die Ausführung von Negern.

Vor dem Kriegsgericht der 18. Division (Altona) hatte sich dieser Tage wegen Vergehens gegen die genannte Verordnung der frühere Hauptmann der Schutztruppe Graf von Stillfried zu verantworten. Es handelt sich um eine Verordnung des Gouverneurs von Südwestafrika vom 30. November 1901. Der Angeklagte hat seit Februar 1900 in der Schutztruppe gedient, hat an vielen Gefechten teilgenommen und ist infolge schwerer Erkrankung seiner Frau vor einiger Zeit nach Deutschland zurückgekehrt. Er wohnt jetzt in Hamburg. In seinem Hause in Afrika beschäftigte er einen Kaffernknaben, den er als Gesellschafter seines fünfjährigen Sohnes mit nach Deutschland genommen hat, da er im schwarzen Erdteil einen weißen Dienstboten nicht aufzutreiben vermochte. Der Angeklagte bemerkte, daß er sich wiederholt an das Gouvernement gewandt habe mit dem Ersuchen, den bei ihm gut aufgehobenen schwarzen Knaben mitnehmen zu dürfen, aber das Gesuch sei aus prinzipiellen Gründen abgelehnt worden. Auch die Vermittelung des Staatssekretärs Dernburg sei erfolglos gewesen. Das Verbot der Ausfuhr von Schwarzen sei erlassen worden, um zu verhindern, daß die Schwarzen in Deutschland verlumpen und auf die Verbrecherlaufbahn geraten.

Er habe sich sofort erboten, die Kosten für die Rückreise des Schwarzen zu deponieren, mithin fehlten alle Voraussetzungen zur Anwendung der Verordnung.

Der Ankläger betonte, daß objektiv ein Vergehen gegen die Verordnung vorliege, die eine Geldstrafe bis zu 600 M. oder drei Monate Gefängnis gegen Zuwiderhandelnde zulasse. Hier liege aber eine unverschuldete Notlage vor, weshalb er die Begnadigung des Angeklagten empfehle. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil der Angeklagte sich tatsächlich in einer unverschuldeten Notlage befunden habe; die Tendenz der Verordnung sei darauf gerichtet, Schwarze vor einer ungewissen Zukunft zu schützen. Das komme aber hier nicht in Betracht.

Die Ereignisse in der Türkei.

Im auffälligen Gegensatz zu den Meldungen, welche von den Bemühungen des türkischen Parlaments berichten, die Macht des Sultans in die engsten Grenzen zu bannen, stehen jene anderen, die zeigen, daß die Militärdiktatur mit aller Energie ihre Gewalt gegen jede Kritik der Presse zu schützen, ja sogar die bloße Berichterstattung zu hindern sucht. Man könnte diese Meldungen bloß als einen in einer kurzen Uebergangszeit vielleicht unvermeidlichen Ausfluß der militärischen Diktatur betrachten, würden sie nicht doch davon Zeugnis ablegen, daß das jungtürkische Regime noch recht wenig gefestigt ist und der Gewaltmittel in höherem Grade bedarf als eine auf breitere Volksschichten sich stützende Herrschaft.

Die Präventivzensur.

Konstantinopel, 5. Mai. Die Machthaber beginnen energische Maßregeln gegen die lokale Presse anzuwenden, der alle ungenauen und sensationellen Nachrichten untersagt wurden. Ueber die Ministerkrise, die Vorfälle in Adana sowie über die Armee darf nichts veröffentlicht werden. Die alten Preßgesetze werden noch verschärft. Die Zeitungen müssen vor ihrer Ausgabe vorgelegt werden. Die Redaktion des „Osmanli" wurde wegen der heute von ihm gebrachten und bereits gemeldeten Nachrichten aus Adana geschlossen.

Neue Verhaftungen.

Konstantinopel, 5. Mai. Der frühere Adjutant und Vollstrecker vieler Akte des abgesetzten Sultans, der Tscherkesse Mehmed, der seit der Julumwälzung nach Brussa verbannt war, ist auf Befehl des Kriegsgerichts verhaftet und hierher gebracht worden. Ebenso sollen auch türkischen Blättern zufolge der frühere Generalinspektor der Militärschulen Ismail Pascha und der ehemalige Chef der Yildizspitzel, der Apotheker Refik Pascha vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Das neue Kabinett.

Konstantinopel, 5. Mai. Das neue Kabinett ist gebildet und folgendermaßen zusammengesetzt: Hilmi Pascha, Großwesir; Sahib Molla, Scheich ul Islam; Ferid Pascha, Inneres; Arief Hikmet, Marine; der bisherige Vizepräsident der Kammer Aristidi, Ackerbau; dem bisherigen Botschafter in Rom Halki Bey ist das Justizportefeuille angeboten. Unterrichtsminister wurde der jungtürkische Deputierte von Samsun, Nail. Die übrigen Minister und der Präsident des Staatsrates bleiben im Amte. —

Die Krönungsfeierlichkeit.

Konstantinopel, 4. Mai. Einer Mitteilung des Oberzeremonienmeisters zufolge findet die Zeremonie der Schwertumgürtung am nächsten Montag statt; auch das diplomatische Korps wird der Feierlichkeit beiwohnen. (Die Schwertumgürtung wird durch den General des Ordens der „tanzenden Derwische" vorgenommen. Sie entspricht der Krönung der europäischen Monarchen.)

Die Uneinigkeit im jungtürkischen Lager.

Konstantinopel, 5. Mai. Die verschiedenen Gerüchte, die über Uneinigkeit im Komitee für Einheit und Fortschritt, über Differenzen zwischen dem Komitee und dem Generalissimus Scheweket Pascha sowie über den bevorstehenden Sturz des Kabinetts Tewfik kursieren, haben sämtlich einen Kern von Wahrheit. Es steht fest, daß eine Spannung zwischen dem Kammerpräsidenten und dem Ministerrat besteht. Der Kammerpräsident forderte bekanntlich das Kabinett brieflich auf, im Parlament zu erscheinen. Die ganze Art dieser Aufforderung wird als ein Uebergriff der Prärogative des Kammerpräsidenten erachtet, dem keinerlei Exekutivgewalt zusteht und nur das Recht hat, einen etwaigen — in diesem Falle aber nicht vorliegenden — Beschluß der Kammer dem Kabinett zu übermitteln. Der Ministerrat wies einstimmig die Aufforderung Achmed Rizas zurück. Diese Vorgänge beweisen, daß die Lage ungeklärt ist. =

Die Vorgänge in Adana.

Konstantinopel, 4. Mai. Der Minister des Innern, Ferid Pascha, hat 50 Eisenbahnwagen Getreide nach Adana gesandt. Außerdem ist eine private Hilfsaktion eingeleitet worden, an der sich auch die hiesigen Armenier beteiligen. Wie „Osmanli" erfährt, ist der Redifmajor von Sis, der nach Hadschin entsandt worden ist, mit einem beträchtlichen Teile seiner Truppen zu den Aufständischen übergegangen. Weiter erfährt diese Zeitung, daß die Pforte die Absendung beunruhigender Depeschen aus der Provinz an hiesige Komitees verboten hat. In einem vom 1. Mai datierten Telegramm dementiert der Wali von Adana die Gerüchte, daß Truppen zu den Agitatoren übergegangen seien; in dem ganzen Wilajet kämen keine Unruhen mehr vor, die Redifbataillone in Tarsus und Mersina seien demobilisiert worden. In einem gestern abgehaltenen Ministerrat wurde beschlossen, angesichts der fortdauernden Bewegung in Yemen die Forderungen des Präsidenten zu erfüllen und dem südöstlichen Teil der Provinz eine gewisse Autonomie zu verleihen.

Oesterreich-Ungarn.

Eine ungarische Wahlrechtsdemonstration.

Budapest, 5. Mai. Die von den Sozialdemokraten anläßlich der gestern abend erfolgten Ankunft des Königs geplante Kundgebung für das gleiche und geheime Wahlrecht wurde durch einen gestern abend über Budapest niedergehenden Regenguß stark beeinträchtigt. Trotzdem waren viele tausende Personen bei der Ankunft des Königs zugegen und brachten Rufe auf das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht aus.

Frankreich.

Die Postbeamten.

Die Regierung fährt fort durch brutale Maßregelungen die Beamten zu provozieren. Gegen diese Verfolgungen hat jetzt auch der Hauptausschuß der Liga der Menschenrechte, deren Vorsitzender unser Genosse Abg. Pressensé ist, energischen Protest eingelegt. Jedoch ist es noch nicht ausgeschlossen, daß der Ausbruch eines neuen Streiks verhütet wird. Die Hauptforderung der Beamten ist bekanntlich die Entlassung des Anstifters der ganzen Unruhen, des unfähigen und rechthaberischen Unterstaatssekretärs Simyan. Nun hat der Minister Barthou die anderen Minister ersucht, alle das Post- und Telegraphenwesen betreffenden Schriftstücke in Zukunft nicht mehr an das Unterstaatssekretariat der Posten und Telegraphen, sondern direkt an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu richten. Das ist nun eine Brüskierung des Unterstaatssekretärs, die gewiß nicht unbeabsichtigt ist; zieht Herr Simyan die Konsequenzen, so wäre dem Streit seine Schärfe genommen und ein Frieden möglich; im anderen Fall kann es zu großen und folgenschweren sozialen Konflikten kommen, da die Arbeiter sich mit den Beamten solidarisch erklärt haben und jede Bedrohung des Koalitionsrechts der Beamten mit allen Mitteln abzuwehren entschlossen scheinen.

Portugal.

Ministerkrise.

Lissabon, 5. Mai. Der Ministerpräsident wird dem Könige morgen die Demission des gesamten Kabinetts überreichen.

England.

Ein Wahlsieg der Arbeiterpartei.

Sheffield, 4. Mai. In der Nachwahl für das Parlament im Wahlbezirk Attercliffe erhielt Pointer (Arbeiterpartei) 3531, Farlow (Unionist) 3380, Lambert (liberal) 3175 und Wilson (unabhängiger Unionist) 2803 Stimmen. Pointer tritt also an Stelle Langleys (liberal), dessen Majorität seinerzeit 787 Stimmen betrug.

Auch dieser Wahlausgang zeigt also einen außerordentlich starken Rückgang der Liberalen; die konservativen Unionisten hätten den Bezirk gewonnen, wenn sie sich auf einen einzigen Kandidaten geeinigt hätten.

Ebenso verloren die Liberalen das 1906 mit 146 Stimmen eroberte Mandat von Stratford on Avon. Hier siegte der Unionist Foster mit 5374 über den Liberalen Martin, der 2747 Stimmen, und über einen Wildliberalen, der 479 Stimmen erhielt.

Kriegs- und Friedensfragen.

London, 5. Mai. Unterhaus. Die zurzeit in England befindlichen deutschen Arbeiterdelegierten besuchten heute nachmittag das Unterhaus und hörten auf der öffentlichen Galerie den Verhandlungen zu. Auf eine Anfrage Kapitän Fabers, ob die Admiralität vor zwölf Monaten von dem britischen Marineattaché in Berlin ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß die deutschen Behörden Vorbereitungen träfen, um die Ausführung des Marinebauprogramms zu beschleunigen, und daß die Firma Krupp im Begriff stände, ihre Werke erheblich zu vergrößern, erwiderte der erste Lord der Admiralität Mc Kenna, die Berichte der Marineattachés seien vertraulich und es sei nicht wünschenswert, sie vorzulegen oder ihren Inhalt wiederzugeben. Thorne von der Arbeiterpartei lenkte darauf die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Anwesenheit der deutschen Besucher und fragte Mc Kenna, ob er wüßte, daß zurzeit auf der Galerie sich eine Deputation deutscher Arbeiter befinde, die gekommen seien, um die Freundschaft der Volksparteien beider Länder zu befestigen. Hier griff der Sprecher ein und erklärte, daß die Frage belanglos sei.

In Beantwortung einer weiteren Frage sagte Premierminister Asquith, die Regierung habe Schritte unternommen, um die Luftschiffahrt auf einen zufriedenstellenderen Stand zu bringen. Sowohl das Heer wie die Flotte hätten es sich zur Aufgabe gemacht, lenkbare Luftschiffe zu entwerfen und zu erbauen. Das Kriegsministerium erbaue seine Luftschiffe in der Ballonfabrik zu Aldershot. Um dem Werke die höchste wissenschaftliche Unterstützung zu sichern, sei das staatliche physikalische Laboratorium angewiesen worden, eine besondere Abteilung für fortgesetzte Experimente und Forschungen über die einschlägigen Fragen einzurichten. Die notwendigen Mittel seien zur Verfügung gestellt, damit das Werk ohne Aufschub ausgeführt werde. Die Aeroplanfrage werde vom Kriegsministerium bearbeitet.

Rußland.

Russische Provokateure im Auslande.

Dank dem rechtzeitigen Eingreifen des Genossen Jaurès, der am 22. April in der „Humanité" Mitteilungen über ein gegen Clemenceau und Falliéres geplantes Polizeikomplott brachte, das von russischen Provokateuren vorbereitet wurde, ist die Aufmerksamkeit weiter Kreise abermals auf die Praktiken der großen und kleinen Azews gelenkt worden. Es wurden in Nizza zwei Personen, Alparosa und Anna Neites, verhaftet, die das Komplott vorbereiten wollten. Nun stellt sich heraus, daß diese Personen in naher Verbindung standen mit dem „Anarchisten" Seiliger, der bekanntlich aus Anlaß der Brüsseler Bombenaffäre verhaftet wurde. Unser Brüsseler Parteiblatt „Peuple" wies bekanntlich von Anfang an auf den provokatorischen Charakter der Bombenaffäre hin, wofür es von der bürgerlichen Presse mit Spott und Hohn übergossen wurde. Nun dürfte nach den Verhaftungen in Nizza die Wahrheit eher an den Tag kommen.

Persien.

Die Einführung der Verfassung.

Teheran, 5. Mai. Heute früh ist eine vom Schah unterzeichnete Proklamation veröffentlicht worden, welche bekannt gibt, daß der Schah heute eine Verfassung bewilligt, da allein das konstitutionelle Regime imstand sei, die Ordnung wiederherzustellen. Die Wahlen sollen bis zum 19. Juli vollzogen werden, an welchem Tage, wie man erwartet, das Parlament zusammentreten wird.

Ein revolutionärer Putsch.

Teheran, 5. Mai. 250 Nationalisten aus Rescht sind gestern plötzlich in Kaswin eingedrungen und haben das Gouvernement angegriffen. Die Garnison leistete bis zum Einbruch der Dämmerung Widerstand, worauf die Feindseligkeiten eingestellt wurden. Von den Truppen des Schah wurden zwanzig getötet, hundert ergaben sich. Die Nationalisten hatten drei Tote. Sie erwarten heute Verstärkungen aus Rescht.

Parlamentarisches.

Die zweite Beratung der Berggesetznovelle

wurde am Dienstagabend fortgesetzt. Im wesentlichen wurden die Beschlüsse der ersten Lesung bestätigt. Die Wahl und die Voraussetzungen für die Wahlfähigkeit der Sicherheitsmänner versuchte das Zentrum zu verbessern. Es drang damit nicht durch, daß derjenige wahlberechtigt ist, der ein Jahr Bergarbeit verrichtet hat; es bleibt vielmehr dabei, daß der Wähler ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerk beschäftigt gewesen sein muß. Dagegen wurde die ununterbrochene dreijährige Grubenarbeit auf demselben Bergwerk geändert in eine ununterbrochene einjährige, und in zweijährige auf gleichartigen Gruben desselben Bezirkes. Im übrigen bleibt es bei den Beschlüssen erster Lesung mit der nationalliberalen Verschlechterung, daß der Sicherheitsmann fünf Jahre Hauer gewesen sein muß, während vorher genügte, fünf Jahre unterirdisch, davon zwei Jahre als Hauer. — Der Arbeiterausschuß soll von den Sicherheitsmännern gewählt werden. Auf 500 Mann Belegschaft soll ein Mitglied entfallen. Ein Zentrumsantrag, statt 500 zu setzen 800, wurde abgelehnt.

Die Befahrung der Gruben soll einmal im Monat erfolgen. Ein Antrag, dreimalige Befahrung zu beschließen, wurde ebenfalls abgelehnt. Bei Beschlußfassung über die außerordentlichen Befahrungen, ob nur eine nochmalige oder mehrere, ob der gesamte Arbeiterausschuß oder nur die von den Arbeitern gewählten Mitglieder desselben darüber beschließen sollen, und ob der Unternehmer die mehrmalige Befahrung verweigern darf, konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

Es wurde eine Subkommission eingesetzt, die in der nächsten Sitzung berichten soll.

Das Recht der Unternehmer, ihrerseits Arbeiterausschußmitglieder zu ernennen, ist nicht beseitigt worden. Nur die Mehrzahl der Mitglieder muß von den Arbeitern gewählt werden.

Aus der Partei.

Der Verlauf des Maifestes in Italien.

Rom, 3. Mai. (Eig. Ber.)

In ganz Italien ist der 1. Mai auch in diesem Jahre mit der üblichen Feierlichkeit begangen worden. In Rom, wo die Straßenbahner trotz der gegenteiligen Verordnung der Stadtverwaltung den Dienst den ganzen Tag ruhen ließen, fand eine von 7- bis 8000 Personen besuchte Volksversammlung am Orto botanico statt, wo Genosse Biffolati, Genosse Pozzi, ein Republikaner und ein Syndikalist das Wort nahmen. Der Umzug war in Rom verboten worden, aber die Arbeiterkommission wurde vom Bürgermeister Nathan im Rathause empfangen. Die städtischen Aemter der Hauptstadt wurden für den Nachmittag geschlossen; die Schulen, für die die sozialistischen Stadtverordneten die gleiche Maßnahme beantragt hatten, hatten den Schülern keinen Ferientag gegeben. In Mailand fand ein Umzug statt, Einweihung des Volkshauses, feierlicher Empfang der Trambahner von Genua, die in einem Extrazuge gekommen waren. Redner war Genosse Turati. Unter offizieller Beteiligung der Stadtverwaltung wurde der 1. Mai in Florenz begangen, wo ein Gedenkstein für Giordano Bruno eingeweiht wurde. Festredner waren die Genossen Pescetti, Enrico Ferri und Masini, sowie der Bürgermeister San Giorgio. Auch in Turin fand ein riesiger Demonstrationszug statt; über 1000 Arbeiter reisten im Extrazuge nach Genua, wo sie von der dortigen Organisation empfangen wurden. Straßendemonstrationen sind weiter in Genua, Palermo, Trapani, Bologna und zahllosen kleineren Städten veranstaltet worden. In Messina, der Stadt der Toten, hatte es die Regierung für nötig gefunden, den Umzug zu verbieten!

Leider sind auch aus zwei kleineren Ortschaften Apuliens ernstere Unruhen zu berichten. In San Nicandro Garganico kam es zu einem Konflikt zwischen der freien Arbeiterschaft und einer „gelben", im Dienste der herrschenden kommunalen Partei stehenden Organisation. Einzelheiten fehlen, man weiß nur, daß die Karabinieri von den Waffen Gebrauch machten und gegen zwanzig unserer Parteigenossen verwundet wurden. In Gioja del Colle war die Volksversammlung, bei der Genosse Morgari sprach, und der Straßenumzug schon friedlich beendet worden, als organisierte Arbeiter, ebenfalls aus lokalpolitischen Gründen, von einer Schar junger Leute angegriffen wurden. Auch hier fehlen Einzelheiten, und man weiß nur, daß mehrere Arbeiter verwundet sind, und zwar einer so ernst, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Diese so häufigen Konflikte in Süditalien, die nominell aus lokalen Anlässen entstehen, sind tatsächlich verlarvte Episoden des Klassenkampfes, da es sich bei allen kommunalen Kämpfen in Süditalien entweder um die Vorherrschaft zweier ausbeutenden Fraktionen oder um den Kampf der politisch und wirtschaftlich wehrlosen Arbeiterschaft gegen die Grundbesitzer handelt.

Trotz dieser Zwischenfälle im Süden zeigte übrigens auch der diesjährige Verlauf des 1. Mai durch die imponierende Einmütigkeit seiner Arbeitsruhe, daß die Organisation und das Klassenbewußtsein der italienischen Arbeiterschaft an Kraft und Tiefe zunimmt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aufgehobenes Urteil.

Wegen Beleidigung durch die Presse ist am 13. November v. J. vom Landgericht Bochum der Genosse Friedrich Steinkamp vom „Volksblatt" für Bochum zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hat angenommen, daß sich der Angeklagte der Beleidigung in drei Fällen und der üblen Nachrede in einem Falle schuldig gemacht habe. Beleidigt sollten sein das preußische Offizierkorps des Beurlaubtenstandes, der Reserveoffizier und Redakteur L. und die Bezirkskommandos. — Auf die Revision Steinkamps hob am 4. Mai das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Es handelt sich um einen einzigen Artikel; die Annahme mehrerer selbständiger Straftaten, begangen durch Veröffentlichung dieses einen Artikels, erscheint nicht gerechtfertigt.

Aus Industrie und Handel.

Der kommende Montantrust.

In der deutschen Eisen- und Stahlindustrie nebst der davon abhängigen metallverarbeitenden Industrie sind zirka 900 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Rechnet man die mit der Eisen- und Stahlindustrie am engsten verbundene Maschinenindustrie hinzu, so kommen wir auf eine Beschäftigtenzahl von 1,6 bis 1,7 Millionen. Das ist mehr als der vierte Teil aller gewerbepolizeilich registrierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Den Aufstieg der Produktion, die rapide Entwickelung dieser Industrie veranschaulicht eine Statistik des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen über Eisenerzeugung und Verbrauch in Deutschland.

Auf den Kopf der Bevölkerung verteilt betrug im deutschen Zollgebiet

Jahresdurchschnitt	Eisenerzeugung	Eisenverbrauch
1861/64 . . .	21,8 Kilogramm	25,2 Kilogramm
1866/69 . . .	32,7 „	33,0 „
1880 . . .	61,2 „	39,3 „
1890 . . .	97,1 „	81,7 „
1900 . . .	151,4 „	131,1 „
1907 . . .	209,87 „	145,12 „
1908 . . .	187,47 „	114,35 „

Vor vier bis fünf Jahrzehnten war Deutschland noch ein auf die Eiseneinfuhr angewiesenes Land, 1880 ging die Eisenproduktion um 22 Kilo pro Kopf über den Verbrauch hinaus. Nach 1880 begann der inländische Verbrauch in fast demselben Verhältnis wie die Produktion zu steigen. Das Fazit dieser Entwickelungsperiode ist aber ein dauernder bedeutender Ueberschuß an Eisenproduktion gegenüber dem Selbstverbrauch. Auch in den besten Hochkonjunkturjahren vermochten wir unsere inländische Produktion nicht mehr aufzubrauchen. In den letzten Jahren wurde die Spannung so groß, daß fast bis 40 Proz. der Produktion ausgeführt werden mußten. Aus diesem Grunde verdienen unsere Eisenzölle den Namen Schutzzölle längst nicht mehr. Das beweisen auch folgende Angaben:

Die Einfuhr von Roheisen aller Art, Brucheisen usw. betrug 1880: 238 572, 1908: 399 661 Tonnen, die Ausfuhr 1880: 318 879, 1908: 421 611 Tonnen. Demnach blieb die Roheiseneinfuhr überwiegend. Dagegen ergibt sich bei Materialeisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren einschließlich Maschinen aus Eisen folgende Entwickelung:

	Einfuhr	Ausfuhr
1880 . . .	64 693 Tonnen	737 041 Tonnen
1908 . . .	258 437 „	3 697 799 „

Die industrielle Großmachtstellung Deutschlands beruht nicht auf Rohprodukten, sondern auf weiter verarbeitetes Eisen und Stahl, auf Qualitätsarbeit.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet erhalten die zurzeit lebhaft im Gange befindlichen Transaktionen in der deutschen Montanindustrie erhöhte Bedeutung. Die großen Hüttenwerke in Schlesien, Rheinland-Westfalen und Saargebiet-Lothringen brauchen in der Regel kein ausländisches Roheisen zu kaufen; sie sind oft selbst im Besitz von im Auslande gelegenen Erzgruben und Hochöfen. Ihre Hochöfen sind imstande, innerhalb 24 Stunden bis zu 2000 Tonnen Roheisen zu liefern. Vor 40 Jahren belief sich die durchschnittliche Jahresleistung eines deutschen Hochofens auf 5000 Tonnen; heute beträgt sie zirka 44 000 Tonnen! Diese Produktionsintensität hat die Großeisenwerke in den Stand gesetzt, mehr Roheisen zu erzeugen, wie sie selbst verarbeiten können. Das ist der Antrieb für die im vollen Zuge befindliche Verschmelzung und Erweiterungen der Hochofenwerke, Walzwerke, Brückenbau- und Maschinenbauanstalten usw. mit Kohlen- und Erzgruben und Kokswerken. Der Weg führt zum Montantrust. Die Interessenten wollen ihre Rohprodukte in eigenen Anlagen bis zum endgültigen Fertigfabrikat selbst verarbeiten lassen. Die das ihr gelieferte Roheisen oder Halbzeug weiter verarbeitende kleine und mittlere Eisen- und Stahlindustrie soll, von einigen Spezialartikeln abgesehen, aus der Warenerzeugung ganz verschwinden.

Die Umwälzung in der Eisen- und Stahlindustrie hat für die Arbeiter die Bedeutung, daß sie mit einem Eisen- und Stahltrust rechnen muß, der an sozialpolitischer Rücksichtslosigkeit dem amerikanischen Stahltrust nichts nachgeben wird. Was heute schon mit der Zirkulation von „schwarzen Listen" geleistet wird, das wird zukünftig den Trustmagnaten noch viel leichter und gründlicher gelingen. Schonung haben die „renitenten" Arbeiter nicht zu erwarten. „Unser Weg geht über Leichen"! soll nach der Versicherung der Bedrohten ein Großindustrieller zu Vertretern der Kleineisenindustrie gesagt haben. In der Tat bedecken schon zahlreiche ruinierte Kleineisenindustrielle als wirtschaftliche Leichen den von der Großindustrie eingeschlagenen Weg. Um so nachdrücklicher muß den Eisen- und Stahlarbeitern jetzt zugerufen werden: **Organisiert Euch gegen die Trustmagnaten!**

Die Julius Pintsch A.-G. erzielte im letzten Jahre, nach Abschreibungen in Höhe von 1 084 080 M., einen Reingewinn von 3 618 914 M., gegen 3 388 126 M. im Vorjahre. Es soll eine Dividende von 14 Prozent ausgeschüttet werden; im Vorjahre erhielten die Aktionäre 13 Prozent.

Die Generalversammlung der Maschinenbauanstalt A.-G. Balcke-Bochum beschloß, für 1908 eine Dividende von 14 Prozent auszuschütten, gegen 10 Prozent für 1907. Der Beschluß wird den Dividenden-Arbeitern nicht schwer geworden sein.

Preisermäßigungen. Nach einer Depesche aus New York sah der Stahltrust sich veranlaßt, auf Drahterzeugnisse Preisnachlässe eintreten zu lassen.

Soziales.

Die Reichsversicherungsordnung

wurde in der letzten Generalversammlung der Berliner Ortskrankenkasse der Gastwirte besprochen. Ausgeführt wurde, daß entgegen den Feststellungen der amtlichen Erhebungen das Reichsamt des Innern einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, der die Krankenkassen — wenn er Gesetz wird — der Bureaukratie ausliefert. Mit der Halbierung der Beiträge und des Stimmverhältnisses der Delegierten sollen die Arbeitgeber auf den Leim gelockt werden. Daß mit dieser Einführung eine dauernde Unruhe in die Kassen einziehen müsse, sei ohne weiteres zu erkennen. Man möchte fast annehmen, die Regierung verfolge diesen Zweck, um die ehrenamtlichen Posten der Kassenvorsitzenden mit staatlichen oder städtischen Beamten zu besetzen, wie dies der Entwurf vorsieht. Die Folge dieser Maßnahme würde sein, daß, wie in den Landesversicherungsanstalten, auch in den Krankenkassen der letzte Rest der Selbstverwaltung erstickt werde. Der Entwurf müsse als ein Angriff der Bureaukratie gekennzeichnet werden. In den Krankenkassen haben bisher fast immer Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Interesse der Versicherten zusammengearbeitet, und nun sollen nach dem Entwurf auch diese Institutionen der Willkür angestellter Bureaukraten ausgeliefert werden. Diesem arbeiterfeindlichen Bestreben gegenüber sei ein geschlossenes Vorgehen am Platze. Der bevorstehende Kongreß der Krankenkassen Deutschlands möge beweisen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesem Falle zusammenstehen, um der drohenden Vernichtung der Selbstverwaltung zu begegnen. Die Kongreßdelegierten werden im Sinne dieser Ausführungen ihr Votum abzugeben haben.

Auch die ordentliche Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Schneider nahm zu der Reichsversicherungsordnung Stellung. Nach einem eingehenden Referat Täterows wurde einstimmig beschlossen:

„Die am 20. April 1909 im „Neuen Clubhaus" tagende Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin erblickt in der geplanten Reform der Arbeiterversicherungsgesetze lediglich einen Versuch, das bisher schon beschränkte Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen aufzuheben. Sie verwirft diesen Versuch auf das entschiedenste. Nicht Aufhebung, sondern Erweiterung der Selbstverwaltung tut den Krankenkassen not. Unter der Selbstverwaltung haben die Krankenkassen einen erfreulichen Aufschwung genommen und ihren Mitgliedern Leistungen garantiert, die weit über das von der Gesetzgebung geforderte hinausgehen.

Dagegen läßt der Entwurf Vorschläge vermissen, die den schon seit Jahren erhobenen und durchaus berechtigten Forderungen der Versicherten nach Vereinheitlichung und Erweiterung der Versicherung Geltung schaffen will.

Die Versammlung erklärt den Entwurf in der vorliegenden Form für unannehmbar und verpflichtet ihre Vertretung, bei allen sich bietenden Gelegenheiten dagegen Stellung zu nehmen und auf die Ablehnung des Entwurfes hinzuarbeiten."

Gewerkschaften und Konsumvereine.

Die vorjährige Konferenz der bayerischen Gewerkschaftskartelle hat sich u. a. auch mit dem Verhältnis zwischen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung beschäftigt und in einem Beschluß ausgesprochen, daß die Kartelle in den Verwaltungen der Konsumvereine Einfluß zu suchen und darüber zu wachen hätten, daß die Aufsichtsräte von wirklich genossenschaftlichem und gewerkschaftlichem Geiste erfüllt seien. Die Konsumvereine seien zu bestimmen, daß sie beim Warenbezug nur auf solche Firmen Rücksicht nehmen, die angemessene oder tarifliche Löhne bezahlen; der Bezug aus Strafanstalten sei auszuschließen, die Heimarbeit nach Möglichkeit zu bekämpfen. Diese Verhandlungen gaben Anlaß, daß sich jetzt auch eine Konferenz der bayerischen Konsumvereine mit der Frage beschäftigte und einstimmig den Beschluß faßte, sowohl an den Süddeutschen Verbandstag in Würzburg als auch an den Allgemeinen Genossenschaftstag in Mainz den Antrag zu stellen, es seien die dem Zentralverband angehörigen Konsumvereine zu verpflichten, beim Einkauf von Waren darauf zu achten, daß diese weder in der Hausindustrie noch in Strafanstalten angefertigt sind und daß die Waren unter den von den Gewerkschaften festgesetzten tariflichen Bedingungen hergestellt werden. Es seien alle Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, die krassen Mißstände in der Heimindustrie zu beseitigen, doch wird es auch für unerläßlich gehalten, daß die Gewerkschaften in der nachdrücklichsten Weise für die Konsumvereine wirken und für den Beitritt zu ihnen sowie für deren Ausbau Propaganda machen.

Gewerkschaftliches.

Mai-Aussperrungen.

Die von den Scharfmacherverbänden angekündigten Aussperrungen großen Stiles sind nur in minimaler Weise zur Ausführung gelangt.

In **Hamburg** sind die Maurer und Zimmerer, soweit sie bei Mitgliedern der Innung „Bauhütte" beschäftigt waren (die anderen Arbeitgeber haben überhaupt nicht ausgesperrt), kaum zur Hälfte auf einen Tag ausgesperrt worden. Von den Hamburger Metallarbeitern sind ausgesperrt auf einen bis zehn Tage 100 Mann, die Klempner haben zum Teil nur eine eintägige Nachfeier, während bei den Fabrikarbeitern ein Betrieb, die Dampfsägerei von Radge u. Neffen in Hamburg-Rotenburgsort, ihre 68 Arbeiter „dauernd" abgelohnt hat. Die Holzarbeiter, von denen 4000 am Maifestzuge teilgenommen haben, weisen 754 Ausgesperrte auf, die von einem bis zu zehn Tagen über ihre gegen das Nachtgebot der Unternehmer verstoßenden Sünden nachdenken sollen. In den weiteren Berufen ist der Umfang der Aussperrung ein unbedeutender.

•

In **Wilhelmshaven** wurden wegen Teilnahme an der Maifeier 20 Zimmerleute und 5 Tischler entlassen bezw. ausgesperrt. Die Lokalkassen der betr. Organisationen gewähren den Gemaßregelten eine höhere Unterstützung als sonst üblich.

•

In **Langenbielau** haben, wie alljährlich auch dieses Jahr die Textilarbeiter der Firma Neugebauer, Poppischill u. Co. ihre Sympathie mit dem Maigedanken dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie die Maschinen abstellten und sich zu gemeinsamem Frühstück im Fabriksaal vereinigten. Wegen dieses Maienfrühstücks werden die Arbeiter drei Tage ausgesperrt. Die Arbeiter haben erst vor kurzem einen erfolgreichen Abwehrstreik durchgeführt.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei der Gesellschaft für Darmverwertung ist beendet. Die Bemühungen der Firma sowie des Sprechmeisters Drädert von der Berliner Fleischerinnung, Arbeitswillige zu bekommen, waren vergebens. Nur zwei solch nützlicher Elemente waren aufzutreiben. Auch war es vergebliche Mühe von seiten der Firma, Uneinigkeit unter die Streikenden zu säen. Nur zu bald mußte die Firma einsehen, daß an deren Einigkeit sowie an der Solidarität der übrigen Berufskollegen ihre Pläne scheitern würden. Im Laufe des gestrigen Vormittags bequemte sich die Gesellschaft, die Forderungen der Streikenden anzuerkennen und die gemaßregelten Vertrauensleute wieder einzustellen. Hoffentlich hat die Gesellschaft von der einen Probe genug und gewährt ihren Angestellten das, was ihnen zukommt.

Achtung, Fleischergesellen! Wegen Maßregelung des Vertrauensmannes ist die Firma Karl Leske, Petersburger Platz 8 (Berliner Wurst- und Fleischwarenfabrik) für unsere Mitglieder bis auf weiteres gesperrt.

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Fleischer.

Achtung, Friseurgehilfen! Wegen Differenzen ist für Mitglieder der Betrieb des Herrn Leonhard, Exerzierstr. 21, gesperrt.

Verband der Friseurgehilfen. Zweigverein Berlin und Vororte.

Deutsches Reich.

In dem Holzsägewerk des Berliner Holzkontors, Abteilung Oderberg (Mark), wurden am Dienstag, den 4. Mai sämtliche Arbeiter entlassen. Die Arbeiter hatten die örtliche Betriebsleitung gebeten, die Arbeitszeit um eine Stunde, von 11 auf 10 Stunden herabzusetzen. Statt dem Wunsche der Arbeiter Rechnung zu tragen, da für die Betriebsleitung, weil alles Akkordarbeit, keine Lohnerhöhung in Frage kommt, erfolgte als Antwort die Kündigung der Arbeiter. Die Arbeiter verließen nunmehr die Arbeitsstätte am Montag, den 3. Mai um 6 Uhr abends. Die Folge war am Dienstag früh die sofortige Entlassung. Da die Betriebsleitung sofort mit den schwarzen Listen eingesetzt hat, und anderweitig Arbeitskräfte sucht, ersuchen wir die Arbeiter allerorts, Zuzug nach Oderberg in der Mark fernzuhalten.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Bezirksleitung 4. Sitz Berlin.

Ausgesperrt sind durch den Arbeitgeberverband in Nakel a. d. Netze 91 Maurer. In bürgerlichen Zeitungen werden Maurer bei hohem Stundenlohn nach Nakel gesucht. Zuzug ist fernzuhalten.

Aus der sächsisch-thüringischen Färberbewegung. Die organisierten Färber des sächsisch-thüringischen Industriegebietes haben die Unternehmer an früher gemachte Versprechungen erinnert und Lohnforderungen eingereicht. In Glauchau sind für die Plüschfärber jetzt die Verhandlungen zum Abschluß gekommen. Alle Arbeiter unter 18 Jahren erhalten pro Woche 60 Pf., Arbeiter über 18 Jahren, die bis 20 M. Lohn pro Woche beziehen, erhalten 75 Pf. Zulage. Die Akkordeinspänner erhalten auf den jede Woche erzielten Lohn 5 Proz. Zuschlag. Arbeiterinnen bekommen pro Woche 30 Pf. mehr. Ueberstunden sollen höher bezahlt werden. Die Löhne werden tariflich festgelegt. Die Mindestlöhne sollen betragen: für Arbeiter unter 18 Jahren 18,80 M., über 18 Jahre 16,05 M., für Arbeiterinnen 9,60 M.

Erfolgreicher Abwehrkampf in der Textilindustrie. Wegen Einführung einer neuen Straftabelle, durch welche für jeden, auch den kleinsten Webefehler bestimmte Strafen festgelegt wurden, und Androhung einer Lohnreduktion legten Anfang voriger Woche die organisierten Weber der Firma Rausch u. Co. in Reichenbach i. Schl. die Arbeit nieder. Der Streik ist jetzt mit Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Die Straftabelle ist zurückgezogen, der alte Lohntarif aufs neue anerkannt und ein während der Bewegung gemaßregelter Kollege wird wieder eingestellt.

Der „christliche Gedanke in Lava"!

Die „Koblenzer Volkszeitung" berichtet in ihrer Nr. 239, daß sich der christliche Steinarbeiterverband des Mayener Gebietes an einer im Juni in Mayen (Rheinland) stattfindenden Ausstellung beteiligen werde. Das Blatt schreibt: Die Ausstellungsgegenstände bestehen aus einer offenen Taufkapelle mit Taufstein und aus einer Büste Kaiser Wilhelms II. Die Taufkapelle wird aus Basaltlava und Tuffstein hergestellt werden und verkörpert den idealen christlichen Gedanken in Lava. Der Entwurf wurde von einem Mitgliede gemacht; auch die Ausführung liegt in den Händen von Mitgliedern. Die Büste S. M. Kaiser Wilhelms II. wird 1,55 Meter Höhe, 1,18 Meter Breite und 0,65 Meter Durchmesser haben und wird speziell in Basaltlava hergestellt. Auch dieser Entwurf wie die Ausführung liegen in den Händen eines Vorstandsmitgliedes. Zehn Steinarbeiter aus verschiedenen Orten sind eifrig an der Arbeit."

Die Steine haben die Unternehmer geschenkt. Sie denken offenbar, so lange die braven Arbeiter beschäftigt sind, den „idealen christlichen Gedanken in Lava" zu verkörpern, werden sie ihnen nicht unbequem.

Friedensaussichten im Schneidergewerbe Hamburgs.

In einer Versammlung der streikenden Damenschneider und -Schneiderinnen gab der Vorsitzende des Schneiderverbandes Schädlich bekannt, daß die Arbeitgeber endlich sich bereit erklärt haben, das Gewerbegericht als Einigungsamt im Schneiderstreik anzuerkennen. Die Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen werden sofort vor dem Gewerbegericht beginnen. Die Streikleitung ist der Ueberzeugung, daß es bei gutem Willen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelingen werde, eine Einigung zu erzielen, und den Streik schon in den nächsten Tagen zu beendigen.

Streiks im Baugewerbe.

Die in den Zentralverbänden organisierten Maurer und Bauhilfsarbeiter in Benrath und Umgegend legten die Arbeit wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen nieder. Die Forderungen sind 9½stündige Arbeitszeit (bisher 10 Stunden), Stundenlohn für Maurer 60 Pf. (bisher 58 Pf.), Bauhilfsarbeiter 50 Pfg. (bisher 48 Pfg.). Beteiligt sind am Ausstande gegen 300 Arbeiter.

In Halberstadt traten gegen 400 Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter wegen Ablehnung ihrer 15 bis 20 prozentigen Erhöhung der Löhne in den Ausstand.

Erfolgreicher Streik der Brauereiarbeiter in Schwabach.

Der zwischen der Brauereivereinigung Schwabach und Umgegend und dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter vereinbarte Tarifvertrag hatte am 30. April sein Ende erreicht. In den Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrages machte der Syndikus der Brauereien der Lohnkommission der Brauereiarbeiter keine Zugeständnisse; er wollte den alten Vertrag verlängert wissen. Die Brauereiarbeiter reduzierten die Forderung.

Die Brauereivereinigung machte schließlich folgende Zugeständnisse: entweder für Brauer und Mälzer wöchentlich 1 Mk. oder für alle Arbeiter 50 Pfg. Lohnerhöhung, die sie später wie folgt erhöhte: Brauer, Mälzer, Maschinisten, Heizer und Bierführer (letztere wenn ausschließlich als solche tätig) erhalten eine Lohnerhöhung von 1 Mk. pro Woche. Nach diesen würden manche Bierführer von der Aufbesserung ausgeschlossen sein, auch die Forderung der Entschädigung für die Maschinisten und Heizer für Jourdienst an Sonn- und Feiertagen ließen die Unternehmer u. a. unbeachtet.

Eine Versammlung der Brauereiarbeiter lehnte das Angebot in geheimer Abstimmung einstimmig ab und beschloß den Streik.

Am 1. Mai ruhte die Arbeit. Unter den Ausständigen waren über 60 Familienväter, fast alle mit langjähriger Dienstzeit. Eine derartige Einigkeit der Arbeiter hatten die Unternehmer nicht erwartet. Ein öffentlicher Aufruf der Unternehmer an die „treuen Mitarbeiter" zur Rückkehr in die Betriebe war erfolglos, Arbeitswillige von auswärts konnten nur wenig aufgetrieben werden. Unter diesen war einer, der wegen Einbruchdiebstahl 1½ Jahre hinter schwedischen Gardinen gesessen hatte.

Am 2. Mai begannen die Einigungsverhandlungen und einigte man sich auf folgender Grundlage: Wiedereinstellung aller Streikenden und keine Schikanierung oder Maßregelung wegen dieses Streikes; Entlassung der Streikbrecher; sofortige Lohnerhöhung für alle Arbeiter von 1 Mk. wöchentlich; für den Jourdienst der Heizer und Maschinisten an Sonn- und Feiertagen 2,50 Mk. Entschädigung.

Damit hat die Einigkeit der im Brauereiarbeiterverband organisierten Brauereiarbeiter Schwabachs, wenn auch die positiven Erfolge keine großen sind, einen moralisch um so höher anzuschlagenden Sieg erfochten. Es gelang dem Unternehmertum nicht, die Brauereiarbeiter durch die beabsichtigte Bevorzugung einzelner Kategorien zu entzweien; ein schönes Zeichen von Solidarität und gewerkschaftlicher Disziplin.

Ausland.

Streik der Londoner Damenschneider.

Wie uns aus London telegraphisch gemeldet wird, sind die dortigen Damenschneider am gestrigen Abend in den Ausstand getreten. Der Kampf ist entbrannt um die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Organisation ersucht daher, daß der Zuzug nach London ferngehalten wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Fünf Personen getötet.

Schönebeck a. Elbe, 5. Mai. (W. T. B.) In dem Alkoholraum der Sprengstoff-Patronenfabrik A. und N. Allendorf ereignete sich heute nachmittag **infolge Brandes eine Explosion,** durch die **fünf Personen getötet, eine schwer verletzt wurden.** Der Materialschaden ist erheblich, doch erleidet der Betrieb keine Störung.

Aus dem dritten Stock abgestürzt.

Frankfurt a. M., 5. Mai. (W. H.) In Wiesbaden stürzte sich die 55 Jahre alte Frau **Wittow,** aus **Deutsch-Wilmersdorf bei Berlin,** die seit einigen Wochen zur Kur in einem hiesigen Hotel weilt, in einem Anfall von Geistesstörung aus dem im dritten Stock gelegenen Zimmer des Hotels. Im Krankenhause ist sie alsbald den **erlittenen schweren Verletzungen erlegen.**

Eisenbahnunglück.

Cilli, 5. Mai. (W. H.) Bei der Station Tüffer **stürzte die Lokomotive eines Güterzuges nebst zwei Waggons** über den **mehrere Meter hohen Eisenbahndamm hinab.** Der Heizer wurde **getötet,** der **Lokomotivführer schwer verletzt.**

Eine Pulverfabrik in die Luft geflogen.

Graz, 5. Mai. (W. H.) Heute morgen ist das Pulverwerk Jahnstampe bei Peggau **in die Luft geflogen.** Ob Menschen dabei verunglückt sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

Verantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Inseratenverantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

258. Sitzung vom Mittwoch, den 5. Mai, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des **Gesetzentwurfs über die Haftung des Reiches für seine Beamten.**

Staatssekretär **Dr. Nieberding**: Der vorliegende Entwurf entspricht einem Wunsche des Reichstages, der vor zwei Jahren, am 23. April 1907, in einer Resolution zum Ausdruck kam. Der Reichstag wünschte einen Gesetzentwurf, durch den die unmittelbare Haftung des Reiches für den durch Reichsbeamte in Ausübung von Amtsbefugnissen verursachten Schaden geregelt wird. Einen weitergehenden Antrag, auch die Haftung der Bundesstaaten für die Handlungen ihrer Beamten in demselben Gesetz mit zu regeln, hat der Reichstag damals abgelehnt, und die verbündeten Regierungen haben sich der Auffassung angeschlossen, daß bezüglich der Staatsbeamten die Materie von den Einzelstaaten zu regeln ist.

Abg. Dr. **Brunstermann** (Np.) äußert seine Befriedigung über den Gesetzentwurf, der von der Kommission, an die er ihn zu verweisen beantragt, hoffentlich recht schnell erledigt werden wird.

Abg. Dr. **Junck** (natl.) begrüßt den Entwurf ebenfalls zustimmend; Bedenken könne die Bestimmung in § 5 erregen, daß die Haftung des Reiches für die Tätigkeit solcher Beamten ausgeschlossen sei, die außer einer Entschädigung für Dienstaufwand nur Gebühren beziehen. Bedenklich sei auch, daß die Haft des Reiches erheblich eingeschränkt sei, wenn es sich um die Tätigkeit von Beamten im auswärtigen Dienst handele. Wünschenswert wäre es auch gewesen, wenn der Entwurf weiter gegangen wäre und auch die Haftung der Bundesstaaten für die Handlungen ihrer Beamten geregelt hätte; die Mehrheit des Reichstags, welche diese Forderung vor zwei Jahren ablehnte, sei eine Zufallsmehrheit gewesen. Redner beantragt schließlich die Verweisung des Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Dr. **Spahn** (Z.) schließt sich dem Antrag auf Kommissionsberatung an. Seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Abg. **v. Brockhausen** (k.) bittet, den Entwurf der Justizkommission zu überweisen. Den Entwurf selbst begrüßt er zustimmend, besonders kann ein Bedürfnis, die Haftung der Bundesstaaten in den Entwurf mit einzubeziehen, nicht anerkannt werden.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.): Der in dem vorliegenden Entwurf zum Ausdruck kommende Rechtsgedanke ist so richtig und wurzelt so tief im Empfinden des Volkes, daß die Bedenken dagegen schwinden müssen. Wir begrüßen den Entwurf daher mit Genugtuung, und hätten es gern gesehen, wenn er noch weiter ginge und die Haftung auch der Einzelstaaten für ihre Beamten regelte.

Abg. **Kölle** (wirtsch. Vg.) erklärt den gegenwärtigen Rechtszustand für geradezu unwürdig, ist aber damit einverstanden, daß der Entwurf in die öffentlichen Rechtsverhältnisse der Bundesstaaten nicht eingreift.

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Auch wir stimmen dem Antrage zu, den Entwurf an eine besondere Kommission zu verweisen. Seine Grundlage entspricht einem alten Verlangen meiner politischen Freunde und bedeutet ein Entgegenkommen gegenüber dem Grundgedanken, den im Jahre 1896, als meine politischen Freunde bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches den Antrag einbrachten, daß das Reich und der Staat für alle amtlichen Handlungen seiner Beamten zu haften habe, die Nationalliberalen und die Freisinnigen bekämpften. Im Jahre 1905 beantragte der Abg. Bassermann, es möge ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, in dem nicht nur die Verpflichtung des Reiches für die Reichsbeamten zu haften, ausgesprochen werde, sondern auch die des Staates, der Kommunen und anderer juristischen Personen des öffentlichen Rechts für die Tätigkeit ihrer Beamten, wenn sie in Ausübung ihres Amtes einen anderen verletzt haben. Damals hat mein Freund Wurm ausgeführt, daß wir diesen Antrag unterstützen. Der einzelne Bürger kann sich den Beamten nicht auswählen, der ihm gegenüber eine öffentliche Tätigkeit ausübt. Daraus folgt logischerweise, daß derjenige, der den Beamten mit der Ausübung dieser Tätigkeit betraut hat, auch dafür haften muß, wenn in widerrechtlicher Weise jemand verletzt ist. Dieser Gedanke ist im Volke außerordentlich lebhaft und stark. Heute ist er als berechtigt auch von der Reichsregierung anerkannt, aber leider beschränkt auf die Reichsbeamten. Und es ist fraglich, ob es in der Kommission gelingen wird, die Ausdehnung auf die Bundesstaaten zu erlangen. Die Motive zeigen uns, daß auch nach Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches eine große Zerrissenheit des Rechts auf diesem Gebiete besteht. Wir haben Bundesstaaten, in denen die Haftung des Staates besteht, andere, in denen sie zum Teil besteht, und wieder andere, in denen sie gar nicht besteht. Außer diesem formalen Grund der Notwendigkeit eines einheitlichen Rechts spricht für die Ausdehnung auf die Einzelstaaten auch derselbe Rechtsgrund, welcher die Haftung des Reichs für die Reichsbeamten notwendig macht. Aber neben diesen theoretischen Gründen sind auch praktische Gründe maßgebend. Schon 1896 habe ich dargelegt, wie notwendig es ist, daß die Haftung des Staates für die Handlungen von Polizei- und anderen Beamten ausgesprochen wird, wenn es sich um Eingriffe in die persönliche Freiheit handelt. Wenn zum Beispiel fahrlässigerweise die Untersuchungshaft verhängt oder ausgedehnt wird, und die Freiheit der einzelnen dabei mißachtet wird, so ist nicht einzusehen, weshalb der Staat hier nicht haften soll. Man fürchtete damals, durch die Haftung des Staates könnte die Freiheit der Entschließung zur Verhaftung etwas angekränkelt werden. Das heißt mit anderen Worten, es könnte das Recht des Staatsbürgers etwas mehr geachtet werden. Wir stehen ja in Preußen und im allgemeinen in Deutschland in absolutestem Gegensatz zu einem Rechtsstaat, in welchem der Staat ganz selbstverständlich für unrechtmäßige Eingriffe der Beamten in die persönliche Freiheit der Bürger aufkommt. Fast täglich werden unberechtigte Verhaftungen von unserer Polizei vorgenommen, welche eine gewisse Uebung darin hat, eine Menge solcher Leute zu verhaften, die nicht schuldig sind, und die Schuldigen nicht zu finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Damals also, 1896, hat man unseren Antrag abgelehnt, aus der Furcht, daß an Stelle des Unrechts das Recht gesetzt werden könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Personen des Soldatenstandes im Sinne dieses Gesetzes den Reichsbeamten gleichstehen, ist mit Freuden zu begrüßen. Eine Folge würde sein, daß die Mißhandelten und zufolge der patriotischen Disziplin und des Kadavergehorsams zu Krüppel Geschlagenen nicht mehr wie jetzt einen Regreß nur gegen den unmittelbar Schuldigen haben, sondern nunmehr einen Regreß gegenüber dem Reich. Und dieser Regreß wird vielleicht der Anlaß dazu sein, daß gegenüber solchem schädlichen Handeln ganz anders eingegriffen wird wie bisher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch durch abirrende Kugeln Verletzte hatten bisher nur einen Regreß gegen den betreffenden Soldaten, daß jetzt ein Regreß gegen das Reich bestehen soll, ist sicher ein Vorteil. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Schon meine Vorredner haben einige Mängel des Entwurfes hervorgehoben. Dazu gehören vor allem die drei im § 5 ausgesprochenen Ausnahmen. Die erheblichsten Bedenken bestehen gegen Ziffer 3, wonach das Gesetz keine Anwendung findet, „soweit es sich um die Tätigkeit eines mit Angelegenheiten des auswärtigen Dienstes befaßten Beamten handelt, welche die Gewährung des Schutzes gegenüber dem Auslande zum Gegenstand hat, oder durch die auf eine ausländische Staatshoheit oder auf ausländische Rechtsvorschriften zu nehmenden internationalen Rücksichten veranlaßt ist“. Soweit das letztere der Fall ist, liegt eine strafbare Handlung gar nicht vor. Daß aber die Haftung des Reichs aufgehoben wird, wenn einem im Auslande befindlichen Deutschen rechtswidrig der Schutz versagt wird, ist absolut nicht einzusehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Deutscher im Auslande von einem ausländischen Staat schief angesehen wird und zufällig kein Arbeiter ist, sondern Angehöriger der bürgerlichen Klasse, so werden gleich Kriegsschiffe hingeschickt. Als z. B. auf Tahiti ein Deutscher, der einen Polizeibeamten verhauen hatte, dafür verhaftet und mit einem Jahr Gefängnis bestraft wurde, wurde sofort ein deutsches Kriegsschiff hingeschickt. Ob dem Manne Unrecht geschehen war, weiß ich nicht. War es der Fall, so geschah ihm nichts anderes, als in Deutschland Hunderten und Tausenden geschieht, die mit der Polizei in Konflikt kommen. Damals also sandte man ein Kriegsschiff hin. Hier aber erklärt der Entwurf, wenn es sich um die Gewährung eines Schutzes der Deutschen im Auslande handelt, soll das Reich nicht in Anspruch genommen werden können für das fahrlässige Handeln eines Beamten in Ausübung seiner öffentlichen Gewalt. Das ist eine Rechtsversagung ganz ungeheuerlicher Art, (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) das heißt, den Deutschen den Schutz im Ausland versagen. Das heißt geradezu, die Beamten des Auswärtigen Amtes sind nicht der Deutschen wegen da, sondern der Bureaukratie wegen und der Gehälter wegen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß diese Ausnahme in der Kommission beseitigt werden wird, und hoffe ferner, daß es gelingen wird, die Haftpflicht in dem Sinne auszudehnen, wie wir es im Jahre 1896 beantragt haben. Hätten wir nicht gelehrte Richter, sondern Richter aus dem Volke, so würde durch die Rechtsprechung dem Bedürfnis nach Haftung des Reiches und Staates ohne weiteres Rechnung getragen werden. Dann brauchten wir nicht solche Paragraphierungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Leider haben wir bisher nicht Richter aus dem Volke, und deshalb brauchen wir solche Gesetze. Dieses hier stellt wenigstens keinen Rückschritt dar, und wir werden ihm daher hoffentlich mit den angedeuteten Erweiterungen zustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Gesetzentwurf geht an die Justizkommission.

Es folgt die 3. Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, der Zivilprozeßordnung und der Gebührenordnung für die Rechtsanwälte.

In der Generaldebatte wird das Wort nicht verlangt.

In der Spezialdebatte begründet

Abg. **Schmidt-Warburg** (Z.) einen Antrag, in Bedürfnisfällen auf obligatorische Gewährung des Armenrechts bei Streitgegenständen über 300 M. und in Fällen, in denen die Gegenpartei einen Anwalt hat. Die Gewährung des Armenrechts darf nicht von dem freien Ermessen des Richters abhängen. Ich appelliere an ihr Gerechtigkeitsgefühl. Nehmen Sie den Antrag an, der keinem schadet und nur den Armen nützt. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding** wendet sich gegen den Antrag. Wir wollen den Armen nicht schlechter behandeln, sondern glauben einen gerechten Maßstab für alle Fälle gefunden zu haben. In Fällen, wo es zur sachgemäßen Führung des Prozesses notwendig ist, wird dem Bedürftigen immer ein Anwalt gestellt werden. Die Berufung auf den Unterschied zwischen Arm und Reich hat immer etwas Verdächtiges. Außerdem bedeutet der Antrag eine unbillige Belastung der Anwälte.

Abg. **Heine** (Soz.):

Der Antrag Schmidt-Warburg läuft ungefähr auf dasselbe hinaus, was meine Freunde bei der zweiten Lesung beantragt haben. Die Gründe des Herrn Staatssekretärs dagegen sind nicht stichhaltig. Ich begreife nicht, warum der Herr Staatssekretär dagegen protestiert, daß bei diesem Paragraphen die Frage, ob arm oder reich, hereingezogen wird. Es handelt sich doch um eine Konsequenz aus der Bewilligung des Armenrechts, und da ist es ganz unerläßlich, daß die Partei, um deren Interesse es sich handelt, eben eine arme sein muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die andere Partei im Sinne des Gesetzes auch eine arme ist, so wird sie eben derselben Vorteile teilhaftig werden. Die Behauptung, die Rechtsanwaltschaft würde dadurch belastet, nimmt sich sehr komisch aus in demselben Augenblick, wo die verbündeten Regierungen in demselben Gesetze die Einkünfte der Rechtsanwaltschaft, die Bezahlung für ihre geleistete Arbeit, ganz erheblich reduzieren. Das soll sich die Anwaltschaft gefallen lassen, und im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes tut sie es auch; da ist man nicht besorgt um ihre Interessen. Aber hier, wo ihr zugemutet wird, ein nobile officium (Ehrenpflicht) zu übernehmen, erinnert man sich plötzlich an ihre Interessen. Ich kann ja nicht im Namen der ganzen Anwaltschaft sprechen, aber im Namen sehr vieler Anwälte, die ich kenne, kann ich sagen, daß sie sehr gern bereit sein werden, die in dem Antrage liegende weitere Belastung zu übernehmen. Es ist unrichtig, daß das bisherige Gesetz genügt. Es mag eine große Reihe Richter geben, die sehr sorgfältig prüfen und gern bereit sind, der armen Partei auch da, wo das Gesetz nicht unbedingt dazu verpflichtet, einen Anwalt beizuordnen. Ich kenne aber auch viele Richter, die aus bureaukratischer Gleichgültigkeit oder Ueberlastung mit Geschäften nicht mit der Liebe und dem Interesse an die Sache herangehen und schematisch die Anträge auf Beiordnung eines Rechtskundigen oder eines Anwaltes abzulehnen pflegen. Namentlich bei Alimentenprozessen ist das besonders wichtig. (Sehr richtig!) Die Vertretung der außerehelichen Kinder wird meist außerordentlich salopp geführt. Vielfach auch aus Rechtsunkenntnis, denn solche Prozesse sind gar nicht so sehr einfach. Ganz unbedenklich wird der Antrag Schmidt-Warburg dadurch, daß die Beiordnung nur dann erzwungen werden soll, wenn auch die andere Partei einen Anwalt

Kleines Feuilleton.

„Kilowattstunde.“ Der Ausdruck „Kilowattstunde“ ist gang und gäbe geworden, ohne daß der Laie eine rechte Vorstellung davon hat, was mit dieser verhältnismäßig geringen Elektrizitätsmenge eigentlich erzielt und geleistet werden kann. Der Leiter eines englischen Elektrizitätswerkes hat, wie wir dem „Prometheus“ entnehmen, die Frage aufgeworfen und beantwortet, was man alles mit einer Kilowattstunde — unter Zuhilfenahme der erforderlichen Einrichtungen natürlich — für Zwecke des Haushalts zu leisten vermag. Man kann mit einer Kilowattstunde: etwa 5000 Messer oder 75 Paar Stiefel putzen, 9 Liter Wasser zum Kochen bringen oder 15 Kotteletts in 15 Minuten braten, 3000 Zigarren anzünden, 4 Bügeleisen je 1 Stunde erwärmen oder drei Lichtbäder geben. Eine Kilowattstunde genügt aber auch, um eine Nähmaschine oder einen Zimmerventilator 21 Stunden lang zu betreiben, um acht Sack Mehl zu Teig zu verarbeiten, um fünf Pferde zu scheren, einen Speiseaufzug eine Woche lang und einen kleineren Personenaufzug während dreißig Fahrten durch vier Stockwerke zu betreiben, um ein Jahr lang eine Brennschere täglich drei Minuten lang zu erwärmen, 250 Flaschen zu füllen und zu verkorken und um 400—500 Liter Wasser 7—8 Meter hoch zu heben!

Theater.

Kammerspiele: „Der unverstandene Mann“, Komödie von Ernst v. Wolzogen. — Ein hübscher Komödientitel, der eine gewisse, von hohler Ueberhebung aufgeblähte Literatenspezies mit Anspielung auf einen verwandten Damentyp, dessen Vertreterinnen in der Ehe mit Vorliebe als „unverstandene Frauen“ posieren, epigrammatisch charakterisiert. Der erste Akt enthält auch eine Reihe gut beobachteter amusanter Züge. Wie sich der Vorhang hebt, sieht man Hans Hugenbach, den Adelsmenschen, der, seitdem er vor zwanzig Jahren mit einem Goldschnittbändchen Lyrik Herz und Hand einer einfältigen heiratslustigen, reichen Fabrikantentochter gewann, nur noch der Innendichtung lebt, in zärtlicher Umarmung mit einer gleichgestimmten Freundin, der er zwischen Küssen fortwährend die beseligende Versicherung gibt, sie sei die einzige, die außer seiner Tochter Adda ihn verstanden habe. Es ist ein großer, schicksalsschwerer Tag. In den Jahrzehnten vornehmen Schweigens hat sich ein Werk — ein Renaissancedrama voll prächtig klangreicher italienischer Personennamen — von seiner Seele losgerungen. Nun soll es, noch am selben Abend, über die Bretter gehen. Vielleicht, daß aus dem Volke wenigstens die besseren zur Empfänglichkeit für solche Kunst jetzt reif geworden! Hinter den geschwollenen Phrasen birgt sich das ordinärste Lampenfieber, die Vorahnung des eklatanten, wohlverdienten Durchfalls. Die arme Frau, von deren Geld er lebt, tyrannisiert er unerträglich, was das verkümmerte, verschüchterte Geschöpf nicht abhält, in unveränderter Verehrung an ihm zu hängen. Und das auf Modernität und Decadence dressierte Fräulein Tochter überbietet sie womöglich noch an Glaubenskraft. Wie ein Phonograph behält sie die vom Papa in sie hineingesprochenen Renommistereien und gibt sie prompt, ganz nach Bedarf, zurück. Dafür erkennt er sie als kongeniales Wesen an und nennt sie huldvoll-gnädig nie anders als: „mein schönes Kind“. Besonders eifrig verteidigt sie sein Recht, sich in der Liebe auszuleben. Künstler verbrauchen eben viele Frauen! Die Persiflage übertreibt; indes bei aller Karikierung behält sie hier im Anfang immerhin ein Ziel im Auge und gibt manch sicheren Treffschuß darauf ab. Nur dauert das nicht lange. Von einem Versuch, im Stil zu bleiben, ist nicht die Rede. Die willkürlichsten Erfindungen, zum Teil von peinlicher Geschmacklosigkeit, werden, da dem Autor eine die Entwickelung des Themas in lustspielmäßigen Formen ermöglichende Handlung nicht einfällt, herangezerrt, um die folgenden Akte auszufüllen. Der sentimentale Schwadroneur entpuppt sich schließlich, was gar nicht in den Rahmen des Typus paßt, als listiger und infamer Schleicher, den alle Welt verläßt. Die Sinnesänderung der in blinder Anbetung total versklavten Frau am Schlusse erscheint nicht gerade glaubwürdig, die Bekehrung der banal ästhetisierenden Tochter zur Arbeit und künftigen afrikanischen Farmersfrau als eine in die ödesten Familienblattmanieren verfallende Farce. So endigte der lustig einsetzende Abend mit arger Unterbilanz der Stimmung. In der vortrefflichen Darstellung stand Ludwig Hartaus' eingebildeter Poet und Hedwig Wangels bebrilltes und bornertes Hausmütterchen mit dem verliebten Herzen, ein rührendes und drolliges Wesen von wunderbarer Echtheit, an erster Stelle. dt.

Schiller-Theater O.: „Narziß“ von Emil Brachvogel. Der Held dieses seit 53 Jahren lebendiggebliebenen Trauerspiels, eines Gemischs aus historischen und philosophischen Floskeln, deren Schwerpunkt ins dritte Viertel des 18. Jahrhunderts fällt, nämlich in die Zeit, als Rousseau, als der Bund der sogenannten „Enzyklopädisten“ (Diderot, d'Alembert usw.), als Voltaire die Axt einer vernichtenden Kritik an alles Bestehende legten und den Umsturz, d. h. die große französische Revolution vorbereiten halfen, Narziß Rameau existierte wirklich. Er wird als ein Musiker von genialen Anlagen geschildert, aber auch als die verkörperte Verneinung aller geistigen Hervorbringungen der Menschheit. Was da ist, hat nach seiner Anschauung „keinen anderen Zweck und keinen anderen Erfolg gehabt, als um zwischen die Zähne zu kommen“. Brachvogel stellt in seinem Narziß hin, was wir heute „Bohème“ oder Kunstzigeuner nennen. Paris war damals, und besonders beim Ausbruch der Revolution, voll von solchen nihilistischen Gestalten, deren Lebensphilosophie auf den Satz hinausläuft: Alles — außer dem „Ich“ — ist hassenswert, weil es zwecklos ist. Wenn nun Brachvogel seinen Narziß nach dieser Formel konstruierte, hat er doch auch unverkennbar Max Stirner, den Verfasser von „Der Einzige und sein Eigentum“ zum Vorbilde genommen. Die „Ich“-Philosophie bei Narziß ist ein Stirnersches Substrat. Kaspar Schmidt (Max Stirner) ging noch leibhaftig in Berlin um, als Brachvogel hier sein Drama konzipierte. „Der Eigene“ starb (25. Juni 1856) elend und vergessen, drei Monate nach der Erstaufführung des „Narziß“ im hiesigen Schauspielhaus (7. März). Die Narziß-Tragödie hat sich hauptsächlich wegen ihres Titelhelden auf der Bühne erhalten. Alle Charakterschauspieler von Ruf und Können haben sich in der Rolle versucht. Als der bedeutendste Narziß muß unter allen lebenden Darstellern zweifellos Ernst Possart angesehen werden. Diesmal präsentierte sich Hans F. Gerhard als Narziß und zwar bei vortrefflicher Maske und festumrissenem, dabei temperamentvollem Spiel mit unleugbarem Erfolg. Er verstand es, alles Interesse auf seinen Helden zu vereinen. Außer ihm kommen noch Hedwig Paully (Marquise de Pompadour) und Richard Wirth (Premierminister Choiseul-d'Amboise) als Darsteller in Betracht. Im übrigen war trotz des Aufgebotes großer Staatsperücken und höfischen Zeremoniells ein gewisser spießbürgerlicher Anstrich vorherrschend. Das Drama wurde gut aufgenommen: ein Zeichen, daß es seine lebendige Wirkung noch nicht verloren hat. o. k.

Notizen.

— **Tschudi geht** — wenn die Meldung des „Tag“ richtig ist — nun doch nach München: als Direktor der bayerischen Gemäldegalerien. Dem langjährigen „Urlaub“ wäre also die Flucht von der Spree an die Isar und aus den Armen des preußischen „Kultus“ministeriums in die des bayerischen gefolgt. Das Blamable der Geschichte sehen nachgerade sogar Blätter wie die „Hamburger Nachrichten“ ein, in denen wir folgende Bemerkung finden:

„... Obwohl es kein Amt gibt, das durch einen Personenwechsel zu leiden brauchte, und keinen Amtsleiter, der nicht zu ersetzen wäre, so muß doch die Art und Weise, wie dem Direktor der National-Galerie zugesetzt wurde, weil für die Kennzeichnung des Verhältnisses, in dem die Berliner offiziösen zu den leitenden Kunstkreisen stehen, überaus charakteristisch und im letzten Ende schädigend für das Ansehen unserer Kunst nach außen hin, als bedauerlich, um nicht zu sagen beschämend (!) bezeichnet werden. Daß auch das Ansehen unserer offiziösen Dementierapparate dabei nicht gewinnt, soll nur nebenbei nicht unerwähnt bleiben.“

— **Viktor Hugo beim Korrekturlesen.** Gustave Simon erzählt in der „Revue“, in welcher gründlichen Weise Viktor Hugo den Roman „Les Misérables“, den er für 300 000 Fr. an die belgischen Verleger Lacroix und Verboeckhoven verkauft hatte, für den Druck vorbereitete. Die Bücher sollten gleichzeitig in Paris und in Brüssel veröffentlicht werden, und Hugo wollte die Korrekturen selber lesen. Lacroix hätte ihm gern die undankbare Arbeit erspart, aber der Dichter ließ nicht mit sich reden, und so geschah es, daß die Bürstenabzüge den Weg von Brüssel nach Guernsey, wo Hugo als Verbannter lebte, oft zwei- oder dreimal zurücklegen mußten. Nicht selten verlangte der Dichter wegen eines einzigen fortgelassenen Kommas einen neuen Probeabzug. Auf die berufsmäßigen Korrektoren war er nicht gut zu sprechen: „So oft vor einem „et“ (und) ein Komma steht,“ sagt er, „streicht der Korrektor es fort; der gute Mann weiß eben nicht, daß oft auch vor einem Bindewort ein Komma stehen muß.“ Ein andermal griff er die Grammatiker an: „Statt „bluets“ (Kornblumen), schrieb er, „muß es „bleuets“ heißen. „Bleuet“ kommt von „bleu“ (blau). Man kümmere sich nicht um die blödsinnige Orthographie der Wörterbücher, denn Wörterbücher sind nur für die Esel gemacht.“

hat. Wenn der Herr Staatssekretär demgegenüber darauf hinweist, daß die große Mehrzahl der Prozesse durch Anerkenntnis- oder Versäumnisurteil erledigt werden, so vergißt er, daß nach § 114 für das Armenrecht überhaupt nur solche Fälle in Betracht kommen, wo eine Rechtsverfolgung nicht aussichtslos erscheint. Ich bitte Sie also, dem Antrage zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) stimmt gleichfalls dem Antrage Schmidt-Warburg zu. Die Anwälte werden diese Mehrarbeit gern übernehmen.

Staatssekretär Dr. Nieberding wendet sich nochmals gegen den Antrag Schmidt-Warburg.

Abg. Dove (frs. Vg.): Auch ich muß mich gegen den Antrag Schmidt-Warburg wenden; wenn wir beim Amtsgericht den Anwaltszwang nicht kennen, dürfen wir ihn für die arme Partei auch nicht einführen.

Abg. Dr. Ablaß (frs. Vp.): Wie Dove bin auch ich ein Gegner des Antrages Schmidt-Warburg; er ist ebenso prinzipienlos wie diese ganze Novelle.

Abg. Gröber (Z.): Die angeführten Einwände schießen weit übers Ziel, denn der Antrag will ja den Anwalt für die arme Partei nur, wenn die andere Partei einen Anwalt hat. Da kann doch von einem Anwaltszwang für die arme Partei keine Rede sein. Ueberhaupt soll man ein Rechtsprinzip nicht auf die Spitze treiben. Der Antrag entstammt einem warmen Herzen für die Armen, nicht dem Tintenfaß und der Streusandbüchse. (Zustimmung im Zentrum.) Freilich, wer nur Paragraphen rasseln hört, wird dagegen stimmen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Dr. Heinze (natl.): Der Antrag Schmidt-Warburg ist in der Kommission und in der zweiten Lesung abgelehnt und ich bitte, ihn auch jetzt abzulehnen; denn beim Amtsgericht haben wir den Anwaltszwang nicht und dürfen ihn daher auch nicht teilweise einführen. Appellieren wir an das warme Herz der Amtsrichter, daß sie in geeigneten Fällen den Armenanwalt bewilligen, so genügt das Gesetz durchaus. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Auch den in der zweiten Lesung angenommenen Antrag, die Kosten für den Armenanwalt auf den Fiskus zu übernehmen, bitte ich abzulehnen. Er paßt in den ganzen Rahmen des Gesetzes nicht hinein. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Heine (Soz.): Auch die Ausführungen des Vorredners, namentlich seine Angst, die Prozesse würden bei Annahme des Antrages Schmidt-Warburg länger dauern, wenn der Armenpartei ein Anwalt bewilligt würde, haben mich nicht überzeugen können. Man ist ja sonst gegen Verschleppung von Prozessen nicht so ängstlich. Man trifft ja sonst rücksichtslos Einrichtungen, wie z. B. in Berlin, wo man die Gerichte an zehn verschiedenen Stellen verzettelt hat, obwohl ganz sicher war, daß dadurch eine Verschleppung des Prozesses eintreten mußte. Die Gefahr der Verschleppung durch den Antrag Schmidt-Warburg ist außerordentlich gering. Vielleicht wird einmal ein Termin verschoben oder ein neuer nötig werden. In anderen Fällen aber wird durch die bessere Instruktion das Verfahren erleichtert und die Prozesse werden beschleunigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Die vielen Gründe, die für den Antrag sprechen, sind von dem Abg. Gröber noch so ergänzt worden, daß ich nichts weiter hinzuzufügen brauche. Ich will mich nur noch gegen die Bemerkung des Staatssekretärs wenden, meine Bemerkung über die pekuniäre Verschlechterung der Lage des Anwaltsstandes durch diese Novelle wäre ein Märchen. Ich möchte umgekehrt sagen: wenn man den Anwälten durch dieses Gesetz das große Gebiet der Klagen bei Objekten von 300 bis 600 M. entzieht, und dann sagt, ein pekuniärer Schaden wird den Anwälten dadurch nicht entstehen, so ist das ein Märchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Träger (frs. Vp.): Ein Teil meiner Freunde hat sich den Gründen der Herren Abgeordneten Dove und Dr. Ablaß nicht anschließen können und wird für den Antrag Schmidt-Warburg stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Es handelt sich hier tatsächlich um eine Benachteiligung der armen Leute und die wollen wir nicht. Gewiß haben die Richter mindestens so viel gutes Herz wie Verstand (Heiterkeit), aber sie haben oft keine Zeit, ihrem guten Herzen zu folgen. Es handelt sich bei dem Antrag um eine soziale Tat und ich bitte Sie, ihm zuzustimmen. (Bravo!)

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung über den Antrag Schmidt-Warburg bleibt zweifelhaft.

Der Hammelsprung ergibt die Ablehnung des Antrages mit 106 gegen 97 Stimmen.

Weiter liegt ein Antrag vor, die Pauschalgebühr für Rechtsanwälte für Schreibauslagen bei Zwangsvollstreckungen von 1 M. auf 2 M. zu erhöhen.

Abg. Heine (Soz.): Auch meine Freunde stimmen diesem Antrage zu, nicht sowohl im Interesse der Rechtsanwälte als in dem der Bureaugehilfen; diese befürchten infolge der ungenügenden Pauschalierung der Schreibgebühren eine Herabdrückung ihrer an sich schon ungenügenden Lage.

Der Antrag wird angenommen.

Der Rest des Gesetzes und das Gesetz im ganzen wird nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Angenommen wird ferner debattelos in dritter Lesung der Gesetzentwurf betreffend Sicherung der Bauforderungen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. (Antrag Speck betr. Mühlenumsatzsteuer.)

Schluß 7¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung, Mittwoch, den 5. Mai.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel „Höhere Lehranstalten". Bei dem Titel „Zuschüsse für die vom Staat zu unterhaltenden Anstalten" werden eine Anzahl von Abgeordneten, die versuchen, auf irgend welche allgemeineren Fragen einzugehen, unter großer Heiterkeit des Hauses von dem Präsidenten v. Kröcher daran verhindert.

Abg. Eickhoff (fr. Vp.) wünscht baldige Aufklärung über die von dem Abg. Heß vorgebrachten Gerüchte über das Gymnasium in Essen und protestiert gegen einen Artikel des „Berliner Tageblattes", der im Anschluß an jene Ausführungen zugibt, daß auch an anderen Gymnasien eine Bevorzugung der Schüler aus den besseren Ständen stattfinde. Eine rasche Aufklärung des Falles wäre dringend notwendig, damit nicht in weiten Kreisen des Volkes der Mythus von den „besseren" Gymnasiasten Glauben findet.

Unterstaatssekretär Wever sagt nähere Aufklärung bis zur dritten Lesung zu. Im übrigen kenne die Unterrichtsverwaltung sogenannte „bessere" Gymnasiasten nicht.

Abg. Heß (Z.) mißbilligt ebenfalls den Artikel des „Berliner Tageblatts" und betont, er habe nur Gerüchte, die in Essen verbreitet wären, wiedergegeben.

Abg. Maurer (natl.) gibt die Nachricht einer Essener Zeitung wieder, daß im Januar zwei Kommissare der Unterrichtsverwaltung das Essener Gymnasium inspiziert hätten und meint, dann müsse doch alles in Ordnung sein.

Abg. v. Schenckendorff (natl.) tritt für eine erweiterte körperliche Erziehung der Jugend ein. Die Spielnachmittage sollen leider auf Kosten des pflichtmäßigen Turnunterrichts erfolgen. Das bedeutet nur eine Verschiebung in der Verwendung der seither schon vorhandenen pflichtmäßigen Turnzeit und entspricht auch nicht dem vorjährigen Beschluß des Hauses.

Abg. Schmedding (Z.) schließt sich dem Vorredner an.

Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopff hält eine Vermehrung der Pflichtstunden der Lehrer nicht für angebracht. Das Ziel der Heranziehung einer auch körperlich gesunden Jugend habe auch die Unterrichtsverwaltung. Es frage sich aber, ob nicht durch die Ausdehnung des Zwanges auch auf die Spiele diese den Schülern für die Zukunft verleidet würden.

Abg. Eickhoff (fr. Vp.) bittet, mit den obligatorischen Spielnachmittagen ohne Beeinträchtigung des allgemeinen Turnunterrichts wenigstens an einigen Schulen Versuche zu machen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) tritt für Bewilligung von Mitteln zu Exkursionen der Lehrer mit den Schülern in die freie Natur ein. Er hofft dabei gerade auf die Unterstützung derjenigen, die gegen die „Asphaltpolitiker", gegen die Asphaltmenschen überhaupt Front machen.

Das Kapitel „Höhere Lehranstalten" wird hierauf bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Elementarunterrichtswesen".

In Verbindung hiermit wird besprochen:

1. ein Antrag Schiffer (natl.) betreffend die Zulassung der Volksschullehrer zum Schöffenamt (Die Unterrichtskommission beantragt Ablehnung dieses Antrages.);

2. ein Antrag Gottschalk-Solingen (natl.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch welchen die Dauer der Schulpflicht in der ganzen Monarchie nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt wird unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse der einzelnen Landesteile, und in welchem ferner einheitliche Bestimmungen über die Folgen der ungerechtfertigten Schulversäumnis, die Voraussetzungen ihrer Strafbarkeit, den Kreis der verantwortlichen Personen, die Art und Höhe der Strafen und das Strafverfahren getroffen werden;

3. Anträge der Abgg. v. Brandenstein und v. Kessel (k.), Cassel (fr. Vp.) und Dr. Pachnicke (fr. Vg.), betreffend stärkere Ausbildung und Heranziehung weiblicher Lehrkräfte für den Elementarunterricht und Vermehrung der staatlichen Lehrerinnenseminare.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.) begründet seinen Antrag mit der Verschiedenartigkeit der auf dem Gebiete der Schulpflicht bestehenden Bestimmungen.

Ein Regierungskommissar betont die Schwierigkeiten, die einer gesetzlichen Regelung dieser Frage, zu der die Regierung an sich durchaus bereit sei, entgegenstehen.

Abg. v. Brandenstein (k.) wünscht in der Begründung seines Antrages hauptsächlich Heranziehung vermehrter weiblicher Lehrkräfte auf dem Lande. Die Mädchen vom Lande hätten gesunde Nerven und würden den Lehrerinnenberuf gut aushalten.

Ein Regierungskommissar sagt wohlwollende Erwägung des Antrages zu und stellt fest, daß schon jetzt die Zahl der Lehrerinnen erheblich zugenommen habe.

Abg. v. Kessel (k.) wendet sich gegen die Einführung des Unterrichts in der Bürgerkunde in den Volksschulen. Die beantragten neuen 12 Kreisschulinspektoren werden wir bewilligen, erwarten aber im nächsten Jahre eine bessere Begründung solcher Forderungen. Im allgemeinen können wir einen Vorzug der weltlichen Kreisschulinspektoren vor den geistlichen nicht anerkennen. Es kommt auf die Auswahl der Persönlichkeiten an. — Den Antrag Gottschalk, mit dessen Inhalt wir im allgemeinen einverstanden sind, beantragen wir der Unterrichtskommission zu überweisen.

Abg. Dr. Hackenberg (natl.) hofft, daß das Entgegenkommen der Regierung gegenüber dem Antrag der Rechten auf Vermehrung der Lehrerinnenseminare sich auch bei anderen Anträgen des Hauses zeigen werde. Lehrerseminare sollten vor allem in kleinen Orten mit reichem Hinterland errichtet werden. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Auch sollte man mehr Externate zulassen. Dringend notwendig ist eine wissenschaftliche systematische Durchbildung der Seminarlehrer; die in Berlin veranstalteten Kurse genügen nicht. Lehrern, die ihre Tüchtigkeit dargetan haben, muß der Zutritt gewährt werden zur Universität, damit sie dort in bestimmten Fächern sich wissenschaftlich ausbilden. (Sehr gut! links.) Wir haben gewiß ausgezeichnete Lehrpläne. In Süddeutschland geht man den umgekehrten Weg: man sucht sich zuerst die Persönlichkeiten, die imstande sind, gute Lehrpläne auch durchzuführen. Man sollte in Preußen den zweiten Schritt nun bald nachholen. (Sehr gut! links.) Auch unseren Volksschullehrern muß eine weitere Laufbahn eröffnet werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Heß (Z.): Unsere Volksschule steht durchweg auf der Höhe. Bürgerkunde wird schon längst an den Volksschulen erteilt. Als besonderes Unterrichtsfach ist sie dagegen überflüssig. Die Forderung des Herrn Hoffmann allerdings, daß auf der Volksschule Gesetzeskunde gelehrt werde, entspricht seiner Oberflächlichkeit im allgemeinen. Ich verstehe nicht, weshalb gerade Herr Hoffmann immer von den Sozialdemokraten beim Kultusetat zum Redner bestimmt wird. Ich nehme an, deshalb, weil die Rede eines geistvollen und gebildeten Mannes, wie des Herrn Heimann, nicht so agitatorisch ausgenutzt werden könnte. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Den von Herrn Hoffmann gegen uns zitierten Kirchsteiner überlassen wir ihm gern. Das ist ein Mann, der wegen Sittlichkeitsverbrechen mit den Gerichten in Konflikt gekommen ist. Herr Tews, auf den sich Herr Hoffmann auch berief, ist ein ausgesprochener Feind der christlichen Kirche. Seine Weltanschauung in allen Ehren, aber sie charakterisiert sich jedenfalls als radikaler und religiös-philosophischer Subjektivismus. Ich kann es daher nicht für möglich halten, daß der ganze deutsche Lehrerverein auf dem Standpunkt des Herrn Tews steht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Schreibt doch Herr Tews: Der Religionsunterricht ist nicht dazu da, die Kinder zum Glauben an die Lehren einer bestimmten Konfession zu erziehen, oder eine religiöse Weltanschauung bereits im Kinde hervorzurufen. Daher ist die Kirche nicht berufen, den Religionsunterricht in der Schule zu erteilen. (Sehr richtig! links.) Herr Tews steht durchaus auf dem Standpunkt der Bremer Lehrerschaft, und wir wissen, daß dies ein ausgesprochen religionsloser Standpunkt ist. (Widerspruch links. Sehr richtig! im Zentrum.) Der Erfolg des religionslosen Moralunterrichts in Frankreich ist bekanntlich ein miserables moralisches Niveau. (Oho! links.)

Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopff: Gegenüber dem Antrag Brandenstein bemerke ich, daß die Lehrerinnenseminare in den letzten Jahren um 100 Proz. vermehrt sind, die Lehrerseminare nur um 50 Proz. Das praktische Bedürfnis für die neuen Kreisschulinspektorstellen ist aufs eingehendste geprüft worden, und das wird auch in bezug auf das Bedürfnis weiterer Stellen geschehen. Ausdrücklich Bürgerkunde kann natürlich in der Volksschule nicht gelehrt werden, aber über das z. B., was zur Armee und zur Marine gehört, werden die Kinder innerhalb des Unterrichts orientiert. Die Frage der Seminarbildung ist in der Tat von ausschlaggebendem Wert für unsere Volksschule. Es ist aber nicht richtig, daß wir zu viel Wert auf die Internate legen. Es sind in den letzten Jahren viel mehr Externate gegründet als Internate. Wenn wir einen Modus finden würden, das Vorwärtskommen der Lehrer zu erleichtern, wäre es uns als Unterrichtsverwaltung natürlich sehr erwünscht, aber es ergeben sich hier sehr viele Schwierigkeiten.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Rücksicht auf die Unternehmer in der Reichsversicherungsordnung.

Daß die Regierung seit Jahren bestrebt ist, dem Unternehmertum, speziell der Großindustrie, Handlangerdienste zu leisten, ist durch Worte und Taten der verantwortlichen Minister bekannt. Aber immer offener treibt die Reaktion ihr Spiel. Kein Gesetz, welches nicht vorher von den Großindustriellen „begutachtet" worden ist, keine Vorlage der Regierung, die nicht zarte Rücksicht auf die Wünsche der Industriebarone nimmt. So erst wieder in der Berggesetzgebung, der Gewerbeordnungsnovelle und jetzt wieder im Entwurf der neuen Reichs-Versicherungsordnung. Während den Wünschen der Vertreter der Versicherten, die man ja bekanntlich auch „gehört" hatte, in gar keiner Beziehung Rechnung getragen wurde, bemühte man sich im Ministerium aber auf alle Wünsche der Industriellen einzugehen.

Nach der Begründung der Vorlage kann von einer Verschmelzung der Versicherungsgesetze deshalb keine Rede sein, weil eben die Unternehmer dies nicht wollen. Denn es heißt da: „Eine Verschmelzung der einzelnen Versicherungszweige würde den Interessen der Arbeitgeber dann dienen, wenn damit eine Verminderung der Gesamtkosten und eine Vereinfachung in der Art der Aufbringung erzielt werden könnte." Nun soll aber doch bekanntlich die ganze Versicherungsgesetzgebung nur den Versicherten selbst dienen und nicht den Unternehmern.

Unsere Regierung sucht aber überall sich den Wünschen der Unternehmer anzupassen. So auf dem Gebiete der Krankenversicherung. Bekanntlich haben auf der Reichskonferenz alle Vertreter der Arbeiter und auch die Arbeitgebervertreter der Ortskrankenkassen geschlossen für die Beseitigung der überaus schädlichen Betriebs- und Innungskrankenkassen gestimmt. Ja, die Vertreter der Hilfskassen erklärten sich sogar mit der Auflösung ihrer Kassenart einverstanden, wenn eine einheitliche Versicherung zustande käme, also wenn das Privileg der Unternehmer verschwinden würde. Der neue Entwurf zeigt uns aber, daß keinem einzigen Wunsche der Versicherten, jedoch fast allen Wünschen der Unternehmer Rechnung getragen wurde.

Im Entwurf heißt es über die Betriebskrankenkassen: „Die bei weitem wichtigste der Kassenarten, deren Beseitigung etwa erwogen werden könnte, sind die Betriebskrankenkassen. Davon waren im Jahre 1907 im Reichsgebiete 7914 — 34 Proz. der vorhandenen Krankenversicherungseinrichtungen mit 3 146 386 Mitgliedern — 26,8 Proz. aller Versicherter — vorhanden." Leider, könnte man hinzufügen, und daß diese Kassenarten, wie der Entwurf hinzufügt, einen „sehr stattlichen Bruchteil sowohl der Kassen wie der Versicherten ausmachen", hat ebenfalls die Regierung zu verantworten. Sie will ja immer neue Kassenarten, genehmigt jede Zwergkasse und geht der Großindustrie mit gutem Beispiel ja voran, um die Zersplitterung zu vollenden. Neuerdings läßt man es sogar zu, daß auch die Gemeinden ihre eigenen Betriebskrankenkassen errichten und so vorhandene Kassenarten direkt schädigen. Die Gemeinden können sich aber hierbei ruhig auf den Vater Staat berufen, welcher davon spricht, eine „einheitliche" Versicherungsgesetzgebung sei notwendig, aber alles aufbietet, um dies in der Praxis zu verhindern.

Da wird darauf hingewiesen, bei den Beratungen der ursprünglichen Krankenversicherung sei von der Mehrheit der Kommission damals anerkannt, „daß eine gut eingerichtete und geleitete Fabrikkrankenkasse die für die Arbeiter erwünschteste Form der Krankenversicherung sei". Vergessen wird zuzufügen, daß die Mehrzahl der Kommission nicht aus Arbeitervertretern bestand — es wurden die Arbeitervertreter damals überhaupt nicht zur Kommission zugelassen —, sondern Unternehmer waren es, die den Instituten zur Knebelung der Arbeiter das höchste Loblied singen konnten. Ebenfalls hebt man hervor, daß auch damals erwähnt worden sei, „daß um der Arbeiter willen ein erhebliches Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Kassen bestehe, mit denen bedeutende Kapitalien an angesammeltem Gelde und an mancherlei humanitären Einrichtungen verbunden seien". Man kennt ja die Weise und auch den Text schon längst, auch die „humanitären Einrichtungen" der Krupp und Genossen. Es ist nur ein Wunder zu nennen, daß die Regierung dem längst gehegten Wunsche der Unternehmer nicht schon offener entgegengekommen ist — auch die „angesammelten Gelder", d. h. die hohen Reservefonds der Betriebskrankenkassen, welche doch bekanntlich zu zwei Dritteln von den Arbeitern selbst aufgebracht worden sind, zum Bau von „Arbeiterwohnungen", der sogenannten „Fabrikhäuser" der Unternehmer, verwenden zu lassen. Es wäre aber interessant zu erfahren, wieviel „Hypotheken" die Großindustriellen zum Bau ihrer „Arbeiterwohnungen" aus dem Fonds ihrer Betriebskrankenkassen entnommen haben.

Daß die Betriebskrankenkassen ihre Aufnahme in den Versicherungskreis nicht zufälligen Umständen, sondern „einem tatsächlich vorhandenen Bedürfnisse" zu verdanken haben", will die Regierung sehr naiv, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen, damit begründen, daß ja die Betriebskrankenkassen selbst ihre Auflösung nicht wollten. „Wäre ein solches Bedürfnis jetzt nicht mehr vorhanden, so müßte dies in erster Linie von den an den Betriebskrankenkassen beteiligten Unternehmern und Versicherten empfunden und zum Ausdruck gebracht werden. Anstatt dessen aber haben diese Kassen in großer Einmütigkeit und mit größtem Nachdruck jedem Versuch ihrer Beseitigung widersprochen." Und das genügt einer Regierung in Preußen. Wollte man die wirklichen Ansichten der Versicherten dieser Kassenart hören, so sollte man doch eine geheime Abstimmung unter denselben vornehmen lassen. Die Antwort würde vernichtend ausfallen.

Der Unternehmer soll ja auch bekanntlich in Zukunft den Vorsitz in der Betriebskrankenkasse führen, obschon er auch nur die Hälfte der Beiträge zu zahlen hat. Das ist doch die größte Rücksicht auf den Geldsack und durch gar nichts begründet. Der Entwurf bemerkt: „Das Stimmenverhältnis der Versicherten ist bei den Betriebskrankenkassen das gleiche wie bei den Ortskrankenkassen." Ja, nach außen, in der Praxis aber umgekehrt. Der Unternehmer wirft ja die „Kritiker" einfach hinaus und schafft sich schon Ruhe im Betriebe, verhindert dadurch jede Reform zugunsten der Versicherten, wenn er sie nicht haben will. Weiter heißt es nun: „Daß bei den Betriebskrankenkassen die persönliche Autorität des Unternehmers den eigenen Arbeitern gegenüber schwerer in die Wagschale fällt als bei den Ortskrankenkassen, ist nicht ausgeschlossen. Ein Mißbrauch der Arbeitgeberautorität ist aber nirgends erwiesen." . . . Auf der Reichskonferenz sei dies auch von den anwesenden Arbeitervertretern der Betriebskrankenkassen gar nicht behauptet worden. Dabei wußte die Regierung ganz genau, wie die „Wahlen" der Arbeitervertreter zu dieser famosen Konferenz zustande gekommen sind, und trotzdem wagt man es, die Arbeiter gegen ihre Leidensgenossen auszuspielen. Hat der Minister aber nicht die Klagen der Vertreter der Ortskrankenkassen gehört? Der Entwurf erklärt, daß nur die Vertreter der Ortskrankenkassen der Aufhebung der Betriebskrankenkassen das Wort redeten, die in den „Kassenarten in gewissem Grade einen Konkurrenten erblicken". — „Ein Beweis für die Minderwertigkeit der Betriebskrankenkassen liegt aber gewiß darin noch nicht." . . . Eine eigene Auffassung!

Als beredter Anwalt der Betriebskrankenkassen spielt sich die Regierung in jeder Zeile der Begründung auf. Auch die ärztliche Untersuchung der Mitglieder der Betriebskrankenkasse vor ihrer Aufnahme in den Betrieb und die Kasse sucht die Regierung zu bemänteln und weiß nur die eigenen Ausreden der Unternehmer hierfür anzuwenden. Diese Zeilen könnten direkt von den Unternehmern geschrieben sein. Es sind ja ihre eigenen Worte. Warum will man jetzt den Hilfskassen die ärztliche Untersuchung vor der Aufnahme neuer Mitglieder gesetzlich untersagen, den Betriebskassen dies aber weiter gestatten? Man murmelt auch von „technischen Schwierigkeiten" usw. Aber selbst wenn man zugäbe, daß die Betriebskrankenkassen sich durch diese Untersuchungen mehr schützten, die anderen Kassenarten schädigen, so wäre dies noch lange kein Grund, die Betriebskrankenkassen zu beseitigen — „dies um so weniger, wenn man noch die Tatsache gebührend würdigt, daß die Betriebskrankenkassen ihren Mitgliedern vielfach ausgiebigere Unterstützungen leisten, als die Ortskrankenkassen". Also wieder der alte Schwindel von der Mehrleistung der Betriebskrankenkassen, nur hätte die Regierung doch wenigstens selbständig diesem Unternehmerdiktat hinzufügen sollen: und das geschieht alles auf Kosten der Ortskrankenkassen. Wenn man selbst einige Zeilen vorher zugeben muß, daß die Betriebskrankenkassen sich günstigere Risiken aufsuchen können. Geradezu unvorsichtig war es aber von der Regierung, die weiteren Worte des Unternehmerdiktates nachzuschreiben:

„Tatsache ist aber, daß die Verwaltung der Ortskrankenkassen in ungleich höherem Maße Anlaß zu Klagen gegeben hat als die der Betriebskrankenkassen, und daß auch der vorliegende Entwurf die Reformbedürftigkeit der ersteren als dringlich anerkennt". Die durch nichts begründete Herabsetzung der Ortskrankenkassen ist Unternehmerwerk, eine Antwort derselben „auf den vorliegenden Entwurf", welcher erst den Industriebaronen zur „gefl. Begutachtung" vorgelegt worden ist. Die Regierung in der Rolle des dummen August.

Das zeigt sich auch in der Begründung der „Neuen" Unfallversicherung im Buche III, welche mit sechs kümmerlichen Druckseiten die ganzen Abänderungen zu erklären sucht. Und wahrlich, mehr war auch nicht nötig. Denn was verbessert wurde, ist nicht weit her. Sonst bleibt alles beim alten. Die Unternehmer besetzen nach wie vor ganz allein die Vorstände und Entschädigungskommissionen der Berufsgenossenschaften, die Versicherten sind und bleiben ausgeschlossen. Das nennt man „Verbesserungen der Gesetze". Kein Wort im Entwurf über die berechtigten Forderungen der Versicherten, welche doch nach dem Ministerworte „ihre Knochen zu Markte tragen". . . . Ja, man verhöhnt sie noch, denn der Entwurf bemerkt auf Seite 5: „Für die Versicherten zunächst steht die Frage obenan, was ihnen die Versicherung gewährt, mit anderen Worten der Umfang ihrer Leistungen". So sprechen ja auch immer die Industriellen, wenn sie von den rechtlosen Arbeitern in Versammlungen darüber zur Rede gestellt werden: Was wollt ihr denn noch mehr? Die Hauptsache ist die Rente — Rechte habt ihr nicht zu fordern, weil ihr ja nicht zahlt.

So stellt der ganze Entwurf sich, man mag welches Gebiet man will herausgreifen, als ein reines Diktat der Unternehmer und deren verwandten Bureaukraten heraus.

In Sachen Leuthner

erhalten wir zwei Zuschriften. Unter der Ueberschrift: „Die Mitschuld des Revisionismus" schreibt uns Genosse Leuthner:

Sehr geehrte Redaktion!

Nicht zum Zwecke einer Polemik bitte ich um Raum, — denn das zur Erläuterung des umstrittenen Gedankens und zur Abwehr persönlicher Angriffe Nötige habe ich bereits in der demnächst erscheinenden Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" getan — sondern um von Dritten und Unbeteiligten eine Schuld abzuwehren, die, wenn sie es überhaupt ist, auf mich allein fällt. Im „Vorwärts" wie auch in anderen Parteiorganen werden die Anschauungen, die ich nun seit bald vier Jahren vor der reichsdeutschen Oeffentlichkeit vertrete, als Ausströmung und Ausfluß des revisionistischen Geistes bezeichnet. Darin liegt jedoch ein völliger Irrtum, der — welche Ursprünge und Ursachen er auch sonst habe — zweifellos zum Teile auf unzureichender Kenntnis der Ideenentwickelung innerhalb der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie beruht. Für meine „nationalistischen Verirrungen und Exzesse" war der Revisionismus sicherlich nicht der „Nährboden", denn der Boden, auf dem ich als Sozialdemokrat erwachsen bin, ist Wien und hier gab es nie, noch gibt es heute etwas, das sich von ferne mit dem Revisionismus vergleichen ließe. Durch die Wahlrechtsbewegung bekam die Partei von vorneherein eine ausschließliche Richtung auf die praktische Politik; Kämpfe, Entscheidungen, Angriffe und Rückzüge in einem oft unglaublich schnell ablaufenden Geschehen nahmen alle Kräfte der Seele in Anspruch, gruppierten die Geister um konkrete Fragen und gaben den Gruppen des Für und Wider stets wechselnde Repräsentanten. Da keine dauernde Meinungsgruppen entstanden, fehlte für den Einzelnen Anlaß und Anreiz, seine gesamten Anschauungen unter die Kontrolle bestimmter und gegensätzlicher allgemeiner Gesichtspunkte zu bringen, das heißt mit anderen Worten alle die Vorgänge, die innerlich und äußerlich das Entstehen getrennter Richtungen begleiten, hat es in Wien nie gegeben.

Es läßt sich das an den hervortretenden Persönlichkeiten am leichtesten deutlich machen. Zwei so markante Erscheinungen wie den bedeutendsten Politiker und den bedeutendsten Publizisten der deutschösterreichischen Partei, Adler und Austerlitz, denen Arbeit und Talent ermöglichten, ihre Ideen reichlich in politischen Gestaltungen auszudrücken, die also in den schärfsten Umrissen vor jedermanns Auge treten, wird doch niemand, sei es in das Fach der „Revisionisten", sei es in das Fach der „Orthodoxen" zu verweisen wagen. Und dasselbe gilt, um nur Wiener Namen und solche, die auch in Deutschland geläufig sind, zu nennen, in gleicher Weise von Pernerstorfer, Seitz, Ellenbogen, Hueber und Schuhmeier, obwohl die Leistungen eines jeden von diesen einen deutlich erkennbaren Teil der deutsch-österreichischen Parteigeschichte darstellen. Wenn sich nun auch Einzelne selbst als „Orthodoxe" und „Revisionisten" bezeichnen sollten, so müßte der Wert dieses Selbstzeugnisses wohl eingeschränkt werden. Die Deutsch-Oesterreicher fühlen sich, mag ihre Politik im anderen Staat auf anderen Wegen gehen, als Glied der großen deutschen sozialdemokratischen Bewegung und haben daher den Kampf der Geister in Deutschland in innerster Seele mit empfunden; nach Gemütsart, persönlichen Beziehungen, allgemeiner Geistesrichtung nahmen die einen dort, die anderen hier Partei. Allein eine solche Parteinahme nach Sympathien und Antipathien ist doch nicht vermögend, die Gedanken und Handelsimpulse unter bestimmten leitenden Ideen zu ordnen; wir sehen denn vielfach Deutschösterreicher, die dem Radikalismus in Deutschland ihr Herz geschenkt haben, in ihren wirklichen Bestrebungen und Handlungen gerade die weniger radikale Note einhalten und umgekehrt. Damit ist aber erwiesen, daß die Scheidung in eine revisionistische und radikale Denkrichtung in Oesterreich keine Statt hat. Ob jene Gruppe, die sich neuestens um die Zeitschrift „Kampf" schart und zum erstenmal in Oesterreich einen betonten Marxismus pflegt, hierin eine Aenderung herbeiführen wird, muß der Zukunft überlassen werden. Einstweilen ist ihr Einfluß schon wegen der kurzen Dauer der öffentlichen Wirksamkeit ihrer Vertreter noch eingeschränkt. Auch wäre es die Frage, ob der Wiener Marxismus und die Verknüpfung von schmiegsamster theoretischer Logik mit der schmiegsamsten praktischen Politik, die er darstellt, von seinem Berliner Namensbruder innerlich nicht entfernter absteht, als von den Heterodoxien, die mir zuschuld gegeben werden, und von denen ihn allerdings ein gefühlter und ausgesprochener Gegensatz trennt.

So viel was den Nährboden betrifft. Komme aber ich in Frage, und wir sind eben bei dem „Fall Leuthner", so ist noch zu bemerken, daß ich keinen Vertreter der revisionistischen Richtung je auch nur von Angesicht zu Angesicht gesehen habe, oder je einen Meinungsaustausch mit ihm hatte, und nur mit einem einzigen, dem Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte" in brieflichem Verkehr stehe. In diesem einen Falle hoffe ich freilich, daß sich ein Verhältnis herausgebildet hat, das mehr als Bekanntschaft ist. Und wenn nun deshalb all der Zorn, den ich aufgeweckt habe, von vielen in vollen Schalen über die „Monatshefte" und ihren Herausgeber ausgegossen wird, so wäre doch selbst von den Erregtesten dieses zu bedenken. Wir Parteiredakteure wissen wohl, was technisch die Schranken der von uns prinzipiell so hoch gestellten Freiheit der Meinungsäußerung sind, denn wir fühlen sie selbst am deutlichsten. Wir haben das Amt der Meinung, aber es ist ein Amt und muß als solches verwaltet werden. Jene Zweifel, jene Abbiegungen des Meinens, jene Gärungen und Explosionen des Gedankens, in denen sich das Neue vorbereitet, können in offiziellen Parteiorganen nur selten Raum finden. Die Flucht in Revuen nützt nicht viel, da uns doch vor allem daran liegt, zu den Arbeitern zu sprechen. Deshalb ist ein Organ — sozialdemokratisch und dennoch keiner Organisation offiziell verpflichtet — schlechthin unentbehrlich und die wahre Freistatt des Gedankens. Da aber jeder Redakteur selbst erfahren hat, was bei Gelegenheit von Affären auf einen Herausgeber aus der Nähe und Ferne heranstürmt, und daß diese Vorstellungen, Beschwörungen, Hinweisungen auf ein angebliches Parteiinteresse die Gefahren der Redlichen sind, wie Geld und Ehre die Gefahren der Unredlichen: so sollten alle Parteischriftsteller, wie sie auch sonst denken, bewiesener Widerstandsfähigkeit und Herzhaftigkeit Ehre zollen — und besonders die Revisionisten sollten es, die eher bereit sein werden, jener unabhängigen Zeitschrift den ihr zukommenden Rang im Parteileben einzuräumen.

Das sind denn meine auf eine Person beschränkten persönlichen Beziehungen zum Revisionismus. Ich stehe nicht an zu sagen, daß der revisionistischen Bewegung große Verdienste um die Partei zukommen, daß sie selbst außerhalb Deutschlands das oft fast abgestumpfte Interesse für allgemeine Fragen bei Widerstrebenden wie bei Zustimmenden neu erweckt hat, und damit ein intensiveres geistiges Leben. Und ich füge bei, daß ich mich im besonderen jenen Richtungen innerhalb des Revisionismus, die sich in den Namen Bloch, Schippel und Calwer verkörpern, sympathisch nahe fühle. Aber wenn man deshalb die in meinen Artikeln ausgesprochenen Ansichten etwa von der Schutzzollpolitik Schippels ableitet, muß man sie nur einer sehr flüchtigen Lektüre gewürdigt haben. Ein rein historisch orientiertes und ein wirtschaftstheoretisch gerichtetes Denken — diese Verschiedenheit der Grundtriebe schließt die gegenseitige Beeinflussung nahezu völlig aus. Kommt es zu Uebereinstimmungen in manchen Ergebnissen, so erklärt sie vielleicht der simple Grundsatz, daß die deutsche Arbeiterschaft in der äußeren Politik die Schicksale des Volksganzen teile, sie also zu Herzen nehmen müsse, aufs Einfachste. Ideen, wie ich sie heute vertrete, wurden vielmehr — in erster ungestalter Form — in unseren intimsten Erörterungen schon vor 14 Jahren von mir ausgesprochen, als das Jubiläum des deutsch-französischen Krieges sie veranlaßt hatte. Und weit verbreitet bei deutschen, tschechischen, polnischen, russischen Genossen habe ich die Anschauung gefunden, daß die besondere Stellung der reichsdeutschen Sozialdemokratie zur Idee der Nation — von ferne etwa wie der preußische Partikularismus der Konservativen oder die allzu heftigen österreichischen Sympathien des Zentrums oder der süddeutsche Partikularismus jeder Art — unüberwundener Ueberrest des Denkens aus der Zeit der staatlichen Zersplitterung ist. Dabei ist es selbstverständlich, daß dergleichen Gedankenresiduen von dem Sozialdemokraten, der sie in sich trägt, als sozialdemokratisch angesehen werden; nicht anders tut es z. B. der Wiener mit seinem sehr reichlich überlieferten Altösterreichertum des Empfindens.

Mag also der „Vorwärts", der mit den Ansichten eines für sich stehenden Mannes zu polemisieren der Mühe nicht wert fände, in meinen Ausführungen den Ausdruck jener von vielen geteilten Meinung sehen, die auch in Deutschland ihre stillen Gläubigen hat: aber jedenfalls ist die Anklage gegen den Revisionismus schlechthin nicht aufrecht zu erhalten. Damit jedoch keine neue Gruppe Mitschuldiger aufzutauchen scheine, so sei schnell beigefügt, daß mein Auftreten auch in Wien keine Billigung findet. Bei den einen nicht, weil sie — eine spezifisch österreichische Krankheit — alle Erörterungen allgemeiner Fragen, ja einige sogar jede ideelle Erhebung über praktische Maßnahmen geringschätzen, bei anderen, weil sie die Pflichten des Genossen mit den Pflichten des Diplomaten verwechseln, bei den dritten und wohlwollenden, weil sie meine Bemühungen für vergeblich erachten. So bleibe ich auch nach dieser Seite, wenn eine Schuld überhaupt vorliegt, der allein und einzig Schuldige.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Karl Leuthner.

Wir haben diese Zuschrift wiedergegeben, weil wir es für unsere Pflicht halten, dem Angegriffenen selbst dann das Wort zu geben, wenn seine Ausführungen unseres Erachtens nicht geeignet sind, dem von ihm verfolgten Zweck zu dienen. Bei Leuthners Zuschrift ist das in dem Maße der Fall, daß er eher die Behauptungen unsers Artikels bestätigt, denn entkräftet. Alles was er als Zeugnis gegen die Mitschuld des Revisionismus anführt, beweist garnichts — weder die Tatsache, daß der Revisionismus in Oesterreich nicht bodenständig geworden ist, noch die andere, daß er — Leuthner — nur mit einem reichsdeutschen Revisionisten in Verkehr steht. Geistige Gemeinschaft ist auf solch grobe Mittel, wie Leuthner sie als notwendige Voraussetzung hinstellen möchte, nicht angewiesen. Und für die geistige Gemeinschaft zeugt die Zuschrift so deutlich — betont doch Leuthner seine geistige Verwandtschaft mit Calwer und Schippel kräftig genug —, daß wir uns alle weiteren Bemerkungen ersparen können.

•

Die zweite Zuschrift stammt vom Genossen Ed. David und ist „Zur Abwehr!" überschrieben. Sie lautet:

In dem Leitartikel „Die Revision der Internationalität" wird der Versuch unternommen, die „Revisionisten" verantwortlich zu machen für den Leuthnerschen Aufsatz in den „Sozialistischen Monatsheften". Da ich zu den schlechten Kerlen gehöre, die man als „Revisionisten" zu bezeichnen pflegt, so glaube ich in Wahrnehmung berechtigter Interessen zu handeln, wenn ich gegen diesen Versuch einen entschiedenen Protest einlege.

Wenn unsere politischen Gegner der sozialdemokratischen Partei die Verantwortung für die ungeschickte Aeußerung eines einzelnen Sozialdemokraten aufbürden, so weisen wir das mit Recht als eine schäbige, unehrliche Kampfesweise zurück. Dieses taktische Manöver wird aber nicht besser dadurch, daß es bei Meinungskämpfen innerhalb der eigenen Partei angewandt wird, um die Parteigenossen der anderen „Richtung" unterzukriegen.

Die Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" werden sämtlich mit Namen gezeichnet. Die Verfasser übernehmen dadurch vor aller Welt persönlich die Verantwortung für ihre Aufsätze und jedermann weiß, an wen er sich zu halten hat. Keiner dieser Artikel wird vorher irgendeiner „revisionistischen" autoritativen Instanz — die es überhaupt nicht gibt — zur Begutachtung vorgelegt, und niemand hat Einfluß auf die Redaktion der Zeitschrift. Mit welchem Recht belastet man also eine unter dem Etikett „Revisionismus" zusammengefaßte Vielheit von Parteigenossen mit einer kollektiven Verantwortung für jeden dort erscheinenden Artikel?

Im vorliegenden Fall ist dieses Verfahren um so ungehöriger, als der Leuthnersche Artikel nicht etwa nur gegen die „radikalen", sondern im gleichen Maße, wenn nicht noch mehr, gegen die „revisionistischen" Parteiblätter gerichtet war; und gerade von „revisionistischer" Seite — „revisionistisch" immer im Sinne des „Vorwärts" — zuerst zurückgewiesen wurde.

Der Verfasser des „Vorwärts"-Artikels scheint selbst die Schwäche der persönlichen Unterlage seines Angriffs gegen den „Revisionismus" zu fühlen. Er meint, es lohnte sich nicht gegen Leuthner zu polemisieren, wenn dieser nur ein Mann für sich allein wäre. So konstruiert er sich denn eine theoretische Begründung für seine Anklage gegen die ihm verhaßte „Richtung". „Leuthners Eigenart", sagt er, „besteht lediglich darin, daß er in der Stellung zu nationalen Fragen die letzten Schritte schon getan hat, die den übrigen seiner Richtung zu tun noch übrig sind." Dafür werden dann auch Aeußerungen italienischer Reformisten als Beweismaterial herangeschleppt.

Merkwürdigerweise scheint dem Leitartikler des „Vorwärts" das Verhalten Hyndmans, des Führers der „Social-Democratic Party" ganz entgangen zu sein. War es nicht dieser offizielle Vertreter der streng marxistischen Richtung innerhalb der englischen Arbeiterbewegung, der in das Geschrei der englischen Chauvinisten über die Gefahr einer deutschen Invasion einstimmte und dadurch den Kriegshetzern seines Landes hochwillkommene Helfersdienste leistete? Was würde der „Vorwärts" sagen, wenn wir daraus den Schluß zögen, das Verhalten Hyndmans sei nur die letzte logische Konsequenz der weltpolitischen Aeußerungen der „radikalen Richtung".

Derselbe hochorthodoxe Marxist Hyndman treibt übrigens auch den englischen Imperialisten Wind in die Segel durch seinen Kampf gegen den „Freihandelsschwindel". Er ist also Leuthner und Schippel in einer Person. Angesichts dieses nationalistischen und schutzzöllnerischen „radikalen" Parteiführers sollte uns der „Vorwärts" mit seiner windigen Beweisführung gegen den „Revisionismus" wirklich vom Leibe bleiben.

Noch ein weiteres amüsantes Beispiel von einseitigster Richtungsblindheit leistet sich der „radikale" Leitartikler. Während er stirnrunzelnd Schippels günstiges Urteil über die deutsche Politik in dem österreichisch-serbischen Konflikt als weiteres Moment für die nationalistische Entartung des „Revisionismus" registriert, vergißt er zu erwähnen, daß auch — Ledebour die Politik Bülows in dieser Sache ausdrücklich gebilligt hat. Vielleicht liest der Genosse im „Vorwärts" mal den stenographischen Bericht über die Reichstagsverhandlung vom 29. März d. J. nach.

Zum Schluß aber möchte ich noch eine Frage seinem Nachdenken empfehlen. Glaubt er der Partei dadurch zu nützen, daß er Leuthners nationalistische oder Schippels zollpolitische Anschauungen dem „Revisionismus" aufs Konto setzt? Die „revisionistische" Richtung ist kein unbeträchtlicher Teil der Partei, und wenn der Anschein erweckt wird, daß alle oder doch viele „Revisionisten" jene Anschauungen teilen, so erhalten diese dadurch eine Bedeutung, die sie als Absonderlichkeiten vereinzelter Personen nicht haben. Daß damit unseren Gegnern das Geschäft erleichtert wird, diese gegen uns auszuschlachten, liegt auf der Hand.

Der „Vorwärts" sollte sich darüber freuen, daß weder inbezug auf unsere internationale Politik noch hinsichtlich unserer wirtschaftspolitischen Haltung seither ernstliche Meinungsgegensätze zwischen den beiden Richtungen in der Partei zutage getreten sind. Diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie zu betonen, liegt im wohlverstandenen Interesse unserer Bewegung. Statt dessen stellt es der „Vorwärts" so hin, als ob ein starker Bruchteil der Partei in diesen hochwichtigen Fragen andere Wege wandle. Das ist eine seltsame Auffassung von den Aufgaben eines „Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei".

Eduard David.

* * *

Die Abwehr des Genossen David hat zwei Glanzpunkte — die Hinweise auf Hyndman und Ledebour, die beiden Radikalen, die derselben Sünden bloß sein sollen wie Leuthner und Schippel. Indes diese beiden glänzendsten Argumente Davids sind nur Blender, die einer ernsthaften Untersuchung nicht stand halten.

Der Fall Hyndman beweist nichts gegen den Marxismus. Nur unter Davids flinken Fingern ist Hyndman als „hochorthodoxer Marxist" zu frisieren. In Wirklichkeit hat er auf diese Bezeichnung gar keinen Anspruch. David braucht es allerdings nicht bekannt zu sein, daß Hyndman so wenig orthodoxer Marxist ist, daß er die Grundlage des marxistischen Systems, die materialistische Geschichtsauffassung nicht anerkennt! Wie Engels über diesen Mann gedacht hat, den David dem Marxismus aufs Konto setzen will, das ist in seinem Briefwechsel mit Sorge deutlich zu lesen! Vielleicht entschließt sich David einmal dazu. Selbstverständlich ist an Hydmans Argumentation für die Notwendigkeit verstärkter Rüstung Englands nichts, was aus dem Marxismus stammt. Und deshalb würde David bei allen Wissenden lediglich mitleidiges Gelächter erregen, wenn er den Schluß ziehen wollte, „das Verhalten Hyndmans sei nur die letzte logische Konsequenz der weltpolitischen Aeußerungen der „radikalen Richtung"." Es steht in schroffem Gegensatz dazu.

Uebrigens erfordert die Gerechtigkeit denn doch, festzustellen, daß Hyndman mit Leuthner noch keineswegs gleichzusetzen ist. In Hyndmans Aeußerungen wird David vergeblich nach solchen verstiegenen nationalistischen Gedanken fahnden, aus denen sich Leuthners Artikel aufbauen. Hyndman ist so wenig Imperialist, so wenig Vertreter der auswärtigen Politik Englands, daß er einer der grimmigsten und bestorientierten Bekämpfer der englischen Herrschaft in Indien ist!

Eine arge Frisur der Tatsachen erlaubt sich David, wenn er Hyndman mit Schippel in eine Reihe stellt. Die Agitation Hyndmans gegen den „Freihandelsschwindel" hat mit Billigung schutzzöllnerischer Bestrebungen nichts, aber auch gar nichts gemein! Sondern sie wendet sich lediglich gegen die Uebertreibungen der Freihändler, die den Freihandel als aller Uebel Heilmittel anpreisen und die Arbeiter darüber hinwegtäuschen möchten, daß sie darüber hinaus Forderungen zu stellen haben.

Nicht besser, als die Gleichstellung Hyndmans mit Schippel, ist der Versuch, das von uns aufgespießte begeisterte Lob der deutschen Auslandspolitik durch Schippel mit den Erklärungen gleichzusetzen, die Genosse Ledebour in der Reichstagssitzung vom 29. März zur Haltung der deutschen Regierung im serbisch-österreichischen Konflikt abgegeben hat. David kennt das Stenogramm dieser Rede, und er weiß daher, daß Ledebour lediglich sehr nüchtern festgestellt hat, daß die Sozialdemokratie „in dieser Beziehung im großen und ganzen einverstanden ist mit der deutschen Reichsregierung". Daß das ganz etwas anderes ist, als die glühend-begeisterte Bewunderung, die Schippel in den „Sozialistischen Monatsheften" vor der auswärtigen Politik Bülows im reinsten Offiziösenstil ausströmte, das kann auch David fassen, sofern er die „Richtungsblindheit" abschüttelt.

Wir haben, wie unser Artikel ausweist, nicht alle Revisionisten für die nationalistischen Exzesse Leuthners verantwortlich gemacht. Aber mit vollem Recht haben wir behauptet, daß der Revisionismus der Nährboden ist, auf dem neben so vielen anderen Gewächsen auch der Nationalismus Wurzeln schlagen kann. Wie sehr der Revisionismus dazu geeignet ist, das zeigt besonders deutlich die Häufung nationalistischer Entgleisungen in Italien, auf die David freilich vorsichtigerweise nicht eingeht.

Den Aufgaben eines Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei glauben wir durch Aufdecken dessen was ist, besser zu dienen, als durch Vertuschen. Unsere Gegner, die ja nicht über die „einseitige Richtungsblindheit" Davids verfügen, werden deshalb nicht glauben, daß „ein starker Bruchteil der Partei" den Leuthner, Schippel und Calwer folgt!

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Hausangestellte. Donnerstag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr: Versammlung in Zenters Festsälen, Kommandantenstr. 62. Vortrag über: „Zähne und Zahnpflege" von Frl. Oswald. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Danziger Straße 98, **Heyn & Goldschmidt** Pappel-Allee 1 u. 2.

In unserer Wirtschafts-Abteilung: **88 Pfennig-Tage**

Augen auf!

Jedem Herrn, der sich elegant und billig kleiden will, empfehle ich elegante Monatsgarderobe, in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren nur kurze Zeit gebraucht (für jede Figur passend)

Monats-Jackett-Anzüge . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge . . 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Herren-Paletots . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen . . 2.50, 5.00 M.

Große Abteilung neuer Garderobe

J. Wand
Hauptgesch.: Gr. Frankfurter Str. 116 an der Andreasstraße.
2. Geschäft: Chausseestraße 89 gegenüber der Liesenstraße.
3. Geschäft: Brunnenstraße 179 an der Invalidenstraße.
Garderoben jeder Art werden billigst verliehen.

Brennabor

wird vor dem Verkauf stets nochmals auf seinen leichten Lauf und auf seine Zuverlässigkeit geprüft.

Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.

Filiale: Berlin W., Kronenstraße Nr. 11.

Herren-Stoff-Reste zu Herrenanzügen spottbillig, feinste Fabrikate, Kammgarne, Cheviots, neueste Muster von 5 M. an per Meter, reine Wolle. 66/19
Ludwig Engel, Prenzlauer Straße 23, II. (Alexanderplatz.)

Wer — Stoff — hat fertige Herrenanzug, 20 M. 2 Anpr., feinste Zut. Für gut. Sitz bekam ohne Konkurrenz, gold. Medaille.
Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23, II. (Alexanderpl.) Gegr. 1892

Dr. Simmel
Spezial-Arzt 62/9*
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Spezialität: Frühjahrsanzug, kompletit nach Maß „Napoleon" M. 36,— neueste gestr. Muster, reine Wolle. Sommerpaletot „Weltberühmt" nach Maß M. 32,—, unerreicht. S. auch Adreßbuch Teil I u. IV.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft!

Pianino erster Hoflieferanten-Firma weit unter Wert sofort verkäuflich Französischestraße 15, I r.

Gelegenheitskauf.

Zu bedeutend herabgesetztem Preise geben wir an unsere Leser ab:

Ferdinand Lassalles Tagebuch.

Mit einem Jugendbildnis Lassalles.
Herausgegeben von Paul Lindau.
Statt 3,— M. nur 50 Pf.

Da wir nur eine geringe Anzahl Exemplare am Lager haben, empfiehlt sich baldige Bestellung resp. Anschaffung.

Expedition des Vorwärts
BERLIN SW.
Lindenstr. 69, Laden.

Der Herr, der am 2. Ostertag bei Glesholt, Inselrestaurant, seinen Sommerpaletot vertauscht hat, wird ersucht, denselben dort wieder umzutauschen. Der Wirt.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern 6 Prozent Extrarabatt. 1611R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 1613R*

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Zentral-Pfandleihe Prinzenstraße 86, I. Täglich Verkauf von verfallenen Pfändern. 50 Prozent billiger als im Laden. Betten, ganzer Stand 12,00, Laken 1,00, Goldsachen, Herrengarderobe, Anzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Tischdecken, Steppdecken. Fahrgeld wird vergütet. *

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 2041R*

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig. 2042R*

Möbelstoffreste spottbillig. *

Schlafdecken, ein Posten, für halben Wert. 2044R*

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig. 2045R*

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 5 Anzeigen. 2046R*

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Großberlins staunendbilligster Warenverkauf! Sommerpaletots! Sommeranzüge! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Burschensachen! Extrabilliger Pfänderverkauf! Taschenuhren! Freischwinger! Goldsachen! Allerbilligste Festgeschenke! Aussteuersachen! Bettenauswahl! Brautbetten! Vermietungsbett! Wäscheauswahl! Gardinenauswahl! Teppichauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Empfehlenswerte Einkaufsquelle! Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. †100*

Fünfzig wöchentlich. Möbel, Garderoben, Uhren, Kinderwagen, Wäsche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Portieren, Eisenmöbel, Kronleuchter, Sprechmaschinen, Trauringe. Granzow, Stargarderstraße 64. *

Bekanntmachung! Humboldtleihhaus, weltbekannt, nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbillig hochelegante Sommerpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, großer Pfänderverkauf, riesengroßer Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Gardinenauswahl, Prachtteppiche, Plüschtischdecken, extrabillig entzückende Wanduhren, Taschenuhren, Schmucksachen. Verkauf täglich, auch Sonntags. 2006R*

Ganzer Stand 10,50, Daunenbett 12,00. 2033R*

5,00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, Aussteuer, Damastbezüge 3,90, Handtücher, Steppdecken. Nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 2031R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. 2032R*

Bauernbettdecken. Unterbett, zwei Kissen 27,00, Freischwinger, Regulateure 9,00. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenanzeiger vergüte Fahrgeld. 2034R*

Totalausverkauf. Restbestände Auch- und Plüschportieren, Garnitur 2.65, 3.75, 4.85, 5.65, 6.75, 8.50, 9.50 usw. Weißenbergs Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125 2008R*

Tüllbettdecken, extra groß, 1.95, 2.25, 3.35, 4.25 usw.

Erbstüllstores, entzückende Ausführungen, 3.45, 3.85 4.50, 5.25, 6.00 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Gardinenreste und einzelne Fenster (2 Schal) mit 10 Prozent Rabatt, Fenster 1.25, 1.65, 2.25, 2.75, 3.50, 4.50 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.25, 3.85, 4.50, 5.80, 6.50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Plüschteppiche mit kleinen Farbfehlern, 10 Prozent Extrarabatt, 7.50, 9.85, 11.—, 13.—, 15.— usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.50 usw.

Plüschdecken 3.85, 4.85, 6.50, 7.85, 9.25 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Steppdecken, Wolle und Similiseide, 3.25, 3.85, 4.50, 5.50, 6.50, 7.85 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Massenverkauf von Möbelstoffresten, Linoleum- und Läuferstoffresten zu Spottpreisen. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 7—15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 2409R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 15—40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 2410R*

Kinderwagen. Sportwagen, Bettstellen, zurückgesetzte, gebrauchte. Größere Raten Kassapreis. Andreasstraße 53. †40*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Mit 109 Textabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Geschäftsverkäufe.

Gorniklewicz & Co., Oranienstraße 149, Telephon: 4, 11611, verkaufen Geschäfte aller Branchen schnellstdiskret. Besuch kostenlos. 1578R*

Seifengeschäft, gutgehend, umständehalber zu verkaufen. Zu erfragen Großbeerenstraße 64a im Seifengeschäft. 2442R*

Milchgeschäft, Kolonial, Obst und Gemüse, passend für Parteigenossen. Zu erfragen im Barbiergeschäft, Rixdorf, Treptowerstraße 15. †100

Grünkramgeschäft verkäuflich Nazarethkirchstraße 39. †86*

Papiergeschäft, Eckerstraße 4, gegenüber großer Doppelschule, preiswert zu verkaufen. 293/4

Seifengeschäft, Emaille, Porzellan, muß krankheitshalber sofort verkaufen. Rixdorf, Kogatstraße 26, Ecke Hermannstraße. †200

Restauration, Fabriken im Hause, in der Nähe des neuen Rathausbaues, weil zwei Geschäfte, ganz billig zu verkaufen. Schöneberg, Belzigerstraße 27. †129

Parteigenosse findet sichere Existenz, der mein Lokal kauft. Näheres Huttenstraße 10. †50

Seifengeschäft umständehalber preiswert Greifswalderstraße 54.

Möbel.

Familienverhältnisse zwingen mich, Geld zu beschaffen, darum bin ich gezwungen, sämtliche Möbel weit unterm Preise zu verkaufen, teilweise bis 60 Prozent unterm Wert. Ganze Wohnungs-Einrichtungen, einzelne Möbelstücke, eichene Speisezimmer, eichene Herrenzimmer, diverse Schlafzimmer, Bibliotheken, Bücherschränke staunend billig, wunderbare Säulentrumeaus 30,00, Schreibtische 30,00, Ruhebetten 20,00, Kleiderschränke 24,00, Muschelbettstellen mit Matratzen 25,00, Ausziehtisch 13,00, Sofaumbauten, Waschtoiletten 20,00, Taschensofas 45,00, Küchen staunend billig. Heinrich Stargardts Möbelspeicher, Dresdenerstraße 107—108. Die Gelegenheit kehrt nie wieder, so preiswert zu kaufen. Bitte nicht verwechseln mit Neue Königstraße. Lagerung, Transport kostenfrei. 2438b

Möbel, gebrauchte, gut erhalten, Gelegenheit aus Konkursen, Auktionen, verfallene spottbillig. Möbelspeicher, Rosenthalerstraße 26, Fabrikgebäude. (Zahlungserleichterung.) 272/2*

Möbel-Gelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, bestehen gewesen, verfallene spottbillig. Speicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) 272/1*

Bitte durchlesen! Einfache, bessere, herrschaftliche Möbel kommen bis 50 Prozent billiger zum Verkauf als beim Möbelhändler! In meinem Aufbewahrungs-Speicher, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, kommt ein großes Möbellager von erstklassigen Möbelfabriken zum sofortigen und billigsten Verkauf. Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen, sonst 400 bis 550, jetzt 250 Mark. Bessere und größere jetzt 400, sonst bedeutend mehr! Billige Speisezimmer, Salons, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Fremdenzimmer, enorm große Auswahl! Schwere Zimmer, sonst 2500, jetzt 1400. Einzelne Möbel für jeden Preis! 66 Linkleideschränke, 85 einzelne Büfetts, 72 Schreibtische, 500 alle Sorten Stühle, 82 Plüschsofas, 120 verschiedene Tische, 12 Chaiselongues, 175 Teppiche, 1 Truhe, 6 Standuhren, 21 Wanduhren, 65 tiefe Kleiderschränke, 70 Vertikos, 12 Gaskronen, 112 moderne Küchen! In 6 Etagen alles übersichtlich aufgestellt! Aufbewahrung und Transport frei! Nach außerhalb tadellose Verpackung, weite Vororte mit eigenem Gespann! Jede Einrichtung sofort lieferbar! Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, Hof, Speicher! Kein Laden! Dieser billige Verkauf dauert nur kurze Zeit! 2365b*

150 moderne Schlafzimmer, Satin, Nußbaum, Ahorn, Esche, Eiche, Mahagoni, bis 50 Prozent billiger. Nie wiederkehrend. Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, Hof, Speicherei. *

Vom Major verkaufe billiges, wunderbares Speisezimmer Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. 2380b*

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Schränke, Vertikos, Tische, Sofas, Schreibtische, Bücherschränke, Büfette, Garnituren, Bettstellen, Waschtoiletten, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Wirtschaften bedeutend billiger wie überall. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 2202R*

Möbelhalle „Norden", Thiele, Ackerstraße 120 (Gartenplatz). Filiale: Invalidenstraße 118 (Stettinerbahn), Speicher. — Riesenauswahl bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 200 bis 3000 Mark. — Gelegenheitskäufe gebrauchter wie neuer Möbel, spottbillig. Aufbewahrung und Lieferung frei. 1853R

Gneisenaustr. 10, Ecke Mostizstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. 1716R*

Vom Ingenieur verkaufe billiges, fast neues Herrenzimmer Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher.

Vom Hotel verkaufe großen Posten Kleiderschränke, Bettstellen mit guten Matratzen, Spiegel, Waschtoiletten mit Marmorplatten, Chaiselongues, Sofas, Tische, Garderobenschränke, Stühle. Alles neu! Wegen Zahlungsstockung billig! Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, Hof, Speicher. *

Möbeltischlerei, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (am Moritzplatz), Hof, Fabrikgebäude, liefert reelle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Größte Auswahl. Ratenzahlung. Harnack, Tischlermeister. Genossen 3 Prozent. 1958R*

Küchenspind 3,00, Kleiderspind 10,00, Kommode 6,00, Wäschespind 10,00. Palisadenstraße 23, Tapezierer.

Fahrräder.

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Stalitzerstraße 40. Turmstraße 31. 1820R*

Groß-Berlins billigste Fahrräder-Bezugsquelle, Fahrradgroßhaus Charlottenburg, Bismarckstraße 62. Arbeiter-Radfahrerbund 10 Prozent Rabatt. 1850R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad 20,00, 30,00. Schädel, Inselstraße 13

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Brennaborräder, Teilzahlungen ohne Anzahlung, Heyke, Danzigerstraße 95. 1917R*

Fahrräder. Teilzahlungen ohne Preisaufschlag, Zubehör, Gummi, Wringmaschinen staunend billig. Lothringerstraße 40 und Steglitz, Schloßstraße 116. 2020R*

Herrenfahrrad, fast neu, 38,00, Pankstraße 45, parterre rechts. †54

Halbrenner, 25,00, tadellos, seltene Gelegenheit. Horn, Koppenstraße 33.

1000 Brennabor-, Adler-, Dürkoppräder usw. 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Auch Einzelverkauf, Engros-Preise. Fahrradgroßhaus Machnow, Weinmeisterstraße 14. 2018R*

5000 neue Fahrräder, 35,—, 40,—, 42,—, 45,—, in elegantester Luxusausführung 75,—. (Jahrjährige Garantie.) Machnow, größtes Fahrradhaus Berlins, Weinmeisterstraße 14. Jahresumsatz zirka 10 000 Fahrräder. Tausende Anerkennungsschreiben. 2049R*

Fahrräder, 35,00, 45,00, 55,00. Riesenauswahl, langjährige Garantien. Fahrradzubehör spottbillig. Laufmäntel 1,45, 2,10. Luftschläuche 1,45, 2,00. Emaillierte Stahlfelgen 0,60. Vernickelte Lenkstangen 1,00. Sättel 1,10. Gespanntes Hinterrad mit Schweinfurter Freilaufnabe und Rücktrittbremse 8,00. Freilaufnabe 4,00. Satteltaschen 0,25. Laternen 0,20. Lichtlaternen 0,25. Elektrische Laternen 0,70. Fußpumpen 0,60. Radbremsen 0,40. Kettenrad-Garnituren einschließlich Kurbeln 1,50. Radbürsten 0,10. Schutzblech-Verlängerungen 0,40. Gebrauchte Fahrräder 10,00, 15,00, 25,00. Radreparaturen allerbilligst. Multiplex, Gitschinerstraße 15, Fabrikgebäude; Ladengeschäft Rosenthalerstraße 50. 2047R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

Musik.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Verschiedenes.

Jescheck-Ensemble, politisch-satirische Neuheiten, Gethsemanestraße 3. †38*

Barzentanwalt Beisel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen. Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Achtung! 20 Mark kostet der Anzug, wer Stoff bringt. Kuschewski, Annenstraße 2. 2441b

Stühle flechten lernen wünscht ordentlicher Mann. Angebote „Stuhlflechter" Postamt 68. 2444b

Die dem Schlosser Langhals, Grünthalerstraße 62, zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück. Otto Sorge, Stettinerstraße 13. †96

Vermietungen.

Restaurations-Räume billig zu vermieten Friedrichsfelderstraße 13.

Zimmer.

Teilnehmer zum möblierten Zimmer gesucht. Frau Jacobey, Wiesenstraße 10, vorn II. *

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, ein auch zwei Herren, sofort, Rummelsburg, Kantstraße 23, vorn I, Schüttke.

Möblierte Schlafstelle, alleinstehende. Kurschat, Swinemünderstraße 41, Quergebäude II. †136

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Perfekter Schriftsetzer gesucht. M. Jaeckel, Weißensee, Roelckestr. 22.

Korbmacher auf Rohr sofort Mückenstraße 79, vorn parterre.

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbaren Familien, bei monatlicher Vergütung per sofort, auch später gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes zwischen 1 bis 2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 2006R*

Parteisekretär für Frankfurt a. M.

gesucht zum 1. Juli. Bewerbungen sind bis zum 10. Mai an die unterzeichnete Adresse einzureichen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Verlangt wird Vertrautsein mit Organisationsfragen und rednerische Befähigung. Anfangsgehalt 2400 M., im übrigen Anstellung nach den Grundsätzen des Vereins Arbeiterpresse. 284/5*
Wilh. Dittmann, Frankfurt a. M., Stolzestr. 13/15.

Barockvergolderin verlangen Neumann, Hennig u. Co., Zeughofstraße 21. 2430b

Näherinnen für feine Damenwäsche werden dauernd beschäftigt bei Arnold u. Nicolai, W. 62, Kleiststraße 21. 2440b

Zeitungsfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Königstraße 56/57. 66/18*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Die Stelle des

Rendanten

der Ortskrankenkasse zu Britz bei Berlin ist zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und unter Angabe der Gehaltsansprüche bis zum 15. d. Mts. an den Unterzeichneten einsenden. 274/13
Britz bei Berlin, den 1. Mai 1909.
Behrend, Vorsitzender, Wilhelmstraße 4a.

Achtung!

Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter
Möbelfabrik Saatfeld in Helmstedt.
Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie die Vermittelungsbureaus Blankenfeldestr. 4 u. Ansbacherstraße 16 streng zu meiden. Diese Bureaus bemühen sich, Arbeitswillige nach Helmstedt anzuwerben.

Ferner gesperrt:
Bautischlerei Schirmer, Jossenerstraße 41b.
Bau- und Möbeltischlerei Bröse u. Klingmüller, Rixdorf, Eisenstraße 106/107.
Möbeltischlerei Mosel, Mariannenstraße 31.
Für Klavierarbeiter gesperrt:
Otto Marquardt u. Co., Berlin, Weberstr. 13, für alle in Frage kommenden Branchen.
Für Kistenmacher:
Kistenfabrik Drechsler, Heinersdorfer Straße 15.
Für Korbmacher: Roesemann, Schreinerstraße 22; Huwe, Friedrich-Karl-Straße 3.
Für Rahmenmacher und Polierer: Otto Mathes, Ritterstr. 75.
83/4* Die Ortsverwaltung.

Achtung! Stukkateure!

Gesperrt wegen Maßregelung der Kollegen, die dort den Tarif verlangten, ist die Firma Aug. Pinkenstein, Baumschulenweg. Bau Mengden u. Voß, Schöneberg, Münchener Ecke Westarpstraße.

Wegen Maßregelungssperrung: Firma Trommer u. Co., Steglitz. Bau Steglitz, Mittelstraße. Bau Dir. Decker, Kaiserallee Ecke Ortrudstraße. Bau Cavi, Charlottenburg, Drosselstraße. Bau Bartsch, Rummelsburg, Revaler Straße. Bau Hertel, Südende, Halskestraße. Bau Kaiserdamm 100.

Firma Eckert, Schwerinstraße. Sämtliche Bauten dieser Firma in Berlin sowie Nordseebad Borkum, Hotel Kaiserhof.

Die Sperre über die Firma Caspary, Lützenstraße, ist erledigt, da Herr Caspary sich bereit erklärt hat, sämtliche Gemaßregelten sofort wieder einzustellen. 173/17*
Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Der Leseabend für die 1. und 2. Gruppe findet heute (Donnerstag) abend erst um 9 Uhr bei Schwanke, Nehringstraße 2, statt. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Am Sonntag, den 9. Mai, findet im Ort eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen wollen sich zahlreich hieran beteiligen. — Am Dienstag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, spricht die Genossin Luise Zietz im „Kaiserhof“ über: „Die Frau im politischen Kampfe“. Für regen Besuch dieser öffentlichen Versammlung gilt es eifrig zu agitieren.

Pankow. Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins (Bezirk Pankow) am Freitag, 7. Mai, abends präzise 8½ Uhr, bei Großkurt, Berliner Str. 27. Tagesordnung: 1. Situationsbericht der Bezirksleitung. 2. Wahl der Agitations- und Lokalkommission, der Revisoren und einer Vertreterin in der Bezirksleitung. 3. Wahl der Zeitungskommission. 4. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung am 8. Mai. — Da die Versammlung pünktlich eröffnet wird, ersucht um rechtzeitiges Erscheinen Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Wie „gefallene“ Mädchen drangsaliert werden.

Sie hatte Pech gehabt, die Dreiundzwanzigjährige. Die Wirtschaft war besorgt, natürlich auf Abzahlung, auch das Nest gemietet und das Aufgebot bestellt, aber wenige Tage vor dem bedeutungsvollen Akt, den der Gesetzgeber nun mal verlangt zur äußeren Anerkennung geschlechtlicher Menschenliebe, hatte ihr der Verführer das Ehebett vor die Tür gesetzt. Drei Monate später flog der Klapperstorch ins Haus, und von nun an war sie nach dem Vaterunser der göttlichen Weltordnung eine „Gefallene“. Ob sie es ebenso hart empfand, das Gewäsch und Gegeifer all der kleinen und großen Sünder, die mit Fingern auf sie zeigten? Nein, noch stolzer wie früher trug sie das Haupt, den Lästerzungen zum Trotz. Ihr war nichts weiter vorzuwerfen als grenzenlose, vertrauende, betrogene Liebe. Aber mit dem zappelnden Menschlein, das sein Vater verleugnete, hatte Freund Adebar auch die Sorge durch den Schornstein geworfen. Für sich selbst schaffte und rackste sie von jeher — für das Kind, das ihr beim Erwerb eine Last war, wollte es bald nicht mehr reichen. Ihr Liebespfand der Waisenverwaltung ausliefern, in die Hauspflege unbekannter Menschen, die ein Geschäft daraus machen? Nein, dazu hatte sie den Jungen zu lieb. Sie war zu stolz auch zum Bitten und Betteln. Doch als die Milch knapp wurde und Krankheit sich einstellte, siegte die Not über den Stolz. So bekam sie zum ersten Male mit dem Armenvorsteher zu tun, trotz gutsituierter Verwandter, die die „Gefallene“ im Elend sitzen ließen. Die Armenkommission bewilligte monatlich zehn Mark und sagte noch die Hälfte mehr zu, wenn das Kind in Privatpflege käme. Damit war der Kanossagang noch nicht erledigt. Noch dreimal in sechs Wochen stellten sich Recherchеure der Armenkommission ein, die sich alle in dem merkwürdigen Glauben zu befinden schienen, daß das Mädchen, welches ein kleines offenes Geschäft betreibt und durchaus anständig ist, „nebenbei“ einen unmoralischen Lebenswandel führt. Direkt gesagt haben die Herren das zwar nicht, aber es gibt auch Blicke und ungesprochene Worte, die man nur nach einer bestimmten Richtung hin deuten kann. Das Interesse für die junge Mutter war mit einem Male außerordentlich und auffallend stark erwacht. Man gab ihr billige Lehren, wie sie das Kind zu halten habe, und wenn sie das alles befolgt hatte, würden zwanzig und dreißig Mark Armenunterstützung kaum gelangt haben. Ja, der eine recherchierende Ehrenbeamte klopfte direkt auf den Busch und wollte dem Mädchen partout einreden, daß es spät abends noch fortgeht, während es froh ist, nach des Tages Last und Mühe ins Bett krauchen zu können, wo die verlassene Mutter sich mit ihrem Kinde um die Wette ausweint. Was die Armenkommission großmütig gibt, macht sie eben wahrhaftig nicht leicht. Aber der Kelch des nach außen hin freilich nicht sichtbaren Leids und die Zahl der interessierten Besucher ging noch weiter. Da kam der wahrscheinlich vom Standesamt unterrichtete Pastor und drängelte, das Kind taufen zu lassen. Auch ein anderer „frommer Mann“, von irgendeinem Verein, jedenfalls nicht gerufen und nicht gewünscht, fand sich ein mit salbungsvollen, schleimigen Ratschlägen. „Die junge Mutter solle nur recht an Gott glauben und viel in die Kirche gehen, dann werde alles sich zum besten wenden.“ Das sind ja so die Gemeinplätzchen dieser sonderbaren Heiligen, die kein Verständnis dafür haben, daß vom Beten der Magen nicht voll wird.

Wir haben hier an der Hand von Tatsachen einen charakteristischen Fall skizziert. Aehnlich liegen tausend andere. Wer in solcher Notlage nicht praktisch helfen will, wie Gottesstellvertreter und seine Nachbeter, der soll die „Gefallene“ in Ruhe lassen. Und wenn die Herrschaften von der Armenkommission nicht ausreichend helfen, und zudem den traurigen Mut haben, solch ein armes Mädchen, das ehrlich um seine Existenz ringt, moralisch zu verdächtigen, so fassen sie ihre Aufgabe herzlich schlecht auf. Unsere Ehrenbeamten in der Armenverwaltung würden beliebter sein beim Publikum, wenn sie nicht in jedem Unterstützungssuchenden einen Betrüger und moralisch Unwürdigen vermuten wollten. Aus dieser Meinung ohne Beweise kein Hehl zu machen, haben sie nicht das mindeste Recht. Gerade solche verführten und betrogenen Mädchen wollen besonders zartfühlend behandelt sein, damit sie nicht durch Not auf den Weg der Schande getrieben werden.

Zur Verfrommung der Sonntagsausflügler. In der vorigen Woche berichteten wir über einen jener „Brüder in Christo“, die an den Sonntagen den Ausflüglern nachgehen, um ihnen ihre Erbauungstraktätchen in die Hände zu drücken. Wir teilten mit, daß am vorhergehenden Sonntag von uns auf dem Görlitzer Bahnhof ein Traktätchenverteiler beobachtet worden sei, der dreist und gottesfürchtig sich in dem Vorraum des Bahnhofes aufstellte, den hereinkommenden Ausflüglern in den Weg trat und jedem ein Blättchen überreichte. Da der Mann das ohne Scheu vor den Augen der Beamten getrieben hatte, so warfen wir die Frage auf, ob die Eisenbahndirektion Berlin jetzt — im Gegensatz zu einer früher einmal von ihr abgegebenen Erklärung — die mit der Verteilung von Traktätchen betrauten Personen auf eisenbahnfiskalischem Gebiete in ihrem heiligen Eifer nicht stören zu dürfen glaube. Die Eisenbahndirektion Berlin, die von allen sie betreffenden Veröffentlichungen des „Vorwärts“ Kenntnis nimmt und sofort mit berichtigenden Gegenäußerungen kommt, wenn sie etwas berichtigen zu können meint, hat bisher sich nicht veranlaßt gefühlt, auf unsere Notiz über die Traktätchenverteilerei zu antworten. Sie scheint aber auch nicht angeordnet zu haben, daß auf dem Görlitzer Bahnhof dem Verteiler künftig untersagt werde, im Bahnhofsgebäude selber umherzustehen und den Ausflüglern seine Blättchen aufzudrängen. Am letzten Sonntag konnten wir auf dem Görlitzer Bahnhof wiederum beobachten, wie dort im Bahnhofsgebäude die Traktätchenvertreiberei betrieben wurde. Diesmal hatte der Mann, der den der Kirche entfremdeten Ausflüglern das gedruckte „Gotteswort“ nachtragen sollte, sich noch weiter vorgewagt und sogar auf den Querperron in nächster Nähe der Kontrollschranke Aufstellung genommen. Wieder wurde er, solange wir ihm zusahen, von keinem der Beamten in seiner Tätigkeit gehindert. Da muß man in der Tat annehmen, daß die Eisenbahndirektion Berlin von irgendwoher den Wink erhalten hat, fortan die Versuche zur Verfrommung der Sonntagsausflügler möglichst zu erleichtern. Ob sie selber viel Erfolg davon erwartet? Die Hilfe, die sie da leisten muß, ist „verlorene Liebesmüh“. Die Sonntagsausflügler sind verständig genug, nicht nur die Kirchen den vereinsamten Pastoren zu überlassen, sondern auch auf der Eisenbahn die Erbauungstraktätchen ungelesen zum Fenster hinauszuwerfen.

Die Ferienkolonien für Berlin

erfahren in diesem Jahre eine Umgestaltung. Bisher war unterschieden worden in Vollkolonien und Halbkolonien, von nun an wird es aber nur noch Vollkolonien geben. Zuweisung von Kindern an eine Vollkolonie bedeutete Unterbringung außerhalb Berlins in Sommerfrischen oder Badeorten der Seeküste oder des Gebirges, Zuweisung an eine Halbkolonie bedeutete nur tägliche Hinausführung der Kinder in die nächste Umgebung Berlins. Die Halbkolonien werden aufgegeben, weil seit einigen Jahren die Stadtgemeinde Berlin auf ihren eigenen Gütern tägliche Feriensplele veranstaltet, die Besseres bieten, als die Halbkolonien bieten konnten. Um die Beseitigung der Halbkolonien annehmbarer zu machen, wird jetzt darauf hingewiesen, daß ihr gesundheitlicher Nutzen nur mäßig gewesen sei. Das wurde in der Mitgliederversammlung des „Vereins für Ferienkolonien“ hervorgehoben von einem Arzt, der Kinder aus Halbkolonien daraufhin untersucht hat. Auch der erziehliche Gewinn, auf den bei den Ferienkolonien von den Veranstaltern großes Gewicht gelegt wird, soll bei den Halbtagsspaziergängen zu wünschen übrig gelassen haben. Trotzdem scheint man doch nicht ganz leichten Herzens an den Verzicht auf diesen Notbehelf herangegangen zu sein. Der Hauptwert des Notbehelfs der Halbkolonien bestand wohl darin, daß man Eltern solcher Kinder, die der Aufnahme in eine Vollkolonie bedurften, aber aus Mangel an Mitteln zurückgewiesen werden mußten, durch Einreihung dieser Kinder wenigstens in eine Halbkolonie beschwichtigen konnte. Das mußte sehr oft sogar bei Kindern gemacht werden, für die der untersuchende Arzt die Entsendung in eine Vollkolonie als unbedingt nötig bezeichnet hatte.

Selbstverständlich ist solchen Kindern auch mit der Beteiligung an den Feriensplelen auf den Gütern Berlins keineswegs schon ausreichend geholfen. Der „Verein für Ferienkolonien“ wird daher durch die von der Stadt veranstalteten Spiele nicht der Notwendigkeit überhoben, seine Vollkolonien möglichst zu erweitern. Durch die Halbkolonien ließ das minder kundige Publikum sich täuschen über die Leistungen des Vereins. Da wurden die großen Zahlen hingenommen, ohne zu beachten, wie viele der Kinder nur in Halbkolonien hinausgeführt worden waren, und ohne zu ahnen, wie viele der nur in Halbkolonien hinausgeführten Kinder zu krank waren, um einen merklichen Gewinn davon zu haben. Wenn es jetzt nur noch Vollkolonien geben soll, so wird man künftig klarer sehen, was geleistet wird. Auf eine nennenswerte Vermehrung der Vollkolonien ist freilich einstweilen nicht zu rechnen. Die alte Klage, daß die Mittel fehlen, wurde in der Mitgliederversammlung lauter als je erhoben. Alles Mögliche wurde da als Ursache angeführt: die Zeiten seien eben jetzt zu schlecht, auch sei den Ferienkolonien allmählich der Reiz der Neuheit verloren gegangen, vielleicht werde auch die Sammelei nicht immer geschickt genug betrieben, und so weiter. Wir möchten hier noch eine Ursache nennen, die wir dem Vorstand des Vereins zur Beachtung empfehlen. Wenn im Rathause sozialdemokratische Stadtverordnete die Stadtgemeinde hinweisen auf die Gemeindepflicht, solche Aufgaben zu übernehmen, dann pflegen die Wortführer des Freisinns zu erwidern, das müsse Sache der Privatwohltätigkeit bleiben, und die reiche aus. Die immer wiederholte, der Wahrheit widersprechende Versicherung, daß die Privatwohltätigkeit ausreiche, kann nur dazu führen, daß der Privatwohltätigkeit, der angeblich ausreichenden, die Mittel immer spärlicher zufließen, so daß sie immer wieder noch weniger als bisher ausreicht. Der Vorsitzende des „Vereins für Ferienkolonien“, Stadtrat Selberg, sollte einmal im Magistrat seinen Kollegen vom Schlage eines Stadtrat Fischbeck klar zu machen suchen, wie wenig die Privatwohltätigkeit ausreicht.

Und abermals: die Amtsräume der Armenvorsteher. Was für Räume Armenvorstehern manchmal als gut genug erscheinen, um in ihnen die Armen zu empfangen und abzufertigen, das haben wir in der letzten Zeit mehrfach an Beispielen gezeigt. Da hatte dem Armenvorsteher Gemeindeschullehrer Krienelke (Thaerstraße 23) der Korridor seiner Wohnung als Empfangsraum gedient, da war von dem Armenvorsteher Schankwirt Samulowitz (Kleine Hamburger Straße 15) die hintere Hälfte seines Gastzimmers zur Verhandlung mit Armen benutzt worden, da waren bei dem Armenvorsteher Kaufmann Müller (Sophienstr. 7) die Armen genötigt worden, in dem Vorraum seines offenen Ladengeschäftes mit sich verhandeln zu lassen. Kürzlich sagten wir, es sei ungewiß, wie die Armendirektion selber gegenwärtig über den Begriff „Amtsraum des Armenvorstehers“ sowie über den Zweck der jedem Armenvorsteher gezahlten Vergütung von jährlich 300 M. denke. Heute glauben wir wenigstens das zu wissen, wie ungefähr sie sich den „Amtsraum“ vorstellt. Auf Hergabe eines besonderen Zimmers scheint sie nicht bestehen zu wollen. Sie hat, so vermuten wir, nichts dagegen einzuwenden, daß, wie gesagt, von dem Schankwirt Samulowitz die hintere Hälfte seines Gastzimmers und von dem Kaufmann Müller der Vorraum seines Ladengeschäftes zur Abfertigung Armer benutzt wurde. Hielte sie das für ungehörig, so würde sie wahrscheinlich sofort bei den betreffenden Armenvorstehern auf gründliche Aenderung gedrungen haben, als vor nun vier Wochen diese Zustände im „Vorwärts“ geschildert wurden. Selbstverständlich sind der Armendirektion unsere Feststellungen nicht unbekannt geblieben, aber geändert hat sich seitdem nur wenig. Zu Beginn des Monats Mai wurden bei dem einen dieser beiden Vorsteher die Armen in genau derselben Weise empfangen, wie wir es Anfang April beobachtet hatten, und bei dem anderen war nur in einem Punkte etwas gebessert worden. Beim Schankwirt Samulowitz mußten die Armen wieder von der Straße in die Schankwirtschaft hineingehen, um sich von dem Herrn Vorsteher abfertigen zu lassen. Nur die Rücksicht wurde diesmal von dem Herrn Vorsteher geübt, daß ein Vorhang, durch den die vordere Hälfte des Gastzimmers gegen die hintere abgeschlossen werden kann, zugezogen wurde. Der Kaufmann Müller hatte alles beim Alten gelassen. In seinem Ladengeschäft, das auf dem Hof im Quergebäude untergebracht ist, saß unmittelbar an der Tür der Herr Müller und verhandelte mit den Armen, die der Reihe nach zu ihm hereintraten. Draußen standen die anderen auf dem Hofe umher und warteten, bis auch sie herankamen. Durch die Glasscheiben der Tür, hinter der der Herr Vorsteher seines Amtes waltete, konnte man ihn sogar von der Straße aus über den Hof hinweg bemerken und ihm zuschauen. Bezüglich des Armenvorstehers Gemeindeschullehrers Krienelke ist in dem bekannten Prozeß festgestellt worden, daß ihm der Korridor als Empfangsraum für Arme gedient hatte. Wo er jetzt die zu ihm kommenden Armen empfängt und abfertigt, das entzieht sich unserer Kenntnis. Nach einer Erklärung, die er vor Gericht abgab, muß man annehmen, daß der Armendirektion auch die Abfertigung auf dem Korridor nicht als ungehörig gilt.

Ermäßigte Eintrittskarten für die Ausstellung der Sezession, an allen Tagen gültig, Preis 25 Pf. statt 1 M., können an Arbeiterorganisationen durch das Bureau des Gewerkschaftshauses bezogen werden. Einzelne Karten werden gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Zigarrengeschäft von Horsch, Gewerkschaftshaus, ausgegeben.

260 000 M. Wertzuwachs in zwei Jahren.

Unter der Rubrik: „Grundstücksverkauf“ lesen wir in einem Blatte folgende Notiz:

„Das Grundstück Französischestr. 52, zirka 28 Quadratruten groß, ist letzten Sonnabend in den Besitz des Münchener Bierbrauers Pschorr übergegangen. Ihm gehören bereits die Nachbargrundstücke Nr. 50—51, welche in Verbindung mit dem großen Eckhaus Friedrichstraße und Behrenstraße stehen. Der Ankauf dient also zur Arrondierung des Besitzes, und nur so ist der fabelhaft hohe angelegte Preis von 760 000 M., also zirka 27 000 M. für die Quadratrute zu erklären. Der Schaaffhausensche Bankverein, dem die Grundstücke Französischestr. 53—55 gehören, soll ebenfalls auf Nr. 52 reflektiert haben, hat aber wohl kein so hohes Angebot gemacht. In dem Hause Nr. 52 befand sich viele Jahre die bekannte Weinstube von Wendeborn. Herr Wendeborn verkaufte das Grundstück vor zirka zwei Jahren für 500 000 M. Es sind also zirka 260 000 M. in zwei Jahren verdient worden!“

Hätten wir in Berlin eine Wertzuwachssteuer, so erhielt wenigstens auch die Gemeinde einen Teil von diesem unverdienten Wertzuwachs. Aber in Berlin wird man so lange warten wollen, bis erst das Reich den Gemeinden auch diese Einnahmequelle verstopft hat.

Die durchbrochene Bluse als Mittel zur Volksvermehrung! Im Scherlblatt, wo der Idiotismus in Reinkultur gezüchtet wird und die geduldigen Leser systematisch zu Trotteln erzogen werden, findet sich folgende geistreiche Stelle, die eine treffliche Illustration zu unserer Charakteristik bildet:

„Vom militärischen Standpunkt betrachtet, übt eine durchbrochene Bluse auf manchen Junggesellen eine unbeschreibliche Sehnsucht, geradezu Heimweh aus; denn es ist statistisch festgestellt, daß vor etwa sechs Jahren, als die durchbrochene Bluse zuerst zur Augenweide wurde, Hunderte von Ehen in einem Jahre mehr geschlossen, somit im Zeitraum von fünf Jahren gegen tausend Knaben geboren wurden. Das ergibt in 20 Jahren 20 000 Soldaten, also ein Armeekorps. Die Wirkung der durchbrochenen Bluse ist mithin unbezahlbar.“

Es ist von dem Schreiber dieser Notiz im „Lokalanzeiger“ bodenloser Leichtsinn, daß er seine geniale Idee so ohne weiteres seinen Mitmenschen offenbart, ohne sie vorher patentieren zu lassen. Wie werden die Flotten- und Militärschwärmer jubeln, wenn sie lesen, wie leicht sich das Rekrutenkontingent steigern läßt. Und erst die Herren Junker! Hurra, vorbei ist alle Leutenot auf dem Lande. Schafft durchbrochene Blusen herbei und bald wird es auf dem Lande in den Junkerdistrikten von willigen und billigen Arbeitssklaven wimmeln! Her mit der durchbrochenen Bluse!

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat April nächtigten im Männerasyl 20 784 Personen, wovon 9645 badeten, im Frauenasyl 4278 Personen, wovon 2071 badeten.

Ein Opfer bestialischer Roheit wurde ein junger Mann, der vorgestern nachmittag um 2½ Uhr auf der Admiralbrücke mit einem anscheinend angetrunkenen Mann kollidierte. Gleich warfen sich drei Männer, darunter der Angetrunkene, auf den jungen Menschen, schlugen ihn zu Boden und traktierten ihn mit Fußtritten. Als die Polizei erschien, machten sich die rohen Burschen aus dem Staube. Der aus einem großen Loch im Hinterkopf schwer blutende junge Mann wurde auf einer Karre in fast hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus am Urban geschafft.

Solche Roheitsakte sind recht bedauerlich und werfen ein grelles Schlaglicht auf unsere so viel gerühmte Volksschuldildung.

Im Dienste tödlich verunglückt ist in der vergangenen Nacht der 36 Jahre alte Rangiermeister Johann Hagedorn aus der Rüdersdorfer Straße 64. Er geriet um 1 Uhr auf dem Rangierbahnhof der Ostbahn unter einen Zug, der ihm beide Beine abfuhr. Als man den Unglücklichen auffand, lebte er noch, aber schon auf dem Wege nach der Unfallstation in der Warschauer Straße starb er an Verblutung.

Verhaftet wurde der Kraftwagenführer Oskar Esdar, der am Dienstagnachmittag auf der Döberitzer Heerstraße den Billardlehrer Paul Kerkau überfuhr. Nachdem er zunächst nach seiner Wohnung in Moabit zurückgekehrt war, begab sich Esdar nach dem zuständigen Revier, um den Unfall, der Kerkau das Leben kostete, darzustellen. Unterdessen hatte die Kriminalpolizei bereits angeordnet, ihn zu verhaften. Er wurde deshalb gleich festgehalten und gestern dem Amtsgericht Charlottenburg vorgeführt. Esdar will die Schuld dem Verunglückten zuschieben. Dieser sei ihm, so behauptet er, mit seinem Motorrad in die Quere gekommen und er habe nicht rechtzeitig mehr stoppen können. So sei der Zusammenstoß unvermeidlich gewesen.

Die Dummejungenstreiche am Telephon. Vom Reichstagsgebäude aus wurde, wie gemeldet, im letzten Winter durch den Fernsprecher mehrfach grober Unfug verübt. Die Uebeltäter waren zwei Schüler, Franz P. und Alfred T., die als Boten bei einer Parlamentskorrespondenz beschäftigt waren. Die Polizei hat inzwischen die Angelegenheit untersucht, und die beiden Schüler haben jetzt gestanden, noch anderen Unfug am Telephon verübt zu haben. Infolge ihrer telephonischen Bestellung lieferte eine Konditorei Kuchen für ein „Schulfest“. Eine Weinhandlung überraschte eine Lehrerin mit fünfzehn Flaschen Sekt, die sie bestellt haben sollte. Nach vier anderen Schulen wurde ein Photograph mit einem großen Apparat bestellt. Als er nicht sofort kam, wurde er ob seiner Saumseligkeit gerüffelt. Einen anderen Streich spielten sie einem Schulrat. Diesen rief einer der beiden unter dem Namen eines Schulrektors an, mit der Mitteilung, der Lehrer Z. sei erkrankt. Ohne Vertretung gehe es nicht weiter. Der Schulrat beeilte sich, der Not abzuhelfen, als aber der Vertreter kam, war Z. wohl und munter im Dienste.

Ein Aufsehen erregender Vorfall spielte sich gestern mittag in dem Hause Kopenhagener Straße 13 ab. Dort vergnügten sich spielende Kinder mit dem Aufheben und Zuwerfen des Gullygitters. Plötzlich stolperte ein sechsjähriger im genannten Hause wohnender Knabe und stürzte in den Gullyschacht. Auf das Geschrei der Kinder eilte der Schneidermeister Adolf Murrak herbei und rettete noch mit knapper Not den Knaben aus dem etwa vier Meter tiefen Gully, welcher bis über die Hälfte mit Wasser gefüllt war.

Große Aufregung erregte Dienstagabend die Festnahme eines Kleideraufschlitzers auf dem Dönhoffplatz. Eine Frau, die mit ihrem Manne die Leipziger Straße entlang ging, fühlte, daß sich jemand an ihrem Kleide zu schaffen machte und schrie auf. Es ergab sich, daß das Kleid aufgeschnitten und weiter aufgerissen war. Der Täter entfloh, wurde aber verfolgt und von einem Schutzmann auf dem Dönhoffplatz festgenommen. Es ist ein Maler Franz Eppich aus der Lychenerstraße.

Zwei Personen bei einer Bootsfahrt ertrunken. Aus der Oberspree wurden gestern die Leichen zweier Ertrunkener gelandet; es waren die beiden Kutscher Dreher und Wohta, die mit drei Bekannten auf der Spree eine nächtliche Ruderpartie unternommen hatten. Als sich das Boot mitten auf dem Fluß befand, begingen die jungen Leute die Unvorsichtigkeit, die Plätze zu wechseln. Sie taten dies mit solcher Ungeschicklichkeit, daß das Fahrzeug umschlug und sämtliche Insassen in die Fluten stürzten. Während es dreien der Verunglückten gelang, sich durch Schwimmen in Sicherheit zu bringen, fanden D. und W. den Tod in den Wellen. Ihre Leichen konnten gestern geborgen werden.

Kinderausbeutung. Unter dieser Ueberschrift berichteten wir in unserer Nummer vom 28. April, daß an der Roßstraße ein schulpflichtiger Knabe vor Entkräftung einen schwer beladenen Handwagen nicht weiterfahren konnte und daß schließlich ein Schutzmann Herrn Fritsche herbeirief, der seinerseits einen erwachsenen Arbeiter annehmen mußte, um den mit Geschirren und Röhren beladenen Wagen an Ort und Stelle zu befördern. Hierzu teilt uns der Rechtsanwalt des Herrn Fritsche folgendes mit: „Am Tage des Vorfalles, dem 26. April, hatte der Knabe ausnahmsweise leere Blechbüchsen auf dem Handwagen zu befördern. Nach dem Aufladen, das auf dem Potsdamer Güterbahnhof zwischen 5¼ und 5½ Uhr geschah, befragte Herr Fritsche den Knaben ausdrücklich, ob die Ladung etwa zu schwer sei. Dieser verneinte und fuhr ohne Anstrengung mit dem Handwagen ab. Während der einstündigen (nicht mehrstündigen) Fahrt waren die Büchsen offenbar etwas mehr in den hinteren Teil des Wagens gerutscht, so daß der Knabe genötigt war, den vorderen Teil herunter zu drücken. Anstatt den Büchsen zum Beispiel durch Aufklippen des Wagens eine andere Lage zu geben, suchte er die Schwierigkeit durch größere Anstrengung zu beseitigen, und ermüdete hierdurch vorübergehend, zeigte aber beim Eintreffen des Herrn Fritsche keine Spur von Entkräftigung, begleitete vielmehr den Handwagen aus freien Stücken bis zur Ablieferungsstelle und nach dem Geschäftslokal zurück."

Was die Arbeitszeit betrifft, so läßt Herr Fritsche schreiben:

„Der 13jährige Knabe ist nicht von 2 bis 9 Uhr, sondern im Durchschnitt genau vier Stunden, niemals aber länger als sechs Stunden beschäftigt worden. Seine Tätigkeit bestand in der Beförderung von Kleiderbügeln und anderen Holzwaren, während „Geschirre und Röhren" in dem Geschäfte des Herrn Fritsche nicht geführt werden".

Zu dieser Zuschrift haben wir zu bemerken, daß nach den uns gemachten und von neuem bestätigten Angaben der Junge tatsächlich vollkommen entkräftet war, was bei der Schwere des Wagens gar nicht zu vermeiden gewesen sei. Das beweist ja auch die Tatsache, daß ein Schutzmann sich an Herrn Fritsche wandte unter Mitteilung dieses Umstandes. Was die Länge der Arbeitszeit anbetrifft, so sind die Angaben des Herr Fritsche selbst nicht ganz klar. Wir nehmen aber davon Notiz.

Ein Arbeiter-Wanderbund soll am Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, in einer Versammlung im Grand-Hotel Alexanderplatz endgültig konstituiert werden. Die Mitglieder der bereits bestehenden Arbeiterwander- und ähnlicher Vereine, auch alle proletarischen Touristen und Naturfreunde sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Passage-Theater. Mit derselben Reichhaltigkeit, die den ganzen Winter hindurch zu den anerkennenswerten Eigenschaften dieser Variétébühne gehörte, sorgt auch das Maiprogamm des Passage-Theaters für eine artistisch gute und abwechslungsreiche Unterhaltung seines Publikums. Einzelne der Darbietungen übten schon im vorigen Monat eine starke Zugkraft aus; trotzdem sieht man sie noch immer gern und erfreut sich an ihnen. Dem Tanz ist in dem diesmaligen Programm eine ganze Reihe von Nummern eingeräumt: La Gitana, die graziöse Transformationstänzerin, gefiel ebenso sehr wie das russische Tänzerensemble der Balaschoff-Troupe; auch die maurische Schlangentänzerin Jaka Ishad wirkt noch immer fesselnd in ihrer eigenartigen erotischen Art. Dann wurde gesungen: Ernstes und Heiteres. Der fahrende Sänger Bruns-Lebrun, der über eine schöne und starke Stimme verfügt, verhalf dem Ernst, die vielbelachten Groteske-Duettisten Wacker u. Wacker dem Scherz zu seinem Recht. Für animierte Heiterkeit sorgte auch noch ausgiebig der Vortragskünstler Walter Schneider. Von verblüffender Geschicklichkeit und zugleich von grotesker Komik zeigten sich zwei Zauberkünstler, die unter der Firma Marco Belly ihre „Illusionen und Desillusionen" vorführten. Die Akrobatik leistete, wie immer, Prächtiges: Miß Leona gefiel als Equilibristin, The Arcestons erregten mit ihrem waghalsigen Luftakt und The 5 Olracs als „komische Akrobaten" den vollen Beifall der Zuschauer.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam in der Neuen Hochstraße 6 aus unbekannter Ursache Feuer aus, das an dem Inhalt der Bodenverschläge, dem Dachgebälk usw. reiche Nahrung fand. Der 16. Löschzug aus der Pankstraße mußte zwei Stunden lang kräftig löschen, bevor die Gefahr beseitigt war. Die Verqualmung der Räume und Treppen veranlaßte den Brandmeister Steiner eine Schlauchleitung über eine große mechanische Leiter vornehmen zu lassen. Leider ist die Löschung nicht ohne Unfall verlaufen. Der Feuermann Saß erlitt durch Stichflammen Brandwunden im Gesicht und an den Händen. Er wurde nach der Unfallstation in der Lindower Straße gebracht, dort verbunden und dann nach seiner Wohnung entlassen. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr am Grünen Weg 20 zu tun. Dort brannten in einer Leistenfabrik um 1 Uhr nachts Regale mit Farben, Leisten usw. Der 7. Zug hatte tüchtig zu löschen, um die Gefahr für die Fabrik zu beseitigen. Die Entstehung des Brandes ist noch nicht ermittelt. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Feilnerstr. 12, Gleimstr. 63 und anderen Stellen alarmiert, wo in Wohnungen Feuer ausgekommen war.

Vorort-Nachrichten.

An die Jugendausschüsse der Vororte!

Am Dienstag, den 11. Mai, abends 8½ Uhr, findet im Gewerkschaftshause (Saal 8) eine gemeinsame Sitzung der Jugendausschüsse der Vororte statt.

Die Jugendausschüsse der Vororte werden ersucht, je einen Vertreter zu dieser Sitzung zu entsenden.

Diejenigen Jugendausschüsse, welche sich bei dem Unterzeichneten noch nicht gemeldet haben, werden aufgefordert, dies jetzt unverzüglich zu tun.

Mit Parteigruß
Der Jugendausschuß für Groß-Berlin.
J. A.: K. Rosenfeld,
An der Spandauer Brücke 1a.

Rixdorf.

Ein braver Parteigenosse wurde dieser Tage in der Person des Gastwirts Heinrich Blümel unter zahlreicher Beteiligung der Genossen und Genossinnen zu Grabe getragen. Wohl an 1000 Teilnehmer gaben dem Verstorbenen das letzte Geleit. Blümel hatte sich diese Teilnahme redlich erworben. Es konnte sein, wo und wann es wollte, immer stand der verstorbene Genosse seinen Mann, seine eigenen Interessen stets hintenansetzend. Am Grabe würdigte Genosse Böske die Verdienste des Dahingeschiedenen in beredter Weise, schilderte auch die Verfolgungen, die Blümel erdulden mußte, insbesondere die, die ihn trafen, weil er als städtischer Arbeiter die Interessen seiner Kollegen wahrnahm. Die Genossen Rixdorfs verlieren in ihm einen opferfreudigen Parteifreund, der mit Leib und Seele der Partei diente. Sie werden ihn in gutem Andenken behalten.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag eine Generalversammlung in Hoppes Festsälen ab. Der Vorsitzende, Genosse Scholz, erstattete den Geschäftsbericht. Von den politischen Vorgängen des letzten Vierteljahres in Rixdorf seien die in der Stadtverordneten-Versammlung die wichtigsten. Der Vorstand habe diese darum besonders auf die Tagesordnung gestellt, anstatt bis zum Jahresbericht der Stadtverordneten zu warten. Was die kommunale Wahlrechtsfrage angehe, so habe sich ja der Vorstand damit beschäftigt. Das Ortsstatut habe noch nicht die Zustimmung des Bezirksausschusses gefunden. Die Klage betreffend das Drittelungsverfahren in Rixdorf schwebe noch. Ein Termin sei angesetzt, aber wieder vertagt worden. — Im Februar sei ein Flugblatt gegen die Wahlrechtsräuber verbreitet worden, das seine Wirkung getan habe. — Auf den Rekurs, der gegen die Begründung des Schiedsspruches in Sachen mehrerer Buchdrucker eingelegt wurde, hat die Kontrollkommission entschieden, daß die Berufung gegen den Schiedsspruch zurückgewiesen werde, da sich der Ausschluß aus der Partei nicht rechtfertigen ließe. Die Kontrollkommission bedauerte aber zugleich lebhaft, daß jene Genossen die Nachtfahrt von ihrer Generalversammlung in Köln gescheut haben und deshalb nicht an der so bedeutungsvollen Landtagswahl teilnahmen. Redner meint, die Genossen hätten sich seinerzeit jedenfalls mit dem Schiedsspruch zufrieden gegeben, wenn er sich in der Begründung so ausgelassen hätte wie der Bescheid der Kontrollkommission. — Die Beteiligung an den vier Leseabenden der Frauen lasse noch zu wünschen übrig. Die Agitation unter den Frauen werde demnächst weiter ausgestaltet werden. — Die Mitgliederbewegung litt unter der Krise. Zwar war gegen das vorherige Vierteljahr ein Plus von 83 zu verzeichnen. Das entfiel aber auf die hinzugekommenen Frauen. — Das nächste Vierteljahr könne für die Rixdorfer Genossen große Arbeit bringen. Das Landtagsmandat für Rixdorf-Schöneberg werde vielleicht bald kassiert, so daß man dann vor einer Landtagswahl stände. Außerdem wisse man nicht, ob nicht der Reichstag schließlich aufgelöst werde. Jedenfalls müßten die Genossen bereit sein.

Genosse Matzke fragt an, wie es sich mit dem Bestreben auf Freigabe der Philharmonie zum persönlichen Verkehr verhalte. Er bemängelte ferner den Beschluß, keinen Kranz von Vereins wegen niederzulegen, wenn von den Verwandten des verstorbenen Mitgliedes ein Pfarrer zur Beerdigung zugezogen sei. Das wäre nicht richtig. Durch etwaige Scherereien, die die Pfaffen den beauftragten Genossen machten, dürfe man sich nicht abhalten lassen. Und wenn der Prediger die Entfernung der roten Schleife verlange, so wirke das aufreizend und rege andere Teilnehmer zum Denken an.

Genosse Franke hat eine Beschwerde über den Kreisvorstand vorzubringen. Alle Jahre würden mehrere hundert Mark für Material zur Landagitation ausgegeben. Er müsse rügen, daß dies Material an aufklärendem Gehalt eingebüßt habe und im gegebenen Einzelfalle mangels Aktualität versagte. So habe z. B. in einem Landkreise ein sehr starker reichstreuer Wahlverein bestanden. Dieser sei ganz erheblich zurückgegangen infolge der Streitigkeiten über die Finanzreform. Die Leute hätten nun auf die sozialdemokratischen Schriften gewartet, was die darüber sagten. Das Material, das die Genossen verbreiten mußten, habe aber darüber so gut wie nichts enthalten, abgesehen von ein paar Zahlen im Flugblatt. Auch werde das Material erst in der letzten Minute zugestellt, so daß man sich nicht erst informieren könne. Auf der nächsten Kreisgeneralversammlung müsse die Frage angeschnitten werden. (Zustimmung.)

Genosse Hannack vertritt den Standpunkt, daß die Generalversammlung von Groß-Berlin auch noch in einer Zusammensetzung von 700 Delegierten, wie das letztemal, viel zu umfangreich sei, um ordnungsgemäß zu verhandeln. Richtige Verhandlungen hätten dann auch gar nicht stattgefunden. Redner geht dann noch auf den Pankower Streit ein und bedauert, daß zwei Mandate in Pankow verloren gegangen seien.

Genosse Groger meint, daß man jetzt die Pankower Angelegenheit als erledigt behandeln sollte. Wichtig erschienen ihm jedoch die Ausführungen Hannacks über die Größe der Generalversammlung von Groß-Berlin. Eine kleinere Körperschaft wäre sicher besser. Bei einer Verminderung der Delegierten dürfte aber Rixdorf bei seiner Stellung in einem größeren Kreisverbande benachteiligt werden. Das sei zu bedenken.

Der Vorsitzende, Genosse Scholz, bemerkte in seinem Schlußwort: Der Antrag des Genossen Wurm, die Philharmonie betreffend, liege bei der Lokalkommission. Der Beschluß über das Niederlegen von Kränzen bei Beerdigungen, woran Pfarrer teilnehmen, sei alt. Er persönlich halte ihn auch für selbstverständlich. Wenn der betreffende Genosse es nicht fertiggebracht habe, seine Familienangehörigen in unserem Sinne zu erziehen, dann hätten wir keinen Anlaß, auch hier unserer Gepflogenheit zu folgen und uns von dem geistlichen Herrn, der dort die Macht habe, noch herunterhunzen zu lassen. Wir nehmen dann eben keinen Kranz mit. Frankes Ansicht teile der Vorstand und Groger habe den Auftrag, auf der nächsten Kreisgeneralversammlung die Beschwerde vorzutragen. Zur Delegiertenwahl für die Generalversammlung von Groß-Berlin äußerte sich Redner ähnlich wie Groger. — Skur stellt den Antrag, dahin zu wirken, daß in Zukunft die Wahl auf der Generalversammlung von Groß-Berlin in geheimer Abstimmung vorzunehmen sei. Der Antrag wurde angenommen.

Genosse Stieler gab den Kassenbericht für das verflossene Vierteljahr. Die Gesamteinnahme einschließlich des früheren Bestandes betrug 7712,89 M., die Gesamtausgabe 2390,05 M. Abgeführt an die Kreiskasse wurden 5141,92 M. Am Ort verblieb ein Bestand von 171,92 M. — Es folgte der Bericht der Bibliothekkommission.

Ueber die letzten Vorgänge in der Stadtverordneten-Versammlung referierte der Stadtverordnete Genosse Groger. Er gab ein Bild von den Etatberatungen, über die der „Vorwärts" eingehend berichtet hat. Unter anderem führte Redner noch aus: Die Fraktion sei bei ihrem Verhalten von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß sie in erster Linie bedacht sein müsse, die Interessen der Wähler zu wahren. Man habe keinen Anlaß gehabt, die bürgerlichen Vertreter irgendwie zu schonen. Und wer die Presse in den Tagen verfolgt habe, werde ihm zustimmen müssen, daß die ganzen Reden unsererseits eine Anklage waren gegen die Politik der Rathausmehrheit. Man habe diese zur gründlichen Verhandlung, namentlich der sozialen Angelegenheiten und der Steuerfragen, gezwungen. Er wolle hervorheben, daß, wenn man eine wirkliche Obstruktion hätte machen wollen, der Etat bis heute noch nicht fertig wäre. Die Möglichkeit hätte bestanden. Soviel aber stehe fest, daß die sozialdemokratischen Vertreter bei jeder Position getan hätten, was notwendig war. Die Etatsberatung, die früher gewöhnlich mit drei oder vier Sitzungen erledigt war, habe neun Sitzungen beschäftigt. Deutlich sichtbar sei in den Verhandlungen der Klassenkampf zum Durchbruch gelangt. Die bürgerlichen Parteien hätten ihren Haß gegen die Sozialdemokratie, gegen die überzeugte Arbeiterschaft bekundet, offen Interessenpolitik zugunsten der Besitzenden getrieben und ihre Rückständigkeit in sozialpolitischen Dingen wieder einmal bewiesen. Redner führte dafür verschiedene Beispiele an und kam zu dem Schluß: Die Vorgänge zeigten, daß man sich in Rixdorf noch auf harte Kämpfe gefaßt machen müsse. Es wäre Aufgabe unserer Genossen, außerordentlich wachsam zu sein. Das Interesse an den kommunalpolitischen Dingen dürfe ebensowenig erlahmen, wie das an den Vorgängen am großen politischen Horizont. (Beifall.)

Genosse Netzerau äußerte sich zustimmend und erklärte, daß es einfach die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der Genossen sei, hinter der Fraktion zu stehen.

Dann wurden noch einige Ausschlußangelegenheiten erledigt.

Eine Frühlingsfeier veranstaltet für die arbeitende Jugend der Jugendausschuß der Arbeiterschaft Rixdorfs am Sonntag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, in Felschs Gesellschaftshaus, Knesebeckstr. 48/49. Das Programm besteht aus Festvortrag, Kammermusik (Klavier, Violine, Cello), Rezitationen und Sologesang; ein Tanzkränzchen bildet den Abschluß. Die Genossen und Genossinnen tun gut, wenn sie die ihren Familien zugehörigen Arbeiter und Arbeiterinnen auf die künstlerische und stimmungsvolle Feier aufmerksam machen. Eintrittskarten werden umsonst ausgegeben, jedoch nur vorher und zwar bei: Julius Rummel, Kaiser-Friedrich-Straße 86; Frieda Schulte, Niemetzstr. 17 III; Wilhelm Schulz, Sanderstr. 12, vorn III; Emil Wutzky, Niemetzstr. 5 III.

Schöneberg.

Einem Kartoffelverkaufsschwindel ist die Schöneberger Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Es ist ihr gelungen, die Hauptbeteiligten, den Bäcker Johann Wiedmann und den Arbeiter Max Elsner, sowie die Hehler, zwei Charlottenburger Kartoffel-Großhändler, die Kaufleute R. und P., zu verhaften. Die beiden Erstgenannten betrieben das infolge des Massenabsatzes sehr lukrative Geschäft in der Weise, daß sie von ihren auf den Märkten und vor den Häusern haltenden Wagen Kartoffeln in 1 bis 1½ Zentner haltenden Säcken verkauften, deren jeder in Wirklichkeit jedoch 20 bis 30 Pfund weniger enthielt. Der Schwindel blieb lange Zeit dadurch unentdeckt, daß die beiden ihre Waren nur dort verkauften, wo sie wußten, daß die Säcke nicht nachgewogen und die Kartoffeln gleich in den Keller geschüttet wurden. Wo nachgewogen wurde, entschuldigten sie sich und gaben richtiges Gewicht. Viele Betrogene haben bereits Anzeige erstattet. Weitere Geschädigte werden ersucht, sich bei der Schöneberger Kriminalpolizei, Zimmer 1, zu melden. Wiedmann und Elsner haben auch noch eine große Anzahl anderer Gaunerstreiche verübt. Sie drängten sich nach Schluß der Märkte an Gastwirtschaften an angetrunkene Kutscher von Kartoffel- oder Gemüse-Großhandlungen heran, machten sie trunken und raubten ihnen auf der Heimfahrt die gesamte Barschaft. So hatten die beiden erst gestern dem Kutscher einer Kartoffel-Großhandlung aus Groß-Lichterfelde auf der Rückfahrt den ganzen Erlös abgenommen.

Mit einem volkstümlichen Naturnen eröffnet der Arbeiterturnverein am Sonntag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, seinen neuerrichteten eigenen Turnplatz an der Rubensstraße (am Helmholtz-Gymnasium). Alle Freunde der Turnerei sind hierzu eingeladen.

Zur Förderung der Konsumgenossenschaftsbewegung findet am Donnerstag, abends 8½ Uhr, bei Große, früher Obst, Meininger Straße 8, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Arbeitersekretär Karl Giebel über das Genossenschaftswesen sprechen wird.

Wilmersdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung hat gestern abend unter Zustimmung des Magistrats beschlossen, daß eine gemischte Deputation über die Einführung der Wertzuwachssteuer beraten soll. Eine in dieser Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung zugestellte Petition des Grundbesitzervereins Halensee wurde dem Magistrat als Material überwiesen.

Adlershof.

Der Bildungsausschuß teilt mit: Heute hält Gen. Simon Katzenstein seinen zweiten Vortrag aus dem Zyklus: „Die soziale Bedeutung des Genossenschaftswesens". Das Thema des heutigen Abends lautet: „Die Geschichte des modernen Genossenschaftswesens". Eine Anzahl Hörerkarten zum Preise von 40 Pf. für sämtliche Vorträge sind noch zu haben.

Außerdem werden von heute ab Einzelkarten für jeden Vortrag zum Preise von 10 Pf. ausgegeben.

Die Vorlesungen finden im Lokal von Kaul, Bismarckstraße 16, statt; sie beginnen pünktlich um 9 Uhr und endigen um 10½ Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Die neue Bäckereiverordnung für den Polizeibezirk Berlin, welche seit dem 1. Oktober in Kraft ist, enthält verschiedene Bestimmungen, von denen die Bäckergesellen von vornherein annahmen, daß sie, aber nicht die Meister zur Verantwortung gezogen werden würden, wenn diese Bestimmungen übertreten würden. Daß diese Befürchtung der Bäckergesellen begründet ist, das zeigte eine Verhandlung, welche am Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stattfand.

Die Verordnung bestimmt unter anderem, daß Personen, welche mit der Herstellung von Backwaren beschäftigt sind, bei der Arbeit mindestens mit Hemd, Hose, Schürze und Mütze bekleidet sein müssen. — Als die Bäckerei des Meisters Hahne von einem Schutzmann revidiert wurde, arbeiteten die beiden im Backraum beschäftigten Gesellen ohne Mütze und Schürze. Diese beiden polizeilich vorgeschriebenen Bekleidungsstücke hingen unbenutzt am Nagel in der Backstube. — Bäckermeister Hahne, der übrigens während der Arbeitszeit nicht in der Backstube anwesend war, erhielt eine Anklage wegen Uebertretung der Bäckereiverordnung. Sein Verteidiger Rechtsanwalt Löwe bestritt die Gültigkeit der Verordnung. Er sagte, die Polizei habe nicht das Recht, vorzuschreiben, wie sich jemand kleiden solle. Falls aber dieser Teil der Verordnung für gültig angesehen werde, könne man den Meister nicht dafür verantwortlich machen, wenn die Gesellen Mütze und Schürze nicht anlegen oder während der Arbeit abnehmen, umsoweniger, wenn der Meister gar nicht in der Bäckerei anwesend sei.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei mit der Begründung: der Teil der Verordnung, welcher von der Bekleidung der in Bäckereien beschäftigten Personen spricht, sei für die Gesellen gegeben, aber nicht für die Meister. Die Verordnung sage nicht, daß die Meister für die Uebertretung der Gesellen verantwortlich seien. Im vorliegenden Falle sei der Angeklagte nicht in der Bäckerei anwesend gewesen, er habe also die Uebertretung nicht hindern können und müsse schon aus diesem Grunde freigesprochen werden.

Da dieser Fall der erste seiner Art ist, welcher das Gericht beschäftigte, so wird — wie aus einer Bemerkung des Anklagevertreters hervorgeht — die Staatsanwaltschaft Berufung einlegen und in letzter Instanz das Kammergericht zu entscheiden haben.

Die gute Absicht des Bürgers und das Recht des Schutzmanns.

Infolge eines Defekts in der Stromleitung der Straßenbahn hatte sich in einem Trägermast in der Fennstraße Elektrizität angesammelt. Die Straßenjugend belustigte sich, indem sie unter Anwendung eines Drahtes dem Träger elektrische Entladungen entlockte. Eine Menge Kinder beteiligten sich an diesem gefährlichen Spiel. Auch einige Erwachsene kamen hinzu, darunter der Maurer Haß. Nun nahte der Schutzmann 876. Er trieb die Kinder auseinander, und da er den Grund der Ansammlung nicht kannte, machte ihn Haß darauf aufmerksam, daß sich in dem Träger elektrischer Strom befinde, daß dies ein gefahrdrohender Zustand sei, für dessen Abstellung der Schutzmann sorgen möge. Der Schutzmann hörte aber gar nicht auf diese Vorstellung, sondern forderte Haß in sehr energischem Tone auf, sich zu entfernen. Als Haß die Mitteilung von dem elektrisch geladenen Träger wiederholte, brachte ihn der Schutzmann zur Wache und die weitere Folge war, daß sich

Haß am Mittwoch wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte! Er machte zu seiner Verteidigung geltend, daß er ja in guter Absicht gehandelt habe, denn er habe doch die Polizei unterstützen wollen, indem er den Schutzmann auf den gefahrdrohenden Zustand aufmerksam machte. Der Polizeipräsident habe doch selber das Publikum ersucht, die Polizei zu unterstützen. — Der vorsitzende Richter bemerkte hierauf: Aber nicht, wenn die Schutzleute die Unterstützung nicht wollen. Der Schutzmann hatte ein Recht, Sie zum Weitergehen aufzufordern, und Sie mußten dieser Aufforderung Folge leisten.

Der Schutzmann 376 scheint übrigens eine sonderbare Auffassung über sein Verhältnis zu dem Publikum zu haben. Als Haß zur Wache gebracht wurde, hielt er die Hände in den Taschen, weil es kalt war. Der Vorgang spielte sich im Februar ab. Der Schutzmann 376 scheint noch so stark in den Empfindungen des Unteroffiziers befangen zu sein, daß er glaubt, jemand, den er sistiert, müsse in militärischer Haltung neben ihm herschreiten. Anders ist es jedenfalls nicht zu erklären, daß er von Haß auf dem Wege nach der Wache verlangte, er solle die Hände aus den Taschen nehmen. — Auch der Vorsitzende des Gerichts ist der Ansicht, daß es unpassend sein könne, mit den Händen in der Tasche neben einem Schutzmann zu gehen, denn er sagte zum Angeklagten: Sie hätten doch dem Schutzmann sagen sollen, daß Sie die Hände in den Taschen halten, weil Sie frieren, und nicht, weil Sie dadurch opponieren wollten.

Das Gericht erkannte in seinem Urteil an, daß der Angeklagte in guter Absicht den Schutzmann auf einen Uebelstand aufmerksam gemacht habe, aber der Angeklagte habe dabei auf den Granitplatten des Bürgersteiges gestanden und sich nach der Aufforderung des Schutzmanns nicht entfernt und müsse deshalb bestraft werden. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von zwei Mark.

Hieraus ergibt sich: Wenn jemand eine Gefahr bemerkt und einen Schutzmann zu Hilfe ruft, dann möge er nicht auf den Granitplatten des Bürgersteiges stehen bleiben, denn die Befolgung preußischer Ordnungsvorschriften ist notwendiger als die Beseitigung einer Gefahr. Der Polizeipräsident möge sich aber darüber nicht wundern, daß wirkliche Verbrecher so selten von seinen Beamten gefaßt werden können.

Streikbrecherschutz.

Als am 1. März gegen Abend die Arbeitswilligen aus dem Tore der bestreikten Fabrik von Bosse in der Wienerstraße kamen, standen in der Nähe eine Anzahl Schutzleute und eine Menge Zivilpublikum. In der Menge befand sich auch der Maurer Ganschow. Er soll nach der Aussage, die der Polizeiwachtmeister Bromme gestern vor dem Schöffengericht machte, den Arbeitswilligen das Wort „Streikbrecher" zugerufen und der Aufforderung des Beamten, sich zu entfernen, nicht sogleich Folge geleistet haben. — Das Gericht erachtete den Ruf „Streikbrecher" als groben Unfug und verurteilte den Angeklagten deswegen sowie wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung zu 40 Mark.

Die Bezeichnung „Streikbrecher" kann schlimmstenfalls als ein gegen die Arbeitswilligen gerichtetes Schimpfwort aufgefaßt werden. Wer kein Arbeitswilliger ist und von einem Mitmenschen beschimpft wird, der kann sich nur durch eine Privatklage Sühne verschaffen. Ist der Beschimpfte aber ein Arbeitswilliger, so nimmt ihm der Staatsanwalt die Mühe und das Risiko einer Privatklage und setzt den Uebeltäter auf die Anklagebank, aber nicht wegen Beleidigung. Das wäre zu milde. Der an einem Arbeitswilligen begangene „Frevel" muß härter gesühnt werden. In diesem Falle stellt der Gebrauch eines Schimpfwortes groben Unfug dar. Dabei hat aber das Gericht gar nicht festgestellt — was doch die Voraussetzung einer Verurteilung wegen groben Unfugs ist — ob das Publikum durch den Ruf belästigt oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit gestört ist. Im vorliegenden Falle kann eine solche Feststellung auch nicht gelungen sein, denn das vor der Fabrik anwesende Publikum war — wie aus dem Zeugnis des Wachtmeisters hervorgeht — den Arbeitswilligen nicht günstig gestimmt, wird sich also durch eine etwaige Beschimpfung derselben nicht belästigt gefühlt haben. Die Verurteilung wegen groben Unfugs erscheint demnach nicht begründet. Höchstens könnte eine Beleidigung der Arbeitswilligen vorliegen. Da aber keiner derselben Strafantrag gestellt hat, so ist auch eine Verurteilung wegen Beleidigung ausgeschlossen.

Der Bock als Gärtner.

Die Bromberger Strafkammer verurteilte gestern, wie uns eine Privatdepesche mitteilt, den 80 Jahre alten Lehrer Wilhelm Fritsch aus Jannowitz wegen Sittlichkeitsdelikten gegenüber Schulmädchen in 14 Fällen zu drei Jahren Gefängnis.

Ein gesetzwidriges Boykotturteil.

Genosse Rost, Beamter des Bäckerverbandes in Dresden, hatte ein Flugblatt verbreitet, in dem ein Bäckermeister gekennzeichnet war, der den Tarif nicht bewilligt hatte. Darauf wurde Strafantrag gestellt und das Schöffengericht Döhlen verurteilte Rost als Verleger zu 15 Mark Strafe und einen Arbeiter wegen Verbreitens zu fünf Mark Strafe. Die Verurteilung erfolgte auf Grund einer amtshauptmannschaftlichen Verordnung, wonach solche Veröffentlichungen strafbar sind.

Diese amtshauptmannschaftlichen Verordnungen sind nach § 152 der Gewerbeordnung und nach dem Preßgesetz mit den Reichsgesetzen unvereinbar, wenngleich das Oberlandesgericht bereits in gegenteiligem Sinne entschieden hat. Hoffentlich gelangt das Reichsgericht dazu, solche Verordnungen für ebenso ungesetzlich wie die verflossene Lübecker Streikordnung zu erklären.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Stenographie. W. Haback, O. Koppenstraße 31, 4 Treppen. **A. W. 100.** 1. Die Lehre von der Einheit von Stoff und Kraft, Körper und Geist. 2. Tausend Millionen. 3. Am 17. Oktober 1900. 4. Die Hälfte des auf den Ehemann fallenden Satzes. — **E. H. 4.** Solche Fabriken finden Sie im Adreßbuch verzeichnet. — **H. G. 100. M. R. 150.** Das Strafgesetzbuch kennt mererlei Arten von Freiheitsstrafen, die unter sich verschieden sind: Haft, Gefängnis, Festung und Zuchthaus. 2. Die Verjährung richtet sich nach der Höhe des Strafmaßes. Wiederholen Sie deshalb die Anfrage unter Ergänzung nach dieser Richtung hin. — **A. B. C.** Ja. Sie können lediglich vom Wirt Entfernung des Uebelstandes verlangen, ihm, wenn diese Aufforderung fruchtlos ist, eine angemessene Zeit zu der Beseitigung setzen, und ihm androhen, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist auf seine Kosten den Mißstand beseitigen lassen würden, und sodann die Kosten beim Amtsgericht einklagen.

Eingegangene Druckschriften.

Im Palaste der Mikroben. Von A. H. v. Kohl. 3 Bände geh. 10,50 M., geb. 12,75 M. Haupt u. Hammon, Leipzig.

Massengüterbahnen. Denkschrift von Dr. W. Rathenau und Prof. W. Cauer. 158 Seiten. J. Springer, Berlin.

Der neue Reichsbaukgesetzentwurf. Von Dr. M. Biermer. II. Bd. 2. Heft. 80 Pf. E. Roth in Gießen.

Strandes Spezialkarte der Umgegend von Bernau, Biesenthal, Lanke, Hell-See und Wandlitzer See. 1 M. Selbstverlag, Berlin SW., Neuenburger Str. 15.

Handbuch für Heer und Flotte. Lieferung 2 und 3. Enzyklopädie der Kriegswissenschaften und verwandter Gebiete. Herausgegeben von Georg v. Alten, Generalleutnant z. D. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57. Preis pro Lieferung 2 M.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr sehr knapp, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise für lebende Hechte anziehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 5. Mai 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	774 NNO	2	wolkenl	9	Haparanda	772 N		6	bedeckt	2
Hamburg	774 NNO	3	wolkenl	10	Petersburg	772 W		3	wolkenl	1
Berlin	772 ONO	3	heiter	8	Scilly	763 OSO		4	wolkig	10
Frankf. a. M.	768 NO	4	wolkig	9	Aberdeen	775 SSO		2	wolkenl	8
München	766 W	1	bedeckt	5	Paris	766 NO		4	wolkenl	10
Wien	763 NW	3	Regen	10						

Wetterprognose für Donnerstag, den 6. Mai 1909.

Etwas kühler bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden und zunehmender Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 4. 5. cm	seit 3. 5. cm [1]	Wasserstand	am 4. 5. cm	seit 3. 5. cm [1]
Memel, Tilsit	378	—3	Saale, Grochlitz	145	—4
Pregel, Insterburg	123	—10	Havel, Spandau [2]	116	+1
Weichsel, Thorn	208	+4	„ Rathenow [2]	148	+2
Oder, Ratibor	408	+210	Spree, Spremberg [2]	—	—
„ Krossen	227	—4	„ Beeskow	135	—4
„ Frankfurt	228	0	Weser, Münden	7	—17
Warthe, Schrimm	154	—6	„ Minden	88	+2
„ Landsberg	198	—6	Rhein, Maximiliansau	468	—8
Netze, Nordamm	106	—5	„ Kaub	249	—3
Elbe, Leitmeritz	71	—12	„ Köln	292	0
„ Dresden	—26	—6	Neckar, Heilbronn	85	—13
„ Barby	267	—7	Main, Wertheim	168	0
„ Magdeburg	221	—4	Mosel, Trier	126	—5

[1] + bedeutet Wachs. — Fall. — [2] Unterpegel.

Nach telegraphischer Meldung hatte die Oder bei Ratibor heute zwischen 5 und 7 Uhr früh ihren höchsten Stand: 450 cm, ist dann bis 8 Uhr morgens auf 448 cm gefallen und fällt jetzt weiter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 6. Mai.
Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Joseph in Aegypten.
Königl. Schauspielhaus. Die Quitzows.
Deutsches. Die Räuber.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues königliches Opernt heater. Harlekins Millionen.
Lessing. Griselda.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Narziß.
Schiller Charlottenburg. Die Welt, in der man sich langweilt.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Dorftyrann.
Neues Schauspielhaus. Nahé.
Komische Oper. Carmen.
Westen. Die lustige Witwe.
Neues. Renaissance.
Thalia. Was Reuter erzählt.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Lustspielhaus. Im Klubsessel.
Kleines. Moral.
Hebbel. Arsène Lupin.
Luisen. Krone und Fessel.
Trianon. Liebesgewitter.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Berlin, wie es weint und lacht. (Anfang 8¼ Uhr.)
Bernhard Rose. Spreewald-Käte.
Gastspiel-Theater. Die Tochter des Herrn Fabricius.
Apollo. Hartstein. Er oder Er. Spezialitäten.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Allein — endlich. Ungerade Tage. (Anf. 8¼ Uhr.)
Reichshallen. Stettiner Sänger. Der Kompagnieball.
Kasino. Das Opferlamm. Spezialitäten.
Parodie. Siegel siegelt alles. — Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8¼ Uhr.)
Gustav Behrens. Spezialitäten. Anfang 8¼ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Auf den Trümmern Messinas.

Lessing-Theater.
Donnerstag 8 Uhr: Griselda.
Freitag 8 Uhr: Ibsen-Zyklus: Baumeister Solneß.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.
Morgen 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Renaissance.
Morgen und folgende Tage:
Renaissance.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Sonnabend 8 Uhr: Opernaufführung des Sternschen Konservatoriums.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 6. Mai, Anfang 8 Uhr:
Der Dorftyrann.
Freitag: Die Siebzehnjährigen.
Sonnabend: Husarenfieber.
Sonntag 3 Uhr: Schlagende Wetter.
8 Uhr: Lumpacivagabundus.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Arsène Lupin.

Neues Operetten-Theater,
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.
Kümmere Dich um Amelie.
Schwank in 3 Akten (4 Bildern) von Feydeau.
Morgen u. folg. Tage: Dies. Vorstellg. Sommerpreise.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Krone und Fessel.
Schauspiel in 6 Bildern.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 68. Heute 8½ Uhr:
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Freitag zum ersten Male: Gefallene Mädchen.
Sonnabend: Gefallene Mädchen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: Narziß.
Trauersp. in 5 Akt. v. W. A. Brachvogel. Ende 10½ Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr: Narziß.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Narziß.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt.
Lustspiel in 3 Aufz. von Ed. Pailleron.
Freitag, abends 8 Uhr: Doktor Klaus.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Die Karolinger.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt.

Raucht Hadzi-Loja-Cigaretten

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Die Spreewald-Käte.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Alex. Hoffmann. Musik v. Leop. Haffenkamp.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Freitag: Graf Essex.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Wintergarten
Neues Programm!
Liane d'Eve.
Felice Lorraines, leb. Kunstwerke.
Kiogoku Family, jap. Hofkünstler.
Olympia Desvall, Sportakt.
Durga, das fliegende Pianino.
Conway u. Leland, amer. Exzentrika.
„Kinemacolor", leb. Photographien in natürl. Farben. Neue Bilderserie!
Tenxa Truppe, jap. Zauberer.
Yetta Rianza, Prima-Ballerina.
Baggesen, der Urkomische.
Manola Gastiana, Zigeunerleben.
Amann, Mimiker.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Donnerstag, den 6. Mai:
Letzte Abonnements-Vorstellung:
Das Opfer der Intrige.
Schauspiel in 5 Akten.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr, Kassenöffnung 7 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Donnerstag, den 13. Mai: Don Carlos. Benefiz-Vorstellung für Herrn Reitz.

Abschieds-Vorstellung!
Zirkus Busch.
Donnerstag, den 6. Mai 1909, abends 7½ Uhr präzise:
Große Gala-Vorstellung!
U. a.: ? Mr. Charleston ?
Ferner: Die Bristoros, Jongleure zu Pferde. — Reitkünstlerinnen Schwestern Truzzi. — Mathilde Renz, Schulreiterin. — Herr Ernst Schumann, Meisterdressuren.
Die Prachtausstattungspantomime
Auswanderer!
und das große Gala-Programm!

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Heysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das große Mai-Programm.
Grete Gallus, die beliebte Soubrette, u. die übrigen Spez.
Im Garten: Freikonzert.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Schover Stralsunderstr. 1

Passage-Theater.
Heute 8 Uhr:
Bruns-Lebrun,
der fahrende Sänger
Jaka Jshad
Maurische Schlangentänzerin.
2ter Monat des enormen Erfolges!
und das neue Mai-Programm.
12 erstkl. Variété-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen
vom Stamme der
Azteken!
Ohne Extra-Entree!
Experimente der IV. Dimension.
Neapol. Brigantin.
Alles ohne Extra-Entree!

Apollo Theater
Heute 9½ Uhr: Gastspiel
Hartstein
in seiner Burleske
Er oder Er.
Vorher 8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.

Zoologischer Garten
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Dt.-Wilmersdorf und Umgegend.

Kassenrechnung pro 1908.

Einnahme.	M.
1. Kassenbestand für den Anfang des Rechnungsjahres	26 404,57
2. Zinsen	4 765,28
3. Eintrittsgelder	9 878,69
4. Beiträge	314 134,88
5. Erstattungsleistungen für gewährte Krankenunterstützung	4 448,93
6. Erstattungsleistungen von Berufsgenossenschaften usw.	1 925,81
7. Aus dem Reservefonds entnommen	62 999,—
8. Aufgenommene Darlehne, durchl. Posten	79 556,22
9. Sonstige Einnahmen	10 344,79
Summa	514 458,17

Ausgabe.	M.
1. Arzthonorar	48 764,47
2. Arznei und sonstige Heilmittel	40 622,03
3. Krankengelder	
a) an Mitglieder	168 852,57
b) an Angehörige	5 948,51
4. Unterstützungen an Wöchnerinnen	5 396,20
5. Sterbegelder	6 577,50
6. Kurkosten an Krankenhäuser	49 603,04
7. Erstattungsleistungen für gewährte Krankenunterstützung	5 547,77
8. Zurückgez. Beiträge und Eintrittsgelder	416,81
9. Für Kapitalanlagen	21 000,—
10. Durchlaufende Posten	6 297,57
11. Verwaltungskosten	
a) persönliche	29 238,38
b) sächliche	27 898,34
12. Sonstige Ausgaben	60 935,12
13. Kassenbestand für den Schluß d. Rechnungsjahres	37 161,96
Summa	514 458,17

Nach dem vorjährigen Abschluß betrug das Gesamtvermögen M. 196 404,57
Hiervon ist noch abzusetzen der Kursverlust der Wertpapiere für 1907 mit . . . . . 7 800,—
Bleibt ein Vermögen von M. 190 604,57
Nach dem diesjährigen Abschluß beträgt das Gesamtvermögen ohne Inventar 143 703,39
Vermögensabnahme M. 46 901,18

Die reine Jahresabgabe der Kasse betrug in den letzten drei Jahren zusammen 722 836,15 M., nämlich . . . 1905 167 713,11 M.
1906 238 380,11 „
1907 316 642,93 „
Summa 722 836,15 M.

Demnach muß der gesetzlich vorgeschriebene Reservefonds (Jahresdurchschnitt) betragen . . . . . 240 945,38 M.
er weist jedoch nur auf . . . . . 130 001,— „
mithin fehlen an demselben . . . . . 110 944,38 M.

Wilmersdorf bei Berlin, den 1. Mai 1909.

Der Vorstand.
G. Wegener, Vorsitzender. H. Freundt, Schriftführer. G. Siering, Rendant.

Die Rechnungsprüfungs-Kommission.
Hamm. Flickschuh. Mohr. Seifert. Wiemann.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. — Täglich 8 Uhr.
Stürmischer Lacherfolg!
Ueber 100 mal vor ausverk. Häusern gegeben der tolle, lustige Schwank

Das Opferlamm.

Schlußvorstellung den 24. Mai.
Sonntag 4 Uhr: **Ackermann.**

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Wegen vollständiger

Renovierung

der Gesamträume geschlossen!
Wiedereröffnung:
1. Pfingstfeiertag.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Bellermanns Brautschau.
Schwank in 1 Akt.
Neues Spezialitäten-Programm.
The Morrows, Hee & Shee, Marco & Tatjana, Paulson, Lorbe, etc. etc.
Anfang Sonntags 5½ Uhr,
Wochentags 7½ Uhr.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soirée Frühlings-Kränzchen
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Jubelnder Beifall!
Der Herkules.
Lustspiel in 1 Akt.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Heute Donnerstag, den 6. Mai:
Entscheidungskampf **Feigenbauer**, Niedorf, gegen **Brillon**, England.
Ferner ringen: **Kornatzki**, Polen, gegen **Schibilski**, Berlin.
Hackenschmidt, Rußland, gegen **Schnocke**, Reuß.
Herausforderungskampf ???, der Maskierte, gegen **Portos van Deyk**, Holland.
Außerdem:
Das brillante
Künstler-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Anfang der Ringkämpfe 9½ Uhr.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.

Donnerstag, den 6. Mai:
Großes Gala-Benefiz
für den Direktor **Gustav Behrens.**
Gustav Behrens und Frau
als Vierländer und Vierländerin
sowie **22 Elite-Nummern.**
Anfang 8 Uhr präzise.

Reisende,
welche mit Gastwirten zu tun haben, erhalten
5 % Provision
für Empfehlung unseres
Spezialgeschäfts in Gastwirtsartikeln
Es genügt vorherige Mitteilung des Empfohlenen durch Postkarte.
L. Katz & Co.
Spandauer Straße 45,
a. Molkenmarkt.

Rechnungsabschluß der
Gemeinsamen Ortskrankenkasse
für Rowawes und Umgegend
für das Geschäftsjahr 1908.

A. Einnahme.

1. Barbestand	6 558,39
2. Zinsen	3 506,09
3. Eintrittsgelder	2 286,74
4. Beiträge	144 821,76
5. Erstattungen für gewährte Krankenunterstützungen	8 470,18
6. Erstattungen von Berufsgenossenschaften	1 168,79
7. Aus verkauften Wertpapieren	75 866,39
8. Sonstige Einnahmen	434,48
Summa	243 112,82

B. Ausgabe.

1. Für ärztliche Behandlung	20 674,88
2. Für Arznei u. sonstige Heilmittel	17 472,38
3. Krankengelder:	
a) an Mitglieder	63 202,07
b) an Angehörige	1 148,19
4. Unterstützung an Wöchnerinnen	4 854,25
5. Sterbegelder	3 057,—
6. Kur- u. Verpflegungskosten an Heilanstalten	16 348,21
7. Erstattungen für gewährte Krankenunterstützung	7 738,65
8. Zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder	170,66
9. Für Kapitalanlagen	89 472,54
10. Verwaltungskosten:	
a) persönliche	8 581,83
b) sächliche	2 018,61
11. Sonstige Ausgaben	604,13
	235 343,40

Kassenabschluß.

Summe der Einnahmen	243 112,82
do. Ausgaben	235 343,40
Barer Bestand am Schlusse des Rechnungsjahres M.	7 769,42

Vermögensnachweis.

Barbestand	7 769,42
Bankeinlagen	1 367,60
Reservefonds	111 508,09
M.	120 645,11

Ausführliche Rechenschaftsberichte sind während der Dienststunden im Kassenbureau erhältlich. 274/14
Rowawes, den 4. Mai 1909.
Der Vorstand: Otto Hoffmann.

Damms Volkspark-Theater

Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
des
Sächsischen Volks-Theaters
nebst Auftreten erstkl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüsiert sich köstlich.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
E. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92

Schöneberg.

Donnerstag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr,
im großen Saale von **A. Großer**, früher **Obst**, Meininger Straße 8, Ecke Martin-Luther-Straße:

Öffentl. Volksversammlung

Tages-Ordnung:
Vortrag des Arbeitersekretärs **Karl Giebel** über:
Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Gewerkschaften. 105/13
Gewerkschafter und Frauen sind hierzu ganz besonders eingeladen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Filiale VI.
Am Sonnabend, den 8. Mai 1909, abends 8½ Uhr, bei Ertelt,
Gleimstraße 7, Ecke Graunstraße.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 116/13
Kassenbericht Januar-Februar, Neuwahl eines Revisors, Besprechung der Anträge vom Hauptvorstand event. Statutenberatung, Diskussion, Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G.

Gegr. 1856 in Görlitz Gegr. 1856
Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.
Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.
— Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu. —
Dividende seit 1898 ständig 25 % eines Jahresbeitrages, für ältere Mitglieder 50 %.

Versicherungsbestand 260 000 Vers. mit rund	100,0 Millionen Mark
Gesamtvermögen	25,3 Millionen Mark
Seither ausgezahlte Sterbegelder usw.	20,1 Millionen Mark
Seither an die Mitglieder gez. Dividenden	8,0 Millionen Mark

Höchstzulässige Versicherungssumme M. 3000, zahlbar nach Wahl auch schon bei Lebzeiten. **Keine ärztliche Untersuchung.**
Außerdem Kinderversicherung bis 1000 M. (ebenfalls mit Gewinnbeteiligung). 66/17*
Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion sowie sämtliche Geschäftsstellen der Anstalt.

Ein neues Heilverfahren.

Um die letzte Jahrhundertwende hat ein neues Heilverfahren praktische Bedeutung gewonnen, das schon lange vorher die denkenden Köpfe in der medizinischen Welt beschäftigt und zu zahlreichen Versuchen angeregt hatte, die aber alle bisher daran gescheitert waren, daß es nicht gelingen wollte ein geeignetes, unschädliches Bindemittel zu finden, um den Sauerstoff, unser Lebenselement, derartig festzuhalten, daß er bei der Einführung durch den Mund erst in den inneren Organen des Körpers als aktiver (tätiger) Sauerstoff zur Abspaltung gelangen und so seine segensreiche Einwirkung auf die Organe entfalten konnte. Diese lange gesuchte Verbindung ist jetzt im Magnesiumsuperoxyd, einem weißen, völlig giftfreien Pulver, das leicht zu nehmen ist, gefunden worden und hat sich bei individueller Dosierung nach ärztlicher Vorschrift in der Praxis ganz ausgezeichnet bewährt. Besonders bei Nervenleiden und Stoffwechselkrankheiten (Gicht, Rheumatismus, Zucker rc.) sind Erfolge erzielt, die die bisherigen Resultate in der Behandlung dieser Leiden weit übertreffen. Bei fortgesetztem Gebrauch der Präparate wurde häufig ein Wiederaufblühen des Körpers, eine förmliche Verjüngung wahrgenommen. Personen, die über 70 Jahre alt waren und sich bis dahin mühsam fortgeschleppt hatten, machten nachher den Eindruck, als ob sie rüstige Sechziger wären.

Solche Beobachtungen sind im ärztlich geleiteten Institut für Sauerstoffheilverfahren in Berlin in den neun Jahren seines Bestehens immer wieder gemacht worden und haben zu andauernd weiterer Verbreitung der neuen Therapie Anlaß gegeben. Zahlreiche Aerzte haben die Kur an sich selbst versucht und sie ihren Patienten empfohlen. Schließlich wurde das Mittel auch in der Arznei-Verordnung der Königlichen Universität Berlin (1907) aufgenommen und erwarb sich somit Heimatsrecht auch in den für Neuerungen sonst so schwer zugänglichen offiziellen Kreisen. 297/3

Die Kur richtet ihr Hauptaugenmerk auf die Beseitigung der Grundursache der Leiden, auf die Befreiung des Körpers von den abgelagerten Selbstgiften — durch gesteigerte intrazellulare Oxidation und durch bessere Ernährung, d. h. leichtere, vollkommenere Verdauung der aufgenommenen Nahrung. Die unmittelbare Folge davon ist eine Entlastung des Organismus einerseits, sowie eine bessere Ernährung (Kräftigung) desselben andererseits.

Näheren Aufschluß über das neue Verfahren erteilt das **Institut für Sauerstoffheilverfahren, Berlin 132, SW., Schöneberger Straße 26,** gratis und franko (verschlossen 20 Pf.) versendet.

Brauerei Friedrichshain

Heute Donnerstag: **Ringkämpfe.** Es ringen folgende Paare:
Entscheidungskampf
Petitjean, Elsaß-Lothr., gegen **Lassartesse,** Weltmeister, Frankreich.
Entscheidungskampf
Rob. Raicevich, Weltmstr., gegen **Sanders,** Neger-Champion.
Hansen, Meisterringer, Dänemark, gegen **Nitschke,** Berlin.
Vor den Ringkämpfen: Das neue ausgewählte Spezialitäten-Programm.
9½ U.: Auftr. v. Anita del Astro, Gesangskünstl. u. Charakt.-Darstellerin.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., res. Pl. 1 M., numer. Tisch 2 M.

Bildschön
ist ein zartes, reines Gesicht mit rosigem, jugendfrischen Aussehen, weißer, sammetweicher Haut und blendend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte:
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden
allein echt mit Schutzmarke: Steckenpferd.
à St. 50 Pf in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Die alljährlich wiederkehrende Anhäufung der Bestellungen von
Brennmaterialien für den Winterbedarf
in dem begrenzten Zeitraum von Mitte August bis Ende September hat Veranlassung gegeben, für Lieferungen in den Monaten
Mai, Juni, Juli besondere Ausnahmepreise
festzusetzen. Wir erlauben uns sowohl im Interesse einer geregelten Erledigung der Aufträge, als auch mit Rücksicht auf die in diesen drei Monaten bei allen Kohlenhandlungen bestehenden **Ausnahmepreise**
auf diese Einrichtung empfehlend hinzuweisen.

Verband der Berliner Kohlengroßhändler.
Eingetragener Verein. 211/3*

46 eigene Fischdampfer

Von frischen Fängen
unserer Dampfer
empfehlen wir in Ia Qualität!

	per Pfund
ff. Seelachs im Anschnitt	25 Pf.
„ Kabeljau im Anschnitt	25 Pf.
„ Schellfisch im Anschn.	35 Pf.
„ Helgol. Schellfisch mittgr.	35 Pf.
„ Helgol. Schellfisch Port.	25 Pf.
„ Brat-Schellfisch	25 Pf.
„ Knurrhahn	30 Pf.
„ große Schollen	50 Pf.
„ Rotzungen Ia große helle	50 Pf.

ff. Seezungen, Zander, Heilbutt, Steinbutt,
zu billigsten Tagespreisen.
Täglich Zufuhr frischer Seefische!
Wir bitten unsere Verkaufspreise zu beachten.
In allen Verkaufsstellen gleiche Preise!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"
Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse, Teleph. III 8804.
Verkaufsstellen:
C. Stadtbahnhof Börse, Bogen 9—10.
N. Invalidenstraße 131.
O. Große Frankfurter Str. 85.
O. Madaistraße, Bogen 8/9, Fruchtstraße gegenüber.
S. Prinzenstraße 94.
W. Potsdamer Str. 112a.
NW. Wilsnacker Str. 57.
Charlottenburg. Wilmersdorfer Straße 111.
Spandau, Breitestr. 54.

Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons!

Wanzen
Schwaben, Russen, Flöhe,
Fliegen, Blattläuse rc. werden durch meine unfehlbar wirkenden Spezialmittel nebst Brut vollständig vertilgt. In Flaschen resp. Schachteln à 30 Pf., 50 Pf., 1,00 bis 3,75 M. *
Zahlreiche lobende Anerkennungen.
1000 M. Belohnung
demj., der mir ein. Nichterfolg nachweist.
Hugo Barth, Drogerie, Brunnenstr. 14.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 5432*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10—2, 5—7.

Ohne Anzahlung! Portieren, Stores, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und Federbetten. **Kleine Raten!**
L. Matzner, Auguststr. 50.
Nur Postkarte erbeten. *

Sargmagazin
von **G. Päschke,**
Charlottenburg,
Leibnizstr. 77, Eing. Pestalozzistr.
— Tel. 2658. — 9822*

Landesausstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festsäle
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Militär-Konzert
tägl. v. 4 Uhr ab
Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Karl Rylski** sagen wir hierdurch allen Freunden und Bekannten sowie dem Vorstand des Deutschen Transportarbeiterverbandes (Ortsverwalt. II) sowie dem Gesangverein des Deutschen Transporterbeiterverbandes, ebenso dem Gesangverein „Rote Nelke", ganz besonders aber Herrn Schütte für die trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen unseren innigsten Dank.

Die trauernde Witwe 24455
Alwine Rylski nebst Kindern.

Unserem Genossen
Wilhelm Müller u. seiner Frau
zur **Silberhochzeit** die besten Glückwünsche. 24465
Die Genossen des 259. Bezirks.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 148a.
Nachruf.
Am 13. April verstarb unser Mitglied, der Klempner
Otto Friedrich.
Ehre seinem Andenken!
210/17 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
Nachruf.
Der Genosse
Paul Hübchen
ist am 2. Mai verstorben und in Oderin bei Halbe zur letzten Ruhe gebettet worden. 235/16
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Paul Koberstein
am 3. Mai gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 5½ Uhr, vom Trauerhause, Köpenick, Parisiusstraße 16, aus nach dem Köpenicker Kirchhofe statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Schraubendreher
Wilhelm Dick
am 5. Mai am Schlaganfall.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Mai, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Kirchhofes, Neue Krugallee, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
116/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Heinr. Renziehausen
am 3. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
83/13 **Die Ortsverwaltung.**

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
(Bezirk Süd-Ost.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Gustav Fischer
am 4. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Mai, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 20/9
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Steglitz.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 3. Mai, starb nach langem Leiden unser Kollege, der Tischler
Karl Bredow.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittag 5½ Uhr von der Leichenhalle des Steglitzer Friedhofes (Bergstraße) aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
83/12 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und Kranzspenden bei dem Begräbnis meines lieben unvergeßlichen Mannes, sagen wir allen Verwandten, Bekannten und seinen Kollegen herzlichsten Dank. 11102
Die trauernden Hinterbliebenen
Johanna Adler nebst Tochter **Frida.**

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.